

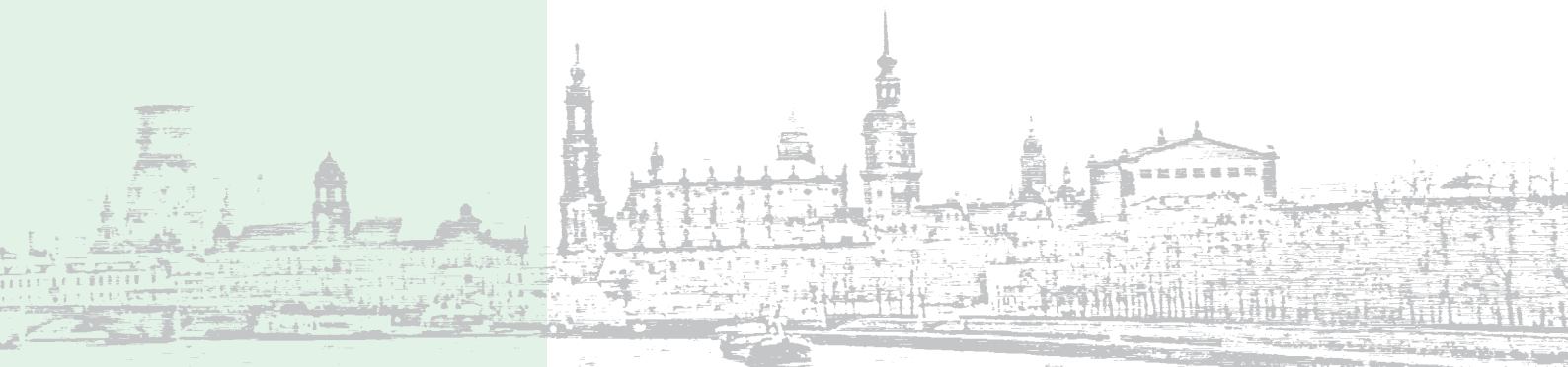
ifo Dresden berichtet

Aktuelle Forschungsergebnisse

- *Gerhard Kempkes und Carsten Pohl*
Zur Effizienz von Hochschulen: Erste Ergebnisse für Deutschland
- *Michael Berlemann und Jane Tilgner*
Determinanten der Standortwahl von Unternehmen – ein Literaturüberblick
- *Wolfgang Nierhaus*
Perspektiven 2006/2007 für Deutschland: Aufschwung setzt sich abgeschwächt fort

Im Blickpunkt

- *Beate Grundig, Antje Weyh und Uwe Sujata*
Beschäftigungschancen für Geringqualifizierte nach wie vor schlecht



13. Jahrgang (2006)
Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.,
Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden,
Telefon: 0351 264760, Telefax: 0351 26476-20
E-Mail: dresden@ifo.de
Internet: <http://www.ifo-dresden.de>
Redaktion: Michael Berlemann
Technische Leitung: Katrin Behm
Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden
Erscheinungsweise: zweimonatlich
Bezugspreis jährlich: 25,00 €
Preis des Einzelheftes: 5,00 €
Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten
Teilnehmer an regelmäßigen ifo Umfragen erhalten einen Rabatt.
Grafik Design: © ifo Institut München
Satz und Druck: c-macs publishingservice Dresden
Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):
Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung
eines Belegexemplares.

ifo Dresden berichtet 6/2006

Aktuelle Forschungsergebnisse

Zur Effizienz von Hochschulen: Erste Ergebnisse für Deutschland

3

Gerhard Kempkes und Carsten Pohl

Das Humankapital einer Volkswirtschaft ist einer der zentralen Faktoren für das Wirtschaftswachstum. Daher finden nationale Bildungssysteme – und die Hochschullandschaft als ein wesentlicher Bestandteil – zunehmend Beachtung in der politischen und wissenschaftlichen Debatte. In Zeiten knapper öffentlicher Kassen wird zunehmend die Frage nach einer effizienten Verwendung der Steuermittel gestellt. Vor diesem Hintergrund wird im vorliegenden Beitrag die Effizienz von 72 öffentlich finanzierten Universitäten untersucht. Die empirischen Befunde zeigen, dass die ostdeutschen Hochschulen im Vergleich zu den westdeutschen Universitäten in den Jahren 1998–2003 ihre Effizienz steigern konnten. Allerdings liegen sie (noch) hinter den westdeutschen Hochschulen zurück, wenn die durchschnittlichen Effizienzwerte betrachtet werden.

Determinanten der Standortwahl von Unternehmen – ein Literaturüberblick

14

Michael Berlemann und Jane Tilgner

Aus Sicht der Wirtschaftspolitik kommt Standortentscheidungen von Unternehmen eine besonders wichtige Rolle zu, weil Entscheidungen zugunsten eines bestimmten Standorts für die entsprechende Region mit einem Ausbau oder zumindest der Sicherung der Zahl von verfügbaren Arbeitsplätzen verbunden sind. Neben diesen direkten Beschäftigungseffekten von Standortentscheidungen ist mit einer Reihe von indirekten Effekten zu rechnen. Der vorliegende Beitrag ist der erste von drei geplanten Beiträgen zu Standortfragen. In diesem Beitrag wird zunächst beleuchtet, welche Dimensionen die Problematik der Standortwahl insgesamt aufweist und welche Faktoren einen Einfluss auf die Standortwahl haben. Der Beitrag gibt zudem auch einen Überblick über die bereits vorliegende empirische Evidenz zur Bedeutung unterschiedlicher Standortfaktoren.

Perspektiven 2006/2007 für Deutschland: Aufschwung setzt sich abgeschwächt fort

25

Wolfgang Nierhaus

Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft hat sich in diesem Jahr erheblich verstärkt. Bei weiterhin kräftig steigenden Exporten wird er zunehmend von der Inlandsnachfrage getragen. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr um 2,3 % steigen, das ist die zweithöchste Wachstumsrate während der vergangenen zehn Jahre. Im nächsten Jahr schwenkt die Finanzpolitik auf einen merklich restriktiven Kurs ein, der Aufschwung verliert deshalb deutlich an Fahrt. Das Bruttoinlandsprodukt wird im Jahresdurchschnitt 2007 nur um 1,4 % zunehmen. Wesentliche Triebkraft bleiben die Ausrüstungsinvestitionen. Der private Konsum dürfte im Jahresdurchschnitt lediglich stagnieren, da die Realeinkommen durch die fiskalischen Maßnahmen um rund 1 Prozentpunkt belastet werden. Auch werden die in dieses Jahr vorgezogenen Käufe fehlen. Die Inflationsrate wird voraussichtlich auf 2,3 % anziehen.

Im Blickpunkt

Beschäftigungschancen für Geringqualifizierte nach wie vor schlecht

30

Beate Grundig, Antje Weyh und Uwe Sujata

In zahlreichen Studien wurde bisher gezeigt, dass insbesondere zwei Gruppen von Personen stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind: Geringqualifizierte und Ältere. Dieser Beitrag analysiert zunächst die Qualifikations- und Altersstruktur der Erwerbspersonen im Jahr 2005 in Sachsen, Ost- und Westdeutschland. Daran anschließend werden die qualifikations- und altersspezifischen Arbeitslosenquoten für Sachsen für

die Jahre 2004 und 2005 aktualisiert. Zusätzlich erfolgt eine Berechnung der qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten für die sächsischen Regierungsbezirke. Insgesamt hat sich das Bild der qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten über die letzten Jahre nicht verändert: Geringqualifizierte haben die schlechtesten Arbeitsmarktchancen, während eine akademische Ausbildung am ehesten vor Arbeitslosigkeit schützt. Diese Unterschiede zeigen sich in allen Regionen Sachsens sowie in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen.

Daten und Prognosen

Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich	34
Ausgewählte Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest	36

Aus der ifo Werkstatt

ifo Workshop „Makroökonomik und Konjunktur“	40
Kooperationsvertrag zwischen TU Dresden und ifo Institut für Wirtschaftsforschung	41
ifo Veranstaltungen	42
ifo Vorträge	43
ifo intern	44

Zur Effizienz von Hochschulen: Erste Ergebnisse für Deutschland¹

Gerhard Kempkes und Carsten Pohl*

Das Humankapital einer Volkswirtschaft ist einer der zentralen Faktoren für das Wirtschaftswachstum. Daher finden nationale Bildungssysteme – und die Hochschullandschaft als ein wesentlicher Bestandteil – zunehmend Beachtung in der politischen und wissenschaftlichen Debatte. Vor wenigen Wochen erhielten drei deutsche Hochschulen – die Ludwig-Maximilians-Universität in München, die Technische Universität in München sowie die Universität Karlsruhe (TH) – das Gütesiegel „Elite-Universität“ der gemeinsamen Kommission aus Deutscher Forschungsgemeinschaft und Wissenschaftsrat. Diese Hochschulen werden bis zum Jahr 2011 zusätzliche finanzielle Mittel von staatlicher Seite erhalten, um die universitäre Spitzenforschung weiter auszubauen. Daneben werden Graduiertenschulen sowie Exzellenzcluster an 22 ausgewählten Universitäten zukünftig gezielt durch Bund und Länder gefördert [vgl. DEUTSCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT (2006) für eine detaillierte Übersicht].

Zusätzliche finanzielle Mittel für die Universitäten sind ein mögliches Instrument, um die deutsche Spitzenforschung weiter voranzutreiben. Allerdings stellt sich in Zeiten knapper öffentlicher Kassen zwangsläufig die Frage, inwiefern die Hochschulen die bereitgestellten Steuermittel auch effizient einsetzen. Die Forderung nach einer effizienten Verwendung der Gelder gilt auch für die deutsche Universitätslandschaft, da diese – wie in anderen europäischen Ländern – maßgeblich durch öffentliche Mittel finanziert wird.²

In diesem Beitrag wird die Effizienz von öffentlich finanzierten Universitäten in Deutschland untersucht. Dabei werden zwei Ansätze – die Data Envelopment Analysis (DEA) sowie die Stochastic Frontier Analysis (SFA) – verwendet, mit denen die Effizienz von Universitäten untersucht werden kann. Die empirischen Befunde zeigen, dass die ostdeutschen Hochschulen im Vergleich zu den westdeutschen Universitäten in den Jahren 1998 bis 2003 ihre Effizienz steigern konnten. Allerdings liegen sie (noch) hinter den westdeutschen Hochschulen zurück, wenn die durchschnittlichen Effizienzwerte der Universitäten betrachtet werden.

Der Effizienzbegriff: Theorie und Praxis

In der mikroökonomischen Theorie wird üblicherweise unterstellt, dass die handelnden Unternehmen effizient sind, d. h. die Produktionsfaktoren werden im Produktions-

prozess optimal eingesetzt. Die Betrachtung von ausschließlich effizienten Unternehmen in der Theorie ist darin begründet, dass nur diese sich im Wettbewerb behaupten können, während die ineffizienten Unternehmen aus dem Markt gedrängt werden. Dabei wird unterstellt, dass die Unternehmen unter vollständiger Konkurrenz operieren.

Universitäten in Deutschland sind jedoch staatlich finanziert und stehen bislang nicht im Wettbewerb zueinander. Folglich können im Hochschulbereich auch die ineffizienten Universitäten auf Dauer bestehen. Im Rahmen der Effizienzanalyse wird die Differenz zwischen theoretisch erreichbarem und dem tatsächlich erreichten Output untersucht.³ In diesem Zusammenhang wird ein Unternehmen als effizient bezeichnet, wenn es mit gegebenen Inputs den maximal erreichbaren Output erzielt. Liegt der Output hingegen unter dem möglichen Maximum, gilt das Unternehmen als ineffizient.

Je nach untersuchtem Wirtschaftszweig bzw. der möglichen Entscheidungsfreiheit der Unternehmen wird zwischen dem input- bzw. dem outputorientierten Ansatz unterschieden. Die Herstellung einer vorgegebenen Outputmenge bei minimalem Einsatz von Inputs wird als inputorientierter Ansatz bezeichnet. Beispielsweise kann bei Stromanbietern davon ausgegangen werden, dass der Output, d. h. die Erfüllung der Versorgungsaufgabe in einer Volkswirtschaft, zunächst einmal vorgegeben ist. Folglich versuchen die Stromanbieter, den Einsatz der Produktionsfaktoren so gering wie möglich zu halten. Umgekehrt kann ein Unternehmen auch bestrebt sein, den Output zu maximieren, wenn die Inputs fest vorgegeben sind (outputorientierter Ansatz). Dieser Fall trifft (eingeschränkt) auch auf deutsche Universitäten zu, da deren Finanzierung durch staatliche Mittel vorgegeben ist, d. h. bei gegebenen Inputs versuchen diese (annahmegemäß), ihren Output zu maximieren. Eine Hochschule in Deutschland ist in der Regel mit der Produktion von zwei Outputs beschäftigt: Zum einen wird Forschung betrieben, die z. B. anhand der wissenschaftlichen Publikationen oder der Einwerbung von Drittmitteln gemessen werden kann. Zum anderen werden Studenten ausgebildet, sodass die Anzahl der Absolventen einen weiteren Output darstellt. Hinsichtlich einer „Maximierung“ des „Outputs“ Absolventen bestehen allerdings weder Anreize

* Gerhard Kempkes ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Empirische Finanzwissenschaften an der TU Dresden, Carsten Pohl ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der ifo Niederlassung Dresden.

durch die staatliche Mittelzuweisung, noch können die Universitäten die Absolventenzahl uneingeschränkt beeinflussen. Somit ist die Unterstellung eines ökonomischen Verhaltens für Universitäten nicht immer ohne Probleme und Einschränkungen möglich.

Methoden der Effizienzanalyse

In der Effizienzanalyse existieren zwei grundsätzlich verschiedene Herangehensweisen, um Ineffizienzen aufzudecken bzw. die relative Effizienz von Unternehmen in einer Branche zu berechnen. Einerseits gibt es die Data

Box 1: Data Envelopment Analysis (DEA)

Die nicht-parametrische Effizienzanalyse basiert auf dem Verfahren der linearen Programmierung. Die Kernidee dieses Ansatzes besteht darin, einen Quotienten aus gewichteten Inputs und gewichteten Outputs für jedes berücksichtigte Untersuchungsobjekt, z. B. Universität, zu berechnen. Dabei werden Gewichte für die Inputs bzw. Outputs nicht vorgegeben, sondern vielmehr endogen durch lineare Programmierung und unter der Restriktion, dass der ermittelte Effizienzwert einer Hochschule zwischen null und eins liegt, ermittelt. Einige Universitäten erreichen den Wert eins und gelten damit im Vergleich zu den Hochschulen im Datensatz, die Werte kleiner als eins aufweisen, als effizient. Die effizienten Universitäten liegen auf der sog. Produktionsgrenze und umschließen die ineffizienten Hochschulen.

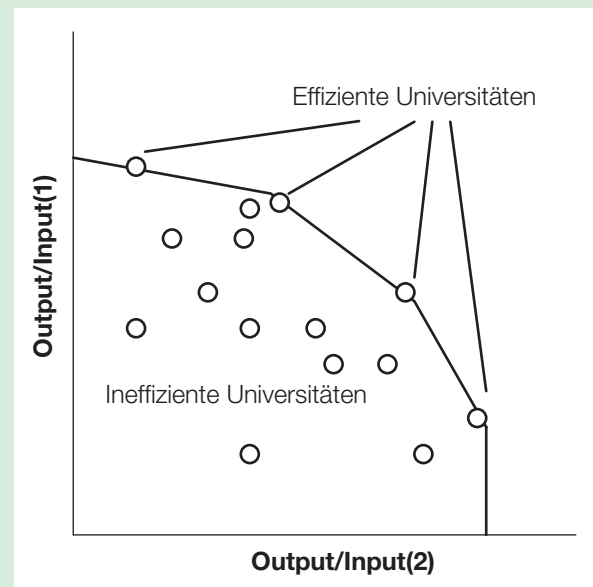
Zur Veranschaulichung des nicht-parametrischen Ansatzes dient Abbildung 1. Hierbei wird vereinfachend angenommen, dass die Universität nur zwei Produktionsfaktoren einsetzt, um einen Output herzustellen. Jede Universität handelt dabei annahmegemäß als Outputmaximierer, sodass jeweils der Quotient zwischen Output und den beiden Inputs berechnet und anschließend in einem einfachen Streudiagramm abgetragen wird. Hochschulen, deren Quotient am höchsten ausfällt, liegen folglich auf dem effizienten Rand (efficient frontier) bzw. der Produktionsgrenze. Alle anderen Universitäten liegen innerhalb dieser Hülle und gelten als relativ ineffizient. Alternativ ließe sich mit der Data Envelopment Analysis auch der oben beschriebene inputorientierte Ansatz abbilden, wenn das Untersuchungsobjekt als Inputminimierer handelt.

Bei der Data Envelopment Analysis wird kein funktionaler Zusammenhang zwischen den Inputs und den Outputs unterstellt. Dies stellt einen Vorteil

Envelopment Analysis (DEA), die auch nicht-parametrischer Ansatz genannt wird. Diese stellt ein mathematisches Optimierungsverfahren dar, welches ursprünglich aus der Operations Research stammt. Die ermittelten Effizienzwerte der DEA liegen zwischen null und eins. Eine Universität, die den Wert eins erreicht, gilt dabei im Vergleich zu den anderen Universitäten in der Stichprobe als effizient, während die ineffizienten Hochschulen einen Wert kleiner als eins aufweisen (vgl. Box 1 für eine ausführlichere Darstellung der DEA).

Andererseits wird die Stochastic Frontier Analysis (SFA) verwendet, welche einen parametrischen Ansatz darstellt, da die Koeffizienten des funktionalen Zusammenhangs

Abbildung 1: Beispielhafte Darstellung einer outputorientierten Data Envelopment Analysis



Quelle: Kempkes und Pohl (2006).

gegenüber dem parametrischen Ansatz dar, denn die Verwendung einer inflexiblen Kosten- oder Produktionsfunktion kann unter Umständen die Effizienzergebnisse durch die Vorgabe des funktionalen Zusammenhangs zwischen Inputs und Outputs vorgehen. Ein weiterer Vorteil der DEA besteht darin, dass mehrere Outputs und mehrere Inputs gleichzeitig berücksichtigt werden können, was bei der Stochastic Frontier Analysis nur über Umwege möglich ist (Schätzen einer sog. Distanzfunktion). Aus diesen Gründen ist die DEA bereits in vielen empirischen Arbeiten zur Effizienz von Hochschulen verwendet worden.⁴

zwischen Input und Output-Variablen mit Hilfe ökonometrischer Verfahren geschätzt werden. Bei der SFA liegen die ermittelten Effizienzwerte zwischen eins und unendlich, wobei die effizienten Universitäten einen Wert (nahe) von eins aufweisen. Hochschulen, für die höhere Werte geschätzt wurden, gelten hingegen als ineffizient (vgl. Box 2 für eine genauere Darstellung der SFA).

Box 2: Stochastic Frontier Analysis (SFA)

Bei der parametrischen Effizienzanalyse, der sogenannten Stochastic Frontier Analysis, ist zunächst das ökonomische Verhalten der betrachteten „Entscheidungseinheiten“ (dies können z. B. Unternehmen, Gebietskörperschaften oder auch Universitäten sein) zu bestimmen. Verhalten sich die betrachteten Institutionen als Kostenminimierer (dies entspricht dem inputorientierten Ansatz in der DEA), so ist der SFA eine Kostenfunktion zugrunde zu legen. Maximieren die Entscheidungseinheiten jedoch die Outputs ausgehend von einer festen Anzahl von Inputs, so wird i. d. R. eine Produktionsfunktion geschätzt (dies entspricht dem outputorientierten Ansatz in der DEA).

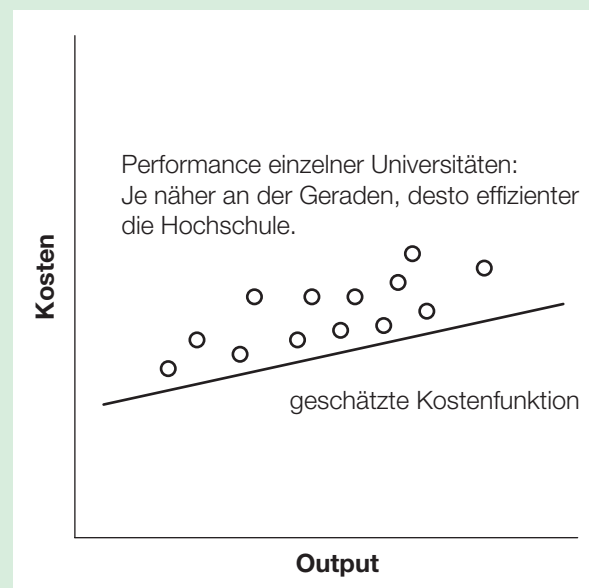
Anders als bei der DEA muss bei parametrischen Effizienzmessungen allerdings in einem zweiten Schritt eine funktionale Form für die Kosten- oder Produktionsfunktion unterstellt werden. Dies ist bei vielen Untersuchungsobjekten keine triviale Aufgabe. Zum einen kann es an gesicherter empirischer Evidenz hinsichtlich eines funktionalen Zusammenhangs zwischen Inputs und Outputs fehlen. Zum anderen wird durch die Annahme einer zu restriktiven oder falschen funktionalen Form die Produktions- oder Kostenfunktion (und damit natürlich auch die Effizienzanalyse) erheblich verfälscht. Speziell für die Universitätsausbildung und -forschung ist es sehr schwierig, eine adäquate funktionale Form zu bestimmen [vgl. KRAUS (2004)].

Ist eine Annahme hinsichtlich der funktionalen Form für die Produktions- oder Kostenfunktion gefunden, so wird diese im Rahmen der SFA ökonometrisch geschätzt. Dazu wird die Regressionsgleichung im Vergleich zum ökonometrischen Standardverfahren leicht modifiziert, da ein weiterer Fehlerterm für die Ineffizienzen mitberücksichtigt werden muss. Dies soll beispielhaft anhand einer Kostenfunktion dargestellt werden (vgl. Abb. 2). Ineffiziente Hochschulen liegen „oberhalb“ der geschätzten Kostenfunktion, wobei die Effizienzwerte zwischen eins und unendlich liegen können. Dabei gilt: Effiziente Universitäten weisen einen Wert (nahe) von eins auf, während die ineffizienten Hochschulen größere Werte haben und dementsprechend weiter oberhalb der Kostengeraden liegen.

Datenbasis

Für die durchgeführte Effizienzanalyse deutscher Universitäten werden Daten vom Statistischen Bundesamt verwendet, welche in der Fachserie 11 – Bildung und Kultur – erscheinen. Der Datensatz umfasst die Jahre 1998 bis 2003, sodass sowohl Aussagen zur Effizienz in einzelnen

Abbildung 2: Beispielhafte Darstellung einer Stochastic Frontier Analysis auf Basis einer Kostenfunktion



Quelle: Kempkes und Pohl (2006).

Ein wesentlicher Vorteil der SFA ist, dass aufgrund des ökonometrischen Ansatzes auch stochastische Abweichungen von der Kostenfunktion berücksichtigt werden. Diese zufälligen Abweichungen können beispielsweise aus Ungenauigkeiten bei der Erfassung bzw. Messung der Daten zu den einzelnen Hochschulen resultieren. Dies ist in der Standard-DEA nicht möglich. Zum anderen ist die SFA besser für stark heterogene Untersuchungsobjekte geeignet, da unter Formulierung geeigneter ökonometrischer Spezifikationen, bspw. der Einfügung von sog. Dummy-Variablen oder auch der Berücksichtigung fixer/zufälliger Effekte, unterschiedliche Strukturen der Untersuchungsobjekte abgebildet werden können. Wie weiter unten dargelegt wird, ist die Berücksichtigung der universitätsspezifischen Fakultätsstruktur bei der Effizienzmessung von Universitäten von erheblicher Bedeutung.

Jahren als auch über die zeitliche Entwicklung möglich sind. Der Fokus dieses Beitrags liegt auf öffentlich finanzierten Hochschulen, d. h. private Universitäten, die zudem oftmals spezialisiert sind, wurden nicht mit in den Datensatz aufgenommen. Weiterhin wurden keine fachspezifischen Hochschulen, d. h. Musik- und/oder Kunsthochschulen berücksichtigt. Fachhochschulen wurden ebenfalls aufgrund der im Vergleich zu Universitäten unterschiedlichen Personal- und Finanzstruktur sowie der größeren Praxisorientierung von dem Datensatz ausgeschlossen. Insgesamt liegen Informationen für 72 öffentlich finanzierte Universitäten für den Zeitraum von 1998 bis 2003 vor.

Als Output werden sowohl in der DEA als auch in der SFA die Drittmittel und die Zahl der Absolventen berücksichtigt. Auf der Inputseite werden in der DEA die Mitarbeiter der Universität verwendet, wobei zwischen wissenschaftlichem und technischem Personal unterschieden wird. Ferner werden die (deflationierten) laufenden Ausgaben jeder einzelnen Universität als Input berücksichtigt. Die Studenten werden nicht mit in die Untersuchung einbezogen, da es zwischen dem Output (Absolventen) und dem Input (Studenten) eine zeitliche Verzögerung gibt, die der Studiendauer entspricht, und keine Angaben zu den Studenten in früheren Jahren vorlagen. Ebenso konnten keine Publikationen auf der Output-Seite für die 72 Universitäten in den Jahren 1998 bis 2003 berücksichtigt werden. In der SFA werden die (deflationierten) Kosten der Universitäten abzüglich der Drittmittel als Kostenvariable (endogene Variable) verwendet. Die Outputs (s. o.) gehen als erklärende Variablen in die Schätzgleichung ein; zusätzlich beinhaltet die Schätzgleichung einen durchschnittlichen Lohn. Hierzu ermitteln wir über die Division der Personalkosten durch den Personalbestand eine universitätsspezifische durchschnittliche Lohnvariable, welche die Personalstruktur der Hochschulen berücksichtigt.

Deskriptive Analyse

In Tabelle 1 sind Kennzahlen zur finanziellen und personellen Struktur der Universitäten auf Bundeslandebene dargestellt, da die Bundesländer für den Bereich Hochschulen zuständig sind. Die Angaben beziehen sich auf eine „repräsentative“ Universität des jeweiligen Bundeslandes als Durchschnitt für die Jahre 1998 bis 2003. Der Vergleich der Kennzahlen Ausgaben/Absolventen zeigt, dass die ostdeutschen Universitäten mehr Ausgaben pro Absolvent aufweisen als die westdeutschen Hochschulen. Das gleiche Bild ergibt sich auch für die personelle Struktur: Die Universitäten in den neuen Bundesländern weisen jeweils einen höheren Quotienten Wissenschaftler/

Absolventen bzw. Personal gesamt/Absolventen als die westdeutschen Hochschulen auf.

Neben den länderspezifischen Besonderheiten werden in Tabelle 2 die Universitäten hinsichtlich ihrer Fakultätszusammensetzung betrachtet, da einige Studiengänge mit höherem Personal- bzw. Kapitaleinsatz einhergehen als andere. Die durchschnittliche Universität in Deutschland gibt 66.700 € pro Absolvent im Jahr (Bezugszeitraum 1998–2003) aus.

Aus den Angaben in Tabelle 2 wird deutlich, dass Universitäten mit ingenieurwissenschaftlicher und medizinischer Fakultät die höchsten Kosten pro Absolventen sowie die stärkste Personalbesetzung pro Absolvent verzeichnen. Anschließend folgen Hochschulen mit medizinischen aber ohne ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen. Universitäten ohne diese beiden Fakultäten weisen mit Abstand die niedrigsten Kosten bzw. die geringste Personaldichte auf.

Die aus der deskriptiven Statistik aufgezeigten Unterschiede machen deutlich, dass die Fakultätszusammensetzung auch bei der Effizienzanalyse berücksichtigt werden sollte.

Ergebnisse der Effizienzanalyse

Die Ergebnisse der Data Envelopment Analysis und der Stochastic Frontier Analysis ergeben ein recht konsistentes Bild. In Abbildung 3 sind die Effizienzwerte der outputorientierten Data Envelopment Analysis für das Jahr 2003 auf Länderebene dargestellt. Dabei wird deutlich, dass die westdeutschen Universitäten im Durchschnitt ein höheres Effizienzniveau aufweisen als die ostdeutschen Hochschulen. Die Effizienzwerte der westdeutschen Länder liegen – mit Ausnahme des Saarlands – über 0,8 und damit über denen der ostdeutschen Bundesländer.

Anders als in der DEA, wird in der SFA unterstellt, dass die Universitäten sich als Kostenminimierer verhalten. Wie oben erläutert, ist der Outputmaximierer-Ansatz für die deutschen Hochschulen wohl etwas realistischer; unproblematisch ist jedoch auch diese Annahme nicht. Außerdem erlaubt die Unterstellung des Kostenminimierer-Ansatzes (und damit die Schätzung einer Kostenfunktion) die Berücksichtigung mehrerer Outputs, sodass für SFA-Schätzungen im Universitätsbereich in der Literatur mehrheitlich Kostenfunktionen zugrunde gelegt wurden [vgl. IZADI et al. (2002) und STEVENS (2005)]. Die zu erklärende Kostenvariable (s. o.) wird mit der Zahl der Studenten normiert. Die Outputs (Absolventen und Drittmittel) sowie die Lohnvariable werden als erklärende Variablen verwendet; dabei werden die Outputs ebenfalls mit der Zahl der Studenten normiert. Als funktionale

Tabelle 1: Hochschulkennzahlen auf Bundeslandebene^a

Bundesland	Ausgaben/ Absolventen	Wissenschaftler/ Absolventen	Personal gesamt/ Absolventen
Baden-Württemberg	76.300 €	2,0	4,8
Bayern	69.000 €	1,5	3,7
Berlin	84.800 €	1,9	4,4
Brandenburg	38.000 €	2,5	4,0
Bremen	37.900 €	1,8	2,7
Hamburg	66.700 €	1,7	4,0
Hessen	59.900 €	1,6	3,9
Mecklenburg-Vorpommern	127.400 €	2,6	7,7
Niedersachsen	36.900 €	1,3	2,8
Nordrhein-Westfalen	60.400 €	1,3	3,0
Rheinland-Pfalz	44.800 €	1,4	3,1
Saarland	88.200 €	2,3	6,3
Sachsen	75.300 €	2,2	5,0
Sachsen-Anhalt	183.400 €	3,3	9,6
Schleswig-Holstein	82.100 €	1,3	4,2
Thüringen	82.500 €	2,3	5,7

a) Angaben als Durchschnitt der Universitäten je Bundesland über den Zeitraum 1998–2003.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen Kempkes und Pohl (2006).

Tabelle 2: Hochschulkennzahlen für unterschiedliche Fakultätsstrukturen^a

Universität	Ausgaben/ Absolventen	Wissenschaftler/ Absolventen	Personal gesamt/ Absolventen
Alle Universitäten	66.700 €	1,6	3,9
Universitäten			
mit ingenieurwissenschaftlicher und medizinischer Fakultät	92.200 €	2,1	5,3
ohne ingenieurwissenschaftliche Fakultät	71.200 €	1,5	3,9
ohne medizinische Fakultät	29.500 €	1,4	2,5
ohne ingenieurwissenschaftliche und ohne medizinische Fakultät	17.800 €	1,2	1,9

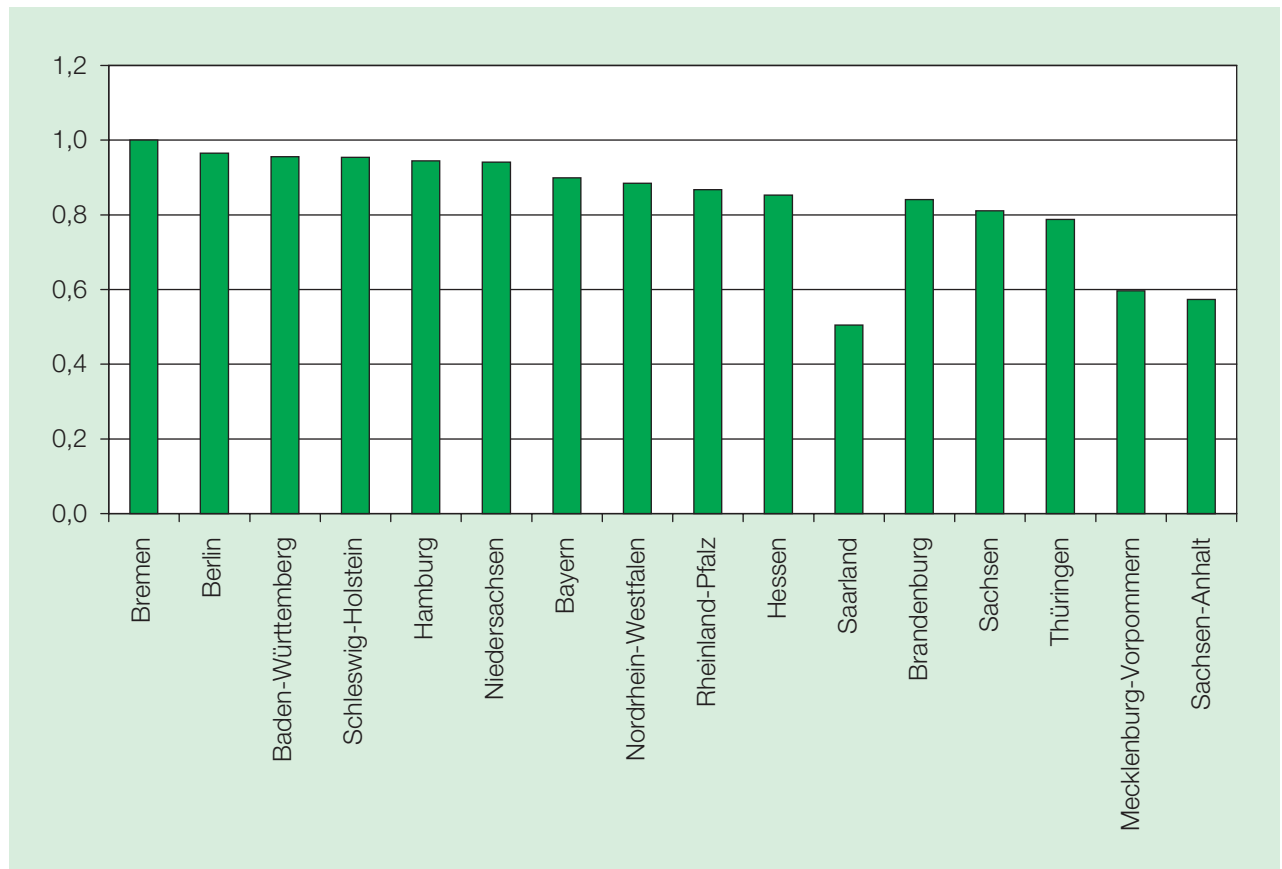
a) Angaben als Durchschnitt der Universitäten je Bundesland über den Zeitraum 1998–2003.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen Kempkes und Pohl (2006).

Form unterstellen wir eine Standard-Kostenfunktion, die sehr flexibel ist und verschiedene Substitutionsbeziehungen zwischen den Outputs/Lohn darstellen kann (sog. Translog-Kostenfunktion). Zudem werden innerhalb der Kostenfunktion die Fakultätsstrukturen der Universitäten

(mithilfe von sog. Dummy-Variablen) berücksichtigt. Als SFA-Spezifikation wählen wir ein Standard-SFA-Modell, welches von BATTESE und COELLI (1995) vorgestellt wurde. Unsere Schätzergebnisse zeigen, dass die Berücksichtigung der Fakultätszusammensetzung von Universitäten

Abbildung 3: Ergebnisse der Data Envelopment Analysis für das Jahr 2003



Quelle: Berechnungen Kempkes und Pohl (2006).

eine wesentliche Verbesserung der Schätzung und damit auch der Effizienzanalyse leistet (vgl. Tab. 3). Die Koeffizienten der Dummy-Variablen sind hoch signifikant und zeigen, dass die Kosten von Universitäten mit medizinischen/technischen Fakultäten deutlich über den Kosten anderer Universitäten liegen.

Die Schätzung der Kostenfunktion ist für die Effizienzanalyse i. d. R. nur die Basis zur Berechnung der Effizienzscores von Universitäten. Es können aber einige interessante Erkenntnisse daraus gewonnen werden. Zum einen legen die Ergebnisse nahe, dass es Verbundvorteile (economies of scope) zwischen Forschung und Lehre gibt, da der Interaktionsterm von Drittmitteln und Absolventen (Drittmittel * Absolventen) einen negativen Einfluss auf die Kosten hat. Drittmittel scheinen zudem lediglich in Universitäten mit ingenieurwissenschaftlichen Fakultäten öffentliche Mittel zu ersetzen, was am negativen Koeffizienten des Interaktionsterms der Drittmittel und der Ingenieurwiss.-Fakultäts-Dummy (ING * Drittmittel) deutlich wird. In Universitäten mit medizinischen Fakultäten erhalten Universitäten mit vielen Drittmitteln dagegen eher zusätzliche öffentliche Mittel (MED * Drittmittel).

In Abbildung 4 sind die durchschnittlichen Effizienzwerte der SFA über den Zeitraum 1998 bis 2003 auf Län-

derebene dargestellt. Wie oben bereits erläutert, ist hier ein Effizienzwert von 1 als effizient zu interpretieren; je höher der erzielte Wert, desto ineffizienter arbeitet die Universität. Wie in der DEA für das Jahr 2003 geht aus der Darstellung hervor, dass in den westdeutschen Universitäten im Vergleich zu den ostdeutschen Hochschulen über diesen Zeitraum eine leicht effizientere Mittelverwendung vorlag. Nichtsdestoweniger gibt es auch Unterschiede innerhalb Ost- bzw. Westdeutschlands. Sachsen weist neben Brandenburg einen Wert nahe eins auf, d. h. in diesen Bundesländern sind die Universitäten deutlich effizienter als in den drei anderen neuen Bundesländern. Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und das Saarland – als einziges westdeutsches Bundesland – haben jeweils einen Effizienzwert nahe zwei und sind damit im Vergleich zu den anderen Ländern deutlich ineffizienter. Beim Vergleich der DEA und SFA Ergebnisse auf Länderebene (vgl. Abb. 3 und 4) ist zu beachten, dass die DEA nur auf einem Jahr, die SFA jedoch auf einem Sechs-Jahres-Zeitraum beruht. Außerdem wird in der SFA die Fakultätsstruktur berücksichtigt, was in der DEA wiederum nicht möglich ist. Trotzdem ergeben die beiden Methoden vergleichbare Ergebnisse.

Tabelle 3: Schätzung der Kostenfunktion für deutsche Universitäten (1998–2003)

Exogene Variable	Basis-Modell	Modell ohne Dummies
Konstante	13,02 (2,38) **	20,11 (2,00) **
Linearer Zeittrend	-0,004 (0,41)	0,02 (1,22)
Drittmittel	0,56 (0,80)	4,41 (7,07) ***
Absolventen	-0,33 (0,25)	-3,36 (1,65) *
Drittmittel ²	0,29 (4,66) ***	0,08 (1,31)
Absolventen ²	0,58 (3,27) ***	0,08 (0,29)
Absolventen * Drittmittel	-0,46 (6,78) ***	-0,17 (1,75) *
Lohn	-7,33 (2,95) ***	-12,69 (2,64) ***
Lohn ²	2,67 (4,50) ***	4,30 (3,71) ***
Lohn * Drittmittel	-0,34 (1,90) *	-1,20 (7,20) ***
Lohn * Absolventen	0,57 (1,97) **	1,06 (2,33) **
Ingenieurwiss. Fakultät (ING)	2,17 (1,98) **	—
Medizinische Fakultät (MED)	3,90 (3,30) ***	—
MED * ING	-0,16 (2,11) **	—
ING * Drittmittel	-0,21 (2,98) ***	—
ING * Absolventen	0,25 (2,18) **	—
ING * Lohn	-0,44 (1,47)	—
MED * Drittmittel	0,11 (1,74) *	—
MED * Absolventen	-0,04 (0,32)	—
MED * Lohn	-0,93 (2,71) ***	—

Anmerkung: Endogene Variable ist hier Kosten abzüglich der Drittmittel, normiert mit der Zahl der Studenten. Man beachte ferner, dass die Outputs (Drittmittel und Absolventen) ebenfalls mit der Zahl der Studenten normiert wurden. Alle kontinuierlichen Variablen gehen logarithmiert in die Schätzung ein. In Klammern sind die t-Statistiken angegeben.

***, ** und * kennzeichnen ein Signifikanzniveau von 1%, 5% und 10%.

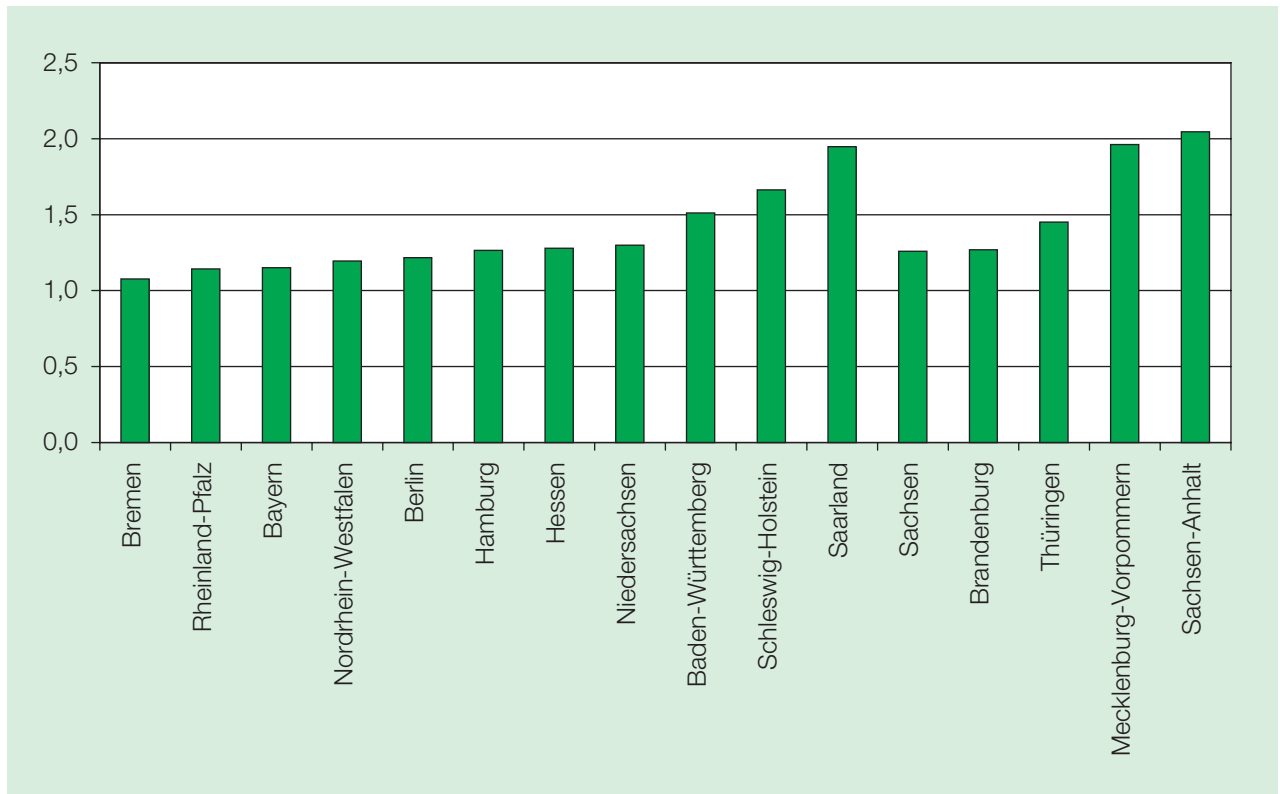
Quelle: Berechnungen Kempkes und Pohl (2006).

Ostdeutsche Universitäten holen auf

Nachdem die durchschnittliche Effizienz der Universitäten in einem Jahr bzw. über den gesamten Zeitraum betrachtet worden ist, stellt sich die Frage nach der zeitlichen Entwicklung. Dazu wurde der Malmquist-Index [vgl. Coelli et al. (2005)] berechnet, welcher auf dem DEA-Ansatz basiert und die Entwicklung der Effizienz im Zeitverlauf widerspiegelt. Der Index weist bei den ostdeutschen Universitäten einen Wert über eins auf, d. h. hier ist eine Steigerung in der Effizienz zu beobachten (vgl. Abb. 5). In den alten Bundesländern (inkl. Berlin) gilt dies nur für die drei Stadtstaaten, während bei den westdeutschen Flächenländern konstante Werte bzw. ein leichter Rückgang zu beobachten sind, da der entsprechende Wert des Malmquist-Index bei bzw. unter eins liegt.

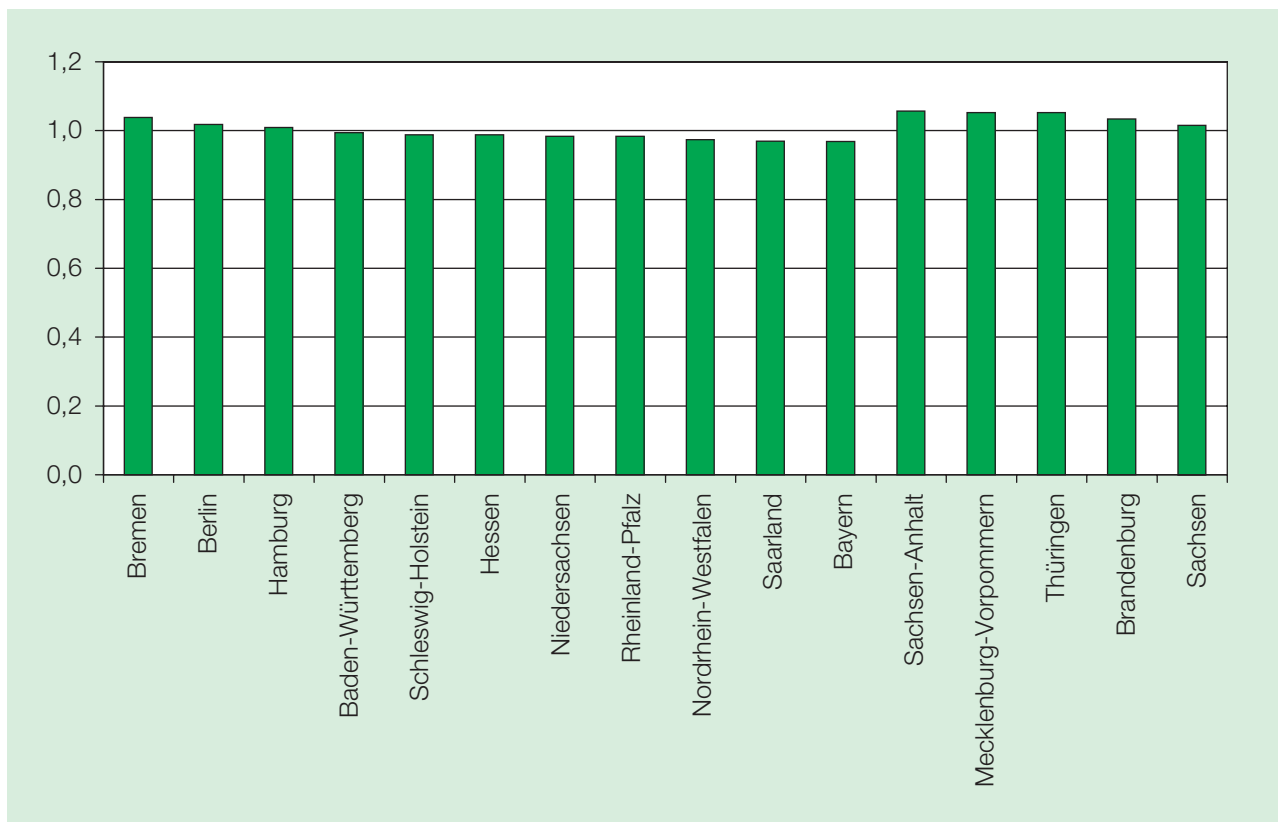
Abbildung 6 gibt einen Überblick über die Entwicklung der durchschnittlichen Effizienzwerte der ost- und westdeutschen Universitäten, die unter Verwendung des SFA-Ansatzes ermittelt wurden. Dabei ist ein Effizienzwert von 1 als effizient zu interpretieren; eine entsprechende Universität läge dann auf der geschätzten Kostenfunktion (vgl. Abb. 2). Je größer die Effizienzwerte werden, desto ineffizienter arbeiten die Universitäten. Generell lässt sich feststellen, dass die Universitäten ihre Effizienz im Beobachtungszeitraum steigern konnten. Dies gilt insbesondere für die ostdeutschen Universitäten, die besonders starke Effizienzverbesserungen erzielen konnten. Im Effizienzniveau liegen allerdings die westdeutschen Universitäten noch leicht über den Hochschulen in Ostdeutschland.

Abbildung 4: Ergebnisse der Stochastic Frontier Analysis für die Jahre 1998–2003



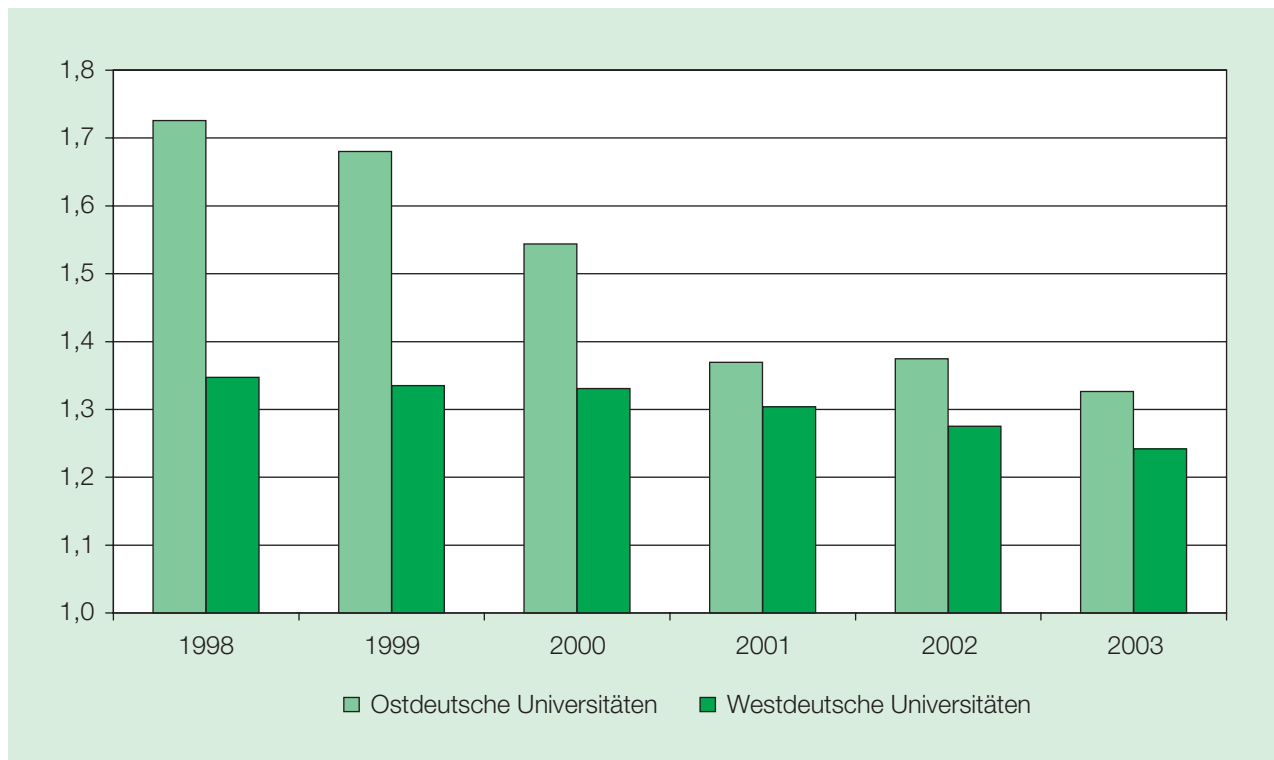
Quelle: Berechnungen Kempkes und Pohl (2006).

Abbildung 5: Entwicklung der Effizienz deutscher Universitäten für die Jahre 1998–2003 (Malmquist-Index)



Quelle: Berechnungen Kempkes und Pohl (2006).

Abbildung 6: Entwicklung der Effizienz deutscher Universitäten für die Jahre 1998–2003 (Stochastic Frontier Analysis)



Quelle: Berechnungen Kempkes und Pohl (2006).

Mögliche Ursachen für die Effizienzunterschiede in Ost- und Westdeutschland

Nach Aufdeckung der Effizienzunterschiede in der deutschen Universitätslandschaft, stellt sich die Frage, welche Ursachen hierfür verantwortlich sind. Dazu werden im Rahmen der Data Envelopment Analysis in einem zweiten Schritt die ermittelten Effizienzwerte auf externe Faktoren regressiert, d. h. auf Faktoren, die außerhalb des Einflussbereichs der Universitäten liegen. Dazu zählt u. a. die Höhe des regionalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Kopf⁵, da davon auszugehen ist, dass in wirtschaftlich stärkeren Regionen auch relativ mehr Forschungsinstitute und Unternehmen angesiedelt sind, was sich wiederum positiv auf die Effizienz der Universität auswirken könnte. Beispielsweise können sich Universitäten und Forschungsinstitute bei der Einwerbung von Drittmitteln zusammenschließen oder Universitäten profitieren von eingeworbenen Drittmitteln aus nahe angesiedelten Unternehmen. Da die deskriptive Statistik gezeigt hat, dass Universitäten mit technischer/medizinischer Fakultät höhere Kosten verursachen, dies aber in der DEA nicht abgebildet werden kann, wird im Rahmen verschiedener Regressionsansätze „nachträglich“ evaluiert, ob die Fakultätsstruktur einen signifikanten Einfluss auf die Effizienzwerte hat (vgl. Tab. 4). Die Schätzergebnisse

machen deutlich, dass Hochschulen, die in wirtschaftlich starken Regionen angesiedelt sind, auch eine höhere Effizienz aufweisen. Die entsprechenden Koeffizienten (BIP pro Kopf) sind signifikant und leicht positiv. Folglich könnte hier eine Ursache für die im Vergleich zu westdeutschen Universitäten geringere Effizienz der ostdeutschen Hochschulen liegen.⁶ Zudem zeigen die Regressionsergebnisse nochmals, dass für eine genauere Messung der Effizienz von Hochschulen zwischen Universitäten mit verschiedenen Fakultäten unterschieden werden sollte. Allerdings können auch andere Faktoren, die nicht in der Untersuchung berücksichtigt wurden, die Unterschiede in der Effizienz zwischen Ost- und Westdeutschland erklären. Dazu könnten beispielsweise die technische Ausstattung (z. B. Anzahl der PC-Arbeitsplätze) und/oder die Anzahl sowie die Ausstattung von Bibliotheken zählen.

Fazit

In Zeiten knapper öffentlicher Kassen wird zunehmend die Frage nach einer effizienten Verwendung der Steuermittel gestellt. Vor diesem Hintergrund wurde im vorliegenden Beitrag die Effizienz von 72 öffentlich finanzierten Universitäten untersucht. Die empirischen Befunde

Tabelle 4: Umwelteinflüsse und Effizienz von Universitäten

	OLS		Tobit	
Konstante	0,775 ***	0,823 ***	0,759 ***	0,827 ***
	(-13,46)	(-14,15)	(-9,26)	(-10,09)
BIP pro Kopf	0,004 *	0,004 **	0,006 *	0,007 *
	(-1,71)	(-2)	(-1,86)	(-2,08)
Medizinische Fakultät	—	-0,067	—	-0,087
		(-2,09)		(-1,97)
Ingenieurwissenschaftliche Fakultät	—	-0,071 **	—	-0,087 *
		(-2,22)		(-1,97)
Beobachtungen	72	72	72	72
R ²	0,04	0,14	0,23	0,63
Anmerkung: Standardfehler in Klammern; ***, ** und * kennzeichnen ein Signifikanzniveau von 1%, 5% und 10%.				

Quelle: Berechnungen Kempkes und Pohl (2006).

machen deutlich, dass die ostdeutschen Hochschulen in den Jahren 1998 bis 2003 ihre Effizienz verbessern konnten. Allerdings liegen sie im Vergleich zu den westdeutschen Universitäten noch zurück.

Effizienzrankings von deutschen Universitäten könnten zukünftig stärker dazu genutzt werden, um die finanzielle Zuweisung von Mitteln auf Länderebene zu steuern. Dabei könnten diejenigen Hochschulen belohnt werden, die die finanziellen Ressourcen effizient einsetzen, während ineffiziente Universitäten mit Mittelkürzungen rechnen müssten. Ein solches „effizienzbasierendes“ Verteilungssystem von öffentlichen Mitteln könnte den ausschließlich qualitätsbasierten Verteilungsmechanismus ergänzen, der jüngst mit der Exzellenzinitiative eröffnet worden ist.

Literatur

- ABBOTT, M. und C. DOUCOLIAGOS (2003): The efficiency of Australian universities: a data envelopment analysis, *Economics of Education Review* 22, S. 89–97.
- ATHANASSAPOULOS, A. D. und E. SHALE (1997): Assessing the Comparative Efficiency of Higher Education Institutions in the UK by Means of Data Envelopment Analysis, *Education Economics* 5, S. 117–134.
- BATTESE, G. und T. COELLI (1995): A Model for Technical Inefficiency Effects in a Stochastic Frontier Production Function for Panel Data. *Empirical Economics*, 20, S. 325–332.
- COELLI, T. et al. (2005): *An Introduction to Efficiency and Productivity Analysis*, Springer Science and Business Media, New York.

DEUTSCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT (Hrsg.) (2006): Erste Runde in der Exzellenzinitiative entschieden, Pressemitteilung vom 13. Oktober 2006.

FLEGG, A. T. et al. (2004): Measuring the Efficiency of British Universities: A Multi-period Data Envelopment Analysis, *Education Economics* 12, S. 231–249.

IZADI, H. et al. (2002): Stochastic Frontier Estimation of a CES Cost Function: The Case of Higher Education in Britain, *Economics of Education Review* 21, S. 63–71.

JOHNES, J. und G. JOHNES (1995): Research funding and performance in U.K. university departments of economics: a frontier analysis, *Economics of Education Review* 14, S. 301–314.

KEMPKES, G. und C. POHL (2006): *The Efficiency of German Universities – Some Evidence from Non-Parametric and Parametric Methods*, ifo Working Paper Nr. 36, München.

KRAUS, M. (2004): Schätzung von Kostenfunktionen für die bundesdeutsche Hochschulausbildung: Ein konzeptioneller Ansatz im empirischen Test, *ZEW Diskussionspapier* 4/36.

KULTUSMINISTERKONFERENZ (Hrsg.) (2005): *Prognose der Studienanfänger, Studierenden und Hochschulabsolventen bis 2020*, Bonn.

STEVENS, P. A. (2005): A Stochastic Frontier Analysis of English and Welsh Universities, *Education Economics* 13, S. 355–374.

WARNING, S. (2004): Performance Differences in German Higher Education: Empirical Analysis of Strategic Group, *Review of Industrial Organization* 24, S. 393–408.

WARNING, S. (2005): Effizienz deutscher Hochschulen: Gibt es regionale Unterschiede? in: BELLMANN, L.;

SADOWSKI, D. (Hrsg.): Bildungsökonomische Analyse mit Mikrodaten. Beiträge zur Arbeitsmarkt und Berufsforschung. Nürnberg: IAB, S. 65–81.

WORTHINGTON, A. C. (2001): An Empirical Survey of Frontier Efficiency Measurement Techniques in Education, *Education Economics* 9, S. 245–268.

- ¹ Der Beitrag basiert auf dem Arbeitspapier KEMPKE und POHL (2006): „The Efficiency of German Universities – Some Evidence from Non-Parametric and Parametric Methods“, ifo Working Paper Nr. 36, München.
- ² Der Artikel von WORTHINGTON (2001) liefert einen guten Überblick über wissenschaftliche Arbeiten zum Thema Effizienzanalyse von Universitäten. Für Deutschland sind insbesondere die Arbeiten von WARNING (2004, 2005) zu nennen.
- ³ COELLI et al. (2005) bieten einen guten Einstieg zum Thema Effizienzanalyse.
- ⁴ Vgl. ABBOTT und DOUCOULIAGOS (2003) für australische Universitäten, JOHNES und JOHNES (1995), ATHANASSAPOULOS und SHALE (1997) sowie FLEGG et al. (2004) für britische Universitäten.
- ⁵ Verwendet wird das reale BIP pro Kopf auf Ebene der Raumordnungsregionen des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR), um statistische Unterschiede zwischen Kreisstädten und kreisfreien Städten zu bereinigen.
- ⁶ Die Wahl der SFA-Spezifikation erlaubt es ebenfalls, zusätzlich die Einflussgrößen der Effizienz von Hochschulen zu analysieren. Analog zur zweiten Stufe des DEA-Ansatzes wird daher die Frage untersucht, welche Faktoren, die sich außerhalb der Kontrolle einer einzelnen Hochschule befinden, Einfluss auf ihre Effizienz haben. Auch bei der SFA zeigt sich, dass die Effizienz von Universitäten an einem Standort mit hohem BIP pro Kopf höher ist.

Determinanten der Standortwahl von Unternehmen – ein Literaturüberblick

Michael Berlemann und Jane Tilgner*

Aus Sicht der Wirtschaftspolitik kommt Standortentscheidungen von Unternehmen eine besonders wichtige Rolle zu, weil Entscheidungen zugunsten eines bestimmten Standorts für die entsprechende Region mit einem Ausbau oder zumindest der Sicherung der Zahl von verfügbaren Arbeitsplätzen verbunden sind. Neben diesen direkten Beschäftigungseffekten von Standortentscheidungen ist mit einer Reihe von indirekten Effekten zu rechnen. So wirken sich Neuansiedlungs- oder Bleibentscheidungen zumeist auch auf die regional angesiedelten Zulieferer aus und ziehen somit unter Umständen sogar weitere positive Ansiedlungsentscheidungen nach sich. Auch im Bereich unternehmensnaher Dienstleistungen können Beschäftigungsgewinne in der Region erzielt werden. Mit der regionalen Beschäftigung steigt zudem die lokale Kaufkraft, was positive Nachfrageeffekte und damit zusätzliche expansive Impulse nach sich ziehen kann.

Standen die Regionen innerhalb eines Landes untereinander schon immer im Wettbewerb um Unternehmensansiedlungen, so hat die internationale Dimension dieses Wettbewerbs im Zuge der fortschreitenden Globalisierung im letzten Jahrzehnt ganz erheblich zugenommen und wird auch in der Zukunft vermutlich noch weiter ansteigen. Hierzu tragen unterschiedliche Entwicklungen erheblich bei. Durch die Integration weiterer Transformationsstaaten in die Europäische Union werden Investitionsstandorte in den neuen Beitrittsstaaten zunehmend attraktiver. Dieser Prozess wird durch die Strukturfördermaßnahmen seitens der Europäischen Union aktiv flankiert. Es ist zu erwarten, dass sich diese Maßnahmen durch den Beitritt weiterer osteuropäischer Staaten mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen zunehmend auf die neuen Beitrittsstaaten konzentrieren werden und mittelfristig auch die derzeitigen Ziel-1-Fördergebiete in Ostdeutschland aus der Höchstfördergruppe herausfallen werden. Durch verringerte Transportkosten infolge einer verbesserten Infrastruktur kann sich zudem die Verlagerung von Produktionsstätten in das Ausland lohnen. Die enorm verbesserten Kommunikationsmöglichkeiten machen auch die Verlagerung von verschiedenen Dienstleistungen möglich, so z. B. die Erstellung von Software oder die Auslagerung der Buchhaltung. Durch diese Entwicklungen sind internationale Standortentscheidungen nicht mehr allein für Großunternehmen, sondern zunehmend auch für kleinere Unternehmen strategische Optionen [vgl. hierzu BASSEN, BEHNAM und

GILBERT (2001), S. 414, HENZLER (1992), S. 92 und KOLLER, RAITHEL und WAGNER (1998), S. 176].

Eine Region kann im nationalen und internationalen Standortwettbewerb nur bestehen, wenn sie im Hinblick auf für Unternehmen relevante Standortfaktoren attraktiv ist. Unternehmen werden sich nur dann für einen Standort entscheiden, wenn die Standortfaktoren einer Region besonders viel versprechend sind. Auch wenn die relevanten Standortfaktoren naturgemäß von Unternehmen zu Unternehmen differieren, so ist doch davon auszugehen, dass Regionen mit einem besonders guten Mix an Standortfaktoren im Standortwettbewerb überdurchschnittlich erfolgreich sind und besonders viele Unternehmen attrahieren.

Der vorliegende Beitrag ist der erste von drei im Rahmen der Zeitschrift „ifo Dresden berichtet“ geplanten Beiträgen zu Standortfragen. In diesem Beitrag wird zunächst beleuchtet, welche Dimensionen die Problematik der Standortwahl insgesamt aufweist und welche Faktoren einen Einfluss auf die Standortwahl haben. Der Beitrag gibt zudem einen Überblick über die bereits vorliegende empirische Evidenz zur Bedeutung unterschiedlicher Standortfaktoren. Die beiden im nächsten und übernächsten Jahr folgenden Beiträge präsentieren die Ergebnisse zweier eigener, derzeit noch laufender, empirischer Studien der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts.

Dimensionen der Standortwahl eines Unternehmens

Standortentscheidungen sind für Unternehmen von ausgesprochen hoher Bedeutung, weil sie ähnlich wie die Rechtsformwahl konstitutiven Charakter für ein Unternehmen haben. Sie sind zumeist nur unter Aufwendung erheblicher Ressourcen revidierbar und setzen somit für viele Folgeentscheidungen die Rahmenbedingungen [PIEPER (1994), S. 14 und FALLGATTER (2006), S. 75].

Standortentscheidungen sind nicht nur bei der Gründung eines neuen Unternehmens oder bei Unternehmenserweiterungen zu treffen. Auch wenn ein Unternehmen schrumpft, stehen oft Standortentscheidungen an, muss hier doch entschieden werden, welche Standorte geschlossen werden sollen. Trotz der meist

* Michael Berlemann ist stellvertretender Geschäftsführer, Jane Tilgner ist wissenschaftliche Hilfskraft in der ifo Niederlassung Dresden des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung.

hohen Kosten einer Standortverlagerung wird ein Unternehmen von Zeit zu Zeit erwägen, seinen Standort zu wechseln. Auch Bleibeentscheidungen, d. h. bewusste Neuentscheidungen für einen gegebenen Standort, nachdem alternative Möglichkeiten geprüft wurden, sind Standortentscheidungen [GRABOW (2005), S. 41 sowie GRABOW, HENCKEL UND HOLLBACH-GRÖMIG (1995), S. 154].

Standortentscheidungen werden von Unternehmen vor dem Hintergrund der jeweiligen Unternehmensziele getroffen. Zumeist wird dies das Ziel der Gewinnmaximierung sein. Daneben kommen Ziele wie die Vergrößerung des Marktanteils oder eine Maximierung des Umsatzes in Betracht [PIEPER (1994), S. 14]. Aufgrund der schwierigen Revidierbarkeit von Standortentscheidungen ist davon auszugehen, dass die meisten Unternehmen eine Vielzahl von Kriterien in ihre Überlegungen einbeziehen und die in Betracht kommenden Standorte diesbezüglich genau prüfen.

Das Problem der Standortwahl lässt sich in vier Teilaspekte zerlegen [FALLGATTER (2006), S. 75 und SCHÄTZL (2003), S. 29]: Zunächst einmal muss sich ein Unternehmen entscheiden, welches Land es als Standort wählen soll (internationale Standortwahl). Innerhalb des Ziellandes ist eine Stadt oder Region (regionale Standortwahl) und innerhalb dieser dann der konkrete Standort (lokale Standortwahl) auszuwählen, in der das Unternehmen angesiedelt werden soll. Schließlich ist über die Anordnung einzelner Betriebsabteilungen zu entscheiden (innerbetriebliche Standortwahl). Gegenstand des

vorliegenden Beitrags sind ausschließlich die beiden erstgenannten Teilaspekte.

Forschungsstrategien zur Ermittlung von Standortfaktoren

Zumeist werden bei der Ermittlung relevanter Determinanten der Standortwahl zunächst potenziell relevante Faktoren auf Basis theoretischer Überlegungen und Modelle identifiziert. In einem nächsten Schritt werden diese dann auf ihre empirische Relevanz überprüft.

Für die Ermittlung der empirischen Relevanz von Standortfaktoren stehen im Prinzip zwei unterschiedliche Verfahren zur Verfügung. Einerseits können mit Hilfe von Unternehmensbefragungen Primärdaten erhoben werden. So können Unternehmen befragt werden, welche Faktoren bei ihrer Standortwahl eine Rolle gespielt haben. Auch die Qualität unterschiedlicher Standortfaktoren kann durch eine Unternehmensbefragung ermittelt werden. Andererseits kann ebenso auf Daten aus zur Verfügung stehenden Sekundärstatistiken zurückgegriffen werden. Unter Verwendung ökonomischer Verfahren kann danach mit Hilfe dieser Daten analysiert werden, welche Faktoren die Standortwahl determinieren. Beide Methoden haben ihre spezifischen Vor- und Nachteile (vgl. hierzu Tab. 1) und werden in der einschlägigen Literatur nahezu gleichberechtigt genutzt.

Tabelle 1: Befragung versus ökonomische Schätzung

Befragung	ökonomische Schätzung
Vorteile	Vorteile
Es kann auch nach Größen gefragt werden, die nicht der amtlichen Statistik entnommen werden können.	I. d. R. kostengünstig.
Zukünftige Tatbestände wie Erwartungen und Absichten können erfragt werden.	Beobachtung tatsächlichen Verhaltens.
Sehr individuelle Untersuchungsdesigns sind möglich.	
Nachteile	Nachteile
Ergebnisse können maßgeblich von Größe der Stichprobe, Klarheit der Fragestellung, Interpretationsbedürftigkeit qualitativer Antworten beeinflusst werden.	Hauptschwierigkeit liegt darin, sämtliche relevanten Standortfaktoren in die Analyse einzubeziehen. → Problem der Quantifizierbarkeit → Problem der Datenverfügbarkeit
Nicht alle Unternehmen sind zur Beantwortung der Fragen bereit. → Gefahr der Verzerrung	Qualität der Inputdaten ist von entscheidender Bedeutung für den Aussagegehalt der ökonomischen Analyse.
Unternehmen verfolgen bei Beantwortung der Fragen ihre eigenen Ziele und antworten deshalb oft strategisch.	
Kostenintensiv und zeitaufwendig.	

Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

Für beide empirischen Forschungsansätze ist es notwendig oder zumindest hilfreich, zunächst die in Betracht zu ziehenden, potenziellen Determinanten der Standortqualität zu ermitteln. Die von einem Unternehmen im Einzelfall herangezogenen Kriterien zur Auswahl eines geeigneten Standortes werden von Fall zu Fall naturgemäß differieren. Ganz wesentlich wird die Entscheidung z. B. vom Geschäftsfeld eines Unternehmens abhängen. Ziel der meisten vorliegenden empirischen Studien ist es allerdings nicht, einzelne Standortentscheidungen von Unternehmen zu erklären. Vielmehr geht es darum, Faktoren zu identifizieren, die sich im Durchschnitt positiv auf Standortentscheidungen zugunsten bestimmter Regionen auswirken. Aufgrund der großen Heterogenität von Unternehmen ist es notwendig, eine Vielzahl von potenziellen Determinanten der Standortwahl in die Untersuchung einzubeziehen.

Motive und Rahmenbedingungen von Standortentscheidungen

Prinzipiell lassen sich zwei unterschiedliche Motive für Standortentscheidungen unterscheiden [vgl. BECK und MAIER (2000), S. 94]. Einerseits kann die Entscheidung für einen bestimmten Standort durch ein Markterschließungsmotiv begründet sein [BECKER et al. (2004), MARIN (2004) und BUCH et al. (2005)]. So kann es durchaus notwendig sein, zur Erschließung eines Marktes vor Ort eine Produktionsstätte zu unterhalten. Offensichtlich ist dies bei verschiedenen Dienstleistungen wie der Gebäudereinigung oder Friseurbetrieben. Aber auch im Bereich des produzierenden Gewerbes kann die Unterhaltung einer Produktionsstätte vor Ort sinnvoll oder gar notwendig sein, bspw. aufgrund hoher Transportkosten oder zur Umgehung von Handelsbeschränkungen. Andererseits kann eine Standortentscheidung aber auch durch das Vorhandensein besonders günstiger oder guter Produktionsbedingungen motiviert sein. In diesem Fall wird auch vom sog. „Offshoring“ gesprochen [SINN (2005)]. So können in einer Region z. B. besonders viele gut ausgebildete Arbeitskräfte zur Verfügung stehen oder notwendige Rohstoffe oder Arbeitskräfte sehr preisgünstig sein.

Damit eine Region unter einem dieser beiden Motive überhaupt als Standort in Betracht kommen kann, müssen allerdings darüber hinaus auch die politischen, rechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen der Region akzeptabel sein. Diese Rahmenbedingungen können als eine Art Vorfilter für Standortentscheidungen gesehen werden. So wird sich ein Unternehmen unter dem Markterschließungsmotiv nur dann in einer Region engagieren, wenn ein gewisser Grad an Rechtssicherheit gewährleistet ist.

Im Folgenden wird ein Überblick über die verschiedenen Faktoren gegeben, die bei einer Standortentscheidung eines Unternehmens eine Rolle spielen können. Dabei wird zwischen den drei oben genannten Gruppen von potenziellen Determinanten der Standortentscheidung unterschieden. Zunächst werden all jene Faktoren erläutert, die die Rahmenbedingungen eines Landes oder einer Region bestimmen. Daran anschließend wird dargestellt, welche Determinanten unter dem Markterschließungsmotiv und welche unter dem Motiv der Nutzung der vorhandenen Produktionsbedingungen relevant sein können. Die Auswahl der berücksichtigten Faktoren orientiert sich dabei vorrangig an den Erkenntnissen der bisher vorliegenden theoretischen und empirischen Literatur zur Bedeutung unterschiedlicher Standortfaktoren. Einen Überblick gibt Schaubild 1. Im Schaubild unberücksichtigt bleiben die bei vielen Entscheidungen nicht unwesentlichen Faktoren der Verbundenheit zu einer Region sowie der Faktor Zufall. Beide Faktoren sind kaum zu messen und zu beeinflussen. Dennoch spielen sie bei einzelnen Ansiedlungsentscheidungen oft eine Rolle.

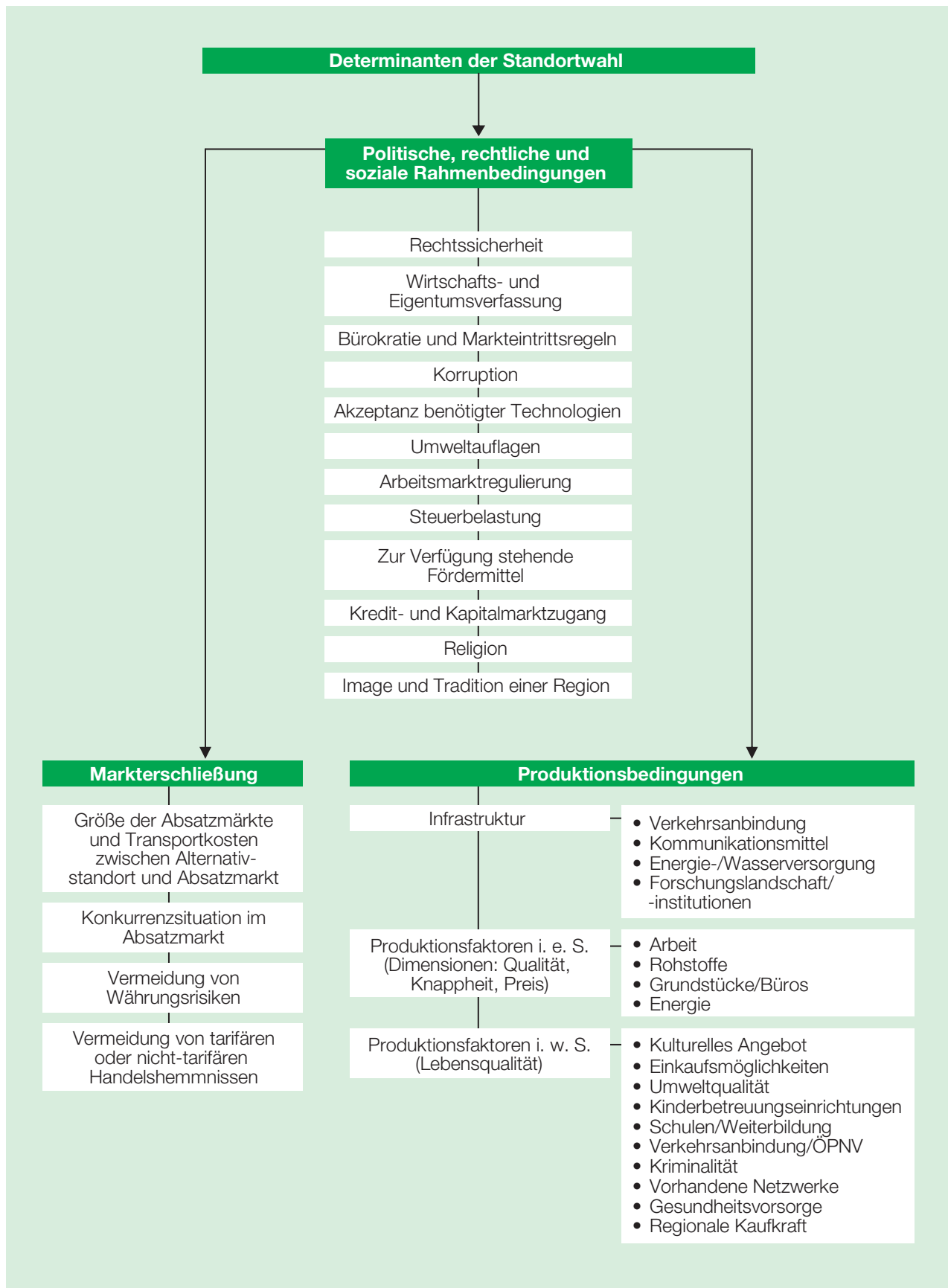
Politische, rechtliche und soziale Rahmenbedingungen

Die Rahmenbedingungen, die eine Region bieten kann, sind sowohl unter dem Markterschließungsmotiv als auch bei durch die Ausnutzung der guten regionalen Produktionsbedingungen motivierten Ansiedlungsentscheidungen von Bedeutung und haben somit universellen Charakter.

Die Rahmenbedingungen einer Region werden zunächst einmal durch den Grad an **politischer Stabilität**, den eine Region aufweist, geprägt und können von der jeweiligen Regierung maßgeblich beeinflusst werden. Zumeist ergreifen Regierungen differierender politischer Couleur auch unterschiedliche Maßnahmen, sodass Regierungswechsel oft mit einem Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik einhergehen. Die Rahmenbedingungen einer Region, die häufig Politikwechsel erlebt, sind insofern für Unternehmer schwerer berechenbar und die Region somit als Standort unter Umständen unattraktiver. Der Einfluss der politischen Stabilität auf die Standortwahl ist ökonomisch bereits von GLOBERMAN und SHAPIRO (2002) untersucht worden. Die Autoren kommen dabei zu dem Schluss, dass die politische Stabilität eines Landes tatsächlich einen Einfluss auf das Ausmaß aus dem Ausland zufließender Direktinvestitionen hat.

Es ist weiterhin zu erwarten, dass sich Unternehmen vorrangig in solchen Regionen ansiedeln, die ein gewisses Maß an **Rechtssicherheit** bieten können. Rechtssicherheit ist ein wichtiges Element einer rechtsstaatlichen

Schaubild 1: Mögliche Determinanten der Standortwahl



Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

Ordnung. Unter Rechtssicherheit wird die Klarheit, Bestimmtheit und Beständigkeit staatlicher Entscheidungen sowie die Klärung von umstrittenen Rechtsfragen oder -verhältnissen in angemessener Zeit verstanden. Auch die Rechtssicherheit erweist sich in der ökonomischen Untersuchung von GLOBERMAN und SHAPIRO (2002) als signifikante Einflussgröße für ausländische Direktinvestitionen, wenn auch der Einfluss absolut nur gering ist.

Von Bedeutung für Ansiedlungsentscheidungen wird zudem die vorherrschende **Wirtschafts- und Eigentumsverfassung** sein. Sie legt fest, in welcher Weise Handlungsrechte an wirtschaftlichen Gütern auf die wirtschaftlichen Akteure verteilt werden. In einer Marktwirtschaft werden mit dem Kauf eines Sachgutes oder einer Dienstleistung sowohl Eigentums- als auch Verfügungsrechte erworben. Hierzu zählen das Recht, den Vermögenswert zu nutzen (Entscheidungs- und Nutzungsrecht), das Recht, die Früchte des Eigentums zu nutzen (Aneignungsrecht), das Recht, das Eigentum zu verändern oder zu wechseln (Veränderungsrecht) und das Recht, den Vermögenswert ganz oder zeitweise zu übertragen (Transferrecht). Darüber hinaus müssen Vertragsfreiheit und das Haftungsprinzip gelten. Das Haftungsprinzip stellt sicher, dass jeder Wirtschaftsteilnehmer auch die Folgen des eigenen Handelns zu tragen hat. Die Rechtsordnung muss deshalb Sanktionen für Vertragsbruch oder das Nichteinhalten von Gesetzen und Auflagen vorsehen.

Insgesamt ist davon auszugehen, dass eine nicht diesen Prinzipien entsprechende Wirtschafts- und Eigentumsverfassung die wirtschaftliche Tätigkeit eines Unternehmens erheblich behindert und sich daher negativ auf Ansiedlungsentscheidungen auswirkt. Empirische Arbeiten konzentrieren sich stark auf den Bereich der Eigentumsverhältnisse bezüglich geistigen Eigentums (Patentschutz). So untersuchen bspw. BRANSTETTER et al. (2005) das Investitionsverhalten von international agierenden US-amerikanischen Unternehmen in Ländern, die ihre Rechtssicherheit im Hinblick auf geistige Eigentumsrechte gestärkt haben. Der Vergleich vor und nach der Reform zeigt, dass sie die wirtschaftliche Aktivität der Investoren deutlich stimuliert, insbesondere bei Unternehmen, deren Firmenstrategie stark auf patentiertes geistiges Eigentum fokussiert ist.

Generell gilt, dass eine starke Regulierung oder umfangreiche **bürokratische Anforderungen** an Unternehmen bei diesen in der Regel erhebliche Kosten verursachen. Diese Kosten können in den direkten Kosten für zu zahlende Gebühren liegen. Vor allem aber sind sie in dem erhöhten Zeitaufwand zur Bewältigung der vorgeschriebenen Formalitäten zu sehen. Je mehr Auflagen zu beachten sind und je mehr Zeit die Erledigung bürokrati-

scher Vorgänge in Anspruch nimmt, desto unattraktiver wird eine Region in der Regel für Unternehmen. Tatsächlich scheinen Unternehmen Bürokratie als wesentliches Hemmnis und als Belastung zu empfinden. So kommt eine Unternehmensbefragung des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn aus dem Jahr 2003 zu dem Ergebnis, dass 79 % der befragten kleinen und mittelständischen Unternehmen das Ausmaß der Belastung durch Bürokratie als hoch bis sehr hoch empfinden. Vor allem Formalitäten im Zusammenhang mit der Entrichtung von Steuern und Abgaben sowie den Sozialversicherungsabgaben stellen große Belastungsbereiche dar [KAYSER et al. (2004), S. 62ff.].

Ein weiterer potenzieller Faktor der Standortqualität liegt im Ausmaß der am Standort vorherrschenden **Korruption**. Als Korruption wird der Missbrauch einer Vertrauensstellung in einer Funktion in Verwaltung, Wirtschaft oder Politik, um hierdurch einen materiellen oder immateriellen Vorteil zu erlangen, auf den kein rechtlich begründeter Anspruch besteht, bezeichnet. Korruption umfasst sowohl die Tatbestände der Bestechung und Bestechlichkeit, der Vorteilsannahme sowie der Vorteilsgewährung. Auf volkswirtschaftlicher Ebene führt Korruption in der Regel dazu, dass die von Bürokratien erbrachten Leistungen quantitativ abnehmen und/oder sich qualitativ verschlechtern, die für die Erbringung zu entrichtenden Beiträge hingegen steigen. Die aus Korruption entstehenden finanziellen Lasten hat letztlich der Steuerzahler zu tragen und können mittelfristig zu einer erhöhten Steuerbelastung der Bürger und Unternehmen führen. Aus diesem Blickwinkel ist die Ansiedlung in korrupten Regionen für Unternehmen unattraktiv.

Einzelwirtschaftlich kann sich für ein einzelnes Unternehmen Korruption allerdings durchaus lohnen. Mit der Aufnahme, Ausweitung oder Weiterführung eines Geschäftsbetriebs sind oft bürokratische Formalitäten verbunden, die für das Unternehmen oft mit Kosten und einem erhöhten Zeitaufwand verbunden sind. Zudem besteht das Risiko, dass notwendige Genehmigungen gar nicht oder nur unter Auflagen erteilt werden. Das Wissen, dass Entscheidungen der Bürokratie unter Umständen mit Hilfe von Bestechung o. ä. Maßnahmen beeinflusst werden können, könnte insofern die Entscheidung bzgl. eines Standortes unter Umständen sogar positiv beeinflussen. Diese Sichtweise vernachlässigt allerdings, dass Bestechungsmaßnahmen nicht nur direkte, sondern darüber hinaus auch indirekte Kosten mit sich bringen, wie sie aus dem Risiko der Aufdeckung und einer hiermit verbundenen Bestrafung verbunden sind. Zudem besteht das Risiko, dass die in diesem Zusammenhang aufgewendeten Kosten ohne den gewünschten Erfolg bleiben, zumal die Gegenleistung legal eben nicht einforderbar ist. Auch ist es für Unternehmen

schwer abzuschätzen, welche Maßnahmen notwendig sind, um eine Entscheidung in die gewollte Richtung zu beeinflussen. Schließlich ist bei einer korrupten Bürokratie nicht davon auszugehen, dass ein Unternehmen durch Bestechung systematische Vorteile erzielen kann, da die Möglichkeit der Bestechung anderen Unternehmen ebenfalls offen steht.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das Ausmaß an vorherrschender Korruption negativ mit der Standorteinschätzung von Unternehmen korreliert sein dürfte. Diese Hypothese wird von den ökonometrischen Untersuchungen von JAVORCIK und WEI (2002) sowie WEI (2001) und LAMBSDORFF (2005) gestützt.

Je nach Geschäftsfeld eines Unternehmens kann es für ein Unternehmen notwendig oder zumindest vorteilhaft sein, **spezifische Technologien** einzusetzen. Voraussetzung hierfür ist, dass die notwendigen Technologien am in Betracht gezogenen Standort erlaubt und ggf. auch akzeptiert sind. Ein Beispiel für eine solche Technologie ist die Gentechnologie. Je größer die Restriktionen im Zusammenhang mit der Verwendung einer solchen Technologie sind und je geringer die Akzeptanz der Technologie in der Bevölkerung generell ist, desto geringer dürfte die Wahrscheinlichkeit sein, dass eine Standortentscheidung zugunsten einer solchen Region ausfällt.¹ Empirische Untersuchungen zu diesem Aspekt liegen bisher allerdings nicht vor.

Zu den politischen Rahmenbedingungen zählt weiterhin die Existenz von **Umweltauflagen**. Die Existenz von Umweltauflagen kann, je nach Wirtschaftszweig, sowohl positive als auch negative Standorteffekte haben [vgl. hierzu SPRENGER (1992)]. Für die Industrie sind Umweltschutzauflagen zunächst einmal mit zusätzlichen Kosten verbunden und aus dieser Perspektive ein negativ wirkender Standortfaktor.

Allerdings kann sich die Existenz von Umweltauflagen auch für den industriellen Sektor positiv auswirken, schaffen sie doch Anreize für eine umweltbewusste Produktgestaltung und die Entwicklung moderner Umweltschutztechnik. Die Einführung von Umweltschutzauflagen forciert also die Entstehung eines entsprechenden Marktes, der bei einem Nachziehen anderer Staaten zudem ein viel versprechender Wachstumsmarkt werden kann. Prinzipiell ist dennoch zu erwarten, dass weite Teile der Industrie die Existenz von Umweltauflagen eher als negativen Standortfaktor einschätzen werden. Gleichzeitig gibt es aber auch eine Reihe von Wirtschaftszweigen wie die Land- und Forstwirtschaft, die Fischerei und die Tourismuswirtschaft, die die Existenz von Umweltauflagen als positiven Standortfaktor einschätzen werden. Die ökonometrische Literatur kommt zu keinem einheitlichen Ergebnis der Wirkung von Umweltauflagen auf die Standortwahl. EGGER, RAVE und TRIEBSWETTER (2005) kommen

zu dem Schluss, dass hohe Umweltstandards ausländische Direktinvestitionen stimulieren, während FREDERIKSSON, LIST und MILLIMET (2003) zum gegenteiligen Ergebnis gelangen. Die Untersuchungen von LEVINSON (1996) und LIST (2001) finden keinen signifikanten Zusammenhang zwischen Investitionen und Umweltstandards.

Für viele Unternehmen dürfte bei Standortentscheidungen nicht nur das Vorhandensein geeigneter Arbeitskräfte und deren Qualifikation eine Rolle spielen (beide Aspekte werden später noch ausführlicher diskutiert), sondern ebenso wie flexibel diese nach den jeweiligen Bedürfnissen eines Unternehmens eingesetzt werden können. Die **Regulierung des Arbeitsmarktes** betrifft insbesondere den Kündigungsschutz, aber auch die Regulierung der Einstellung von Arbeitnehmern. Es ist zu erwarten, dass Unternehmen eine Region umso attraktiver einschätzen werden, je mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt besteht. Die ökonometrischen Untersuchungen von JAVORCIK und SPATAREANU (2005) sowie von GROSS und RYAN (2005) kommen zu dem Ergebnis, dass die Standortwahl negativ durch einen hohen Grad an Arbeitsmarktregulierungen beeinflusst wird. Maßnahmen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes führen demnach zu einem Anstieg der zufließenden Investitionen.

Eine weitere potenzielle Determinante von Standortentscheidungen kann in der **Steuerbelastung** der Unternehmen liegen. Hiermit ist allein die absolute Höhe der Steuern gemeint, nicht aber die im Zusammenhang mit der Besteuerung auftretenden Steuerberatungs-, Steuerplanungs- und Steuerentrichtungskosten. Letztere hängen vorrangig von der Komplexität des Steuersystems ab und zählen zu den bereits weiter oben erwähnten bürokratischen Kosten. Während die Steuerbelastung im internationalen Vergleich zumeist erheblich differiert, ist dies auf nationaler Ebene oft nicht der Fall. So variiert die Steuerbelastung in Deutschland regional hauptsächlich aufgrund der von den Kommunen festzusetzenden Gewerbesteuer-Hebesätze, die regional durchaus erheblich differieren. Eine Unternehmensbefragung vom INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT (2003) kommt dennoch zu dem Ergebnis, dass Besteuerungsfaktoren für die innerdeutsche Standortwahl eher unbedeutend sind. Bei der Befragung von NIERMANN und FROHN (2004) zur Wichtigkeit von Standortfaktoren rangiert die Gewerbe- und Grundsteuer hingegen an erster Stelle. DEVEREUX und GRIFFITH (1998), COUGHLIN und SEGEV (2000) sowie BÜTTNER und RUF (2005) kommen in ihren ökonometrischen Studien zu dem Schluss, dass der effektive Durchschnittssteuersatz einen negativen Einfluss auf Investitionsentscheidungen und damit die Standortqualität hat. Negative Effekte von Steuern auf Investitionsvolumina werden auch von AGOSTINI (2004) bestätigt.

Ein weiterer, zu den politischen Rahmenbedingungen zählender, Standortfaktor ist die **Verfügbarkeit von Fördermitteln**. Sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene gibt es eine Reihe von öffentlichen Förderprogrammen, die von den Unternehmen in Anspruch genommen werden können. Zumeist zielen diese Förderprogramme auf eine Angleichung der wirtschaftlichen Bedingungen in unterschiedlichen Regionen ab. So schütet z. B. die Europäische Union im Rahmen ihres Strukturförderprogramms ganz erhebliche Summen aus, um Investitionen zu fördern, die zu einer Angleichung der Wirtschaftskraft europäischer Regionen führen können. Die insbesondere in die strukturschwachen Regionen fließenden Fördermittel können für diese Regionen einen erheblichen Standortvorteil bieten, wird bedacht, dass die Förderhöchstsätze für Investitionen bis zu 50 % betragen.

Um die politischen Rahmenbedingungen adäquat einschätzen zu können, ist also zu berücksichtigen, inwiefern die Unternehmen einer Region Zugriff auf öffentliche Fördermittel haben. Die Ergebnisse einer empirischen Wirkungsanalyse von LEHMANN und STIERWALD (2004) und RAGNITZ (2003) bestätigen, dass GA-Fördermittel² mit positiven Effekten auf Investitionen verbunden sind, allerdings auch Mitnahmeeffekte auftreten. In verschiedenen Unternehmensbefragungen wurde die Bedeutung der Verfügbarkeit von Fördermitteln ermittelt. Bei den Unternehmensbefragungen von ERNST & YOUNG (2006) sowie von PROGNOSES (2005) ergab sich, dass die zur Verfügung stehenden Fördermittel für deutsche Unternehmen zwar relativ wichtig sind, es aber aus Sicht der Unternehmen eine ganze Reihe von noch bedeutenderen Standortfaktoren gibt.

Für die Durchführung von Investitionen benötigen Unternehmen oft zusätzliches **Kapital**. Kann eine Investition nicht aus thesaurierten Gewinnen finanziert und dem Unternehmen von den aktuellen Anteilseignern kein zusätzliches Kapital zugeführt werden, so können die benötigten Mittel entweder mit einem Kredit oder mit einer Hereinnahme von externem Beteiligungskapital beschafft werden. Generell dürften sich ein gut funktionierender Kreditmarkt sowie das Vorhandensein von ausreichendem Beteiligungskapital positiv auf Standortentscheidungen für eine Region auswirken. Die Hypothese, dass der Zugang zu Krediten und Beteiligungskapital die Standortwahl positiv beeinflusst, wird durch die Unternehmensbefragung von PROGNOSES (2005) gestützt. So sehen hier 50 % der Unternehmen die Finanzierungsbedingungen am Standort als wichtige Determinante der Standortwahl an.

Auch **Religion** und Religiosität der Bevölkerung gehören zu den potenziellen Determinanten der Standortwahl. So kann die Zugehörigkeit zu einer Religion

Verhaltenskomponenten wie Ehrlichkeit, Sparsamkeit, Arbeitsethik, Bereitschaft zu harter Arbeit, Offenheit gegenüber Fremden und Fremdem beeinflussen. All diese Faktoren haben einen Einfluss auf die Arbeitsproduktivität des Einzelnen und damit der Gesellschaft insgesamt. Eine empirische Untersuchung von BARRO und McCLEARY (2003) bestätigt die Hypothese, dass Religiosität produktivitätsorientiertes Verhalten unterstützt und hierdurch wirtschaftliches Wachstum stimuliert. Insbesondere der Glaube an ein Leben nach dem Tod wirkt offenbar wachstumssteigernd. Eine Erklärung für diese Ergebnisse könnte die Antizipation zukünftiger Belohnung oder Bestrafung für „gutes“ oder „schlechtes“ Gegenwartsverhalten sein. Darüber hinaus fördert der Pluralismus der Religionen in einer Volkswirtschaft den Wettbewerb der Religionen. Daraus hervorgehende „deregulierte Religionsmärkte“ unterstützen zusätzlich das reale Wachstum des Landes.

Ein weiterer potenzieller Standortfaktor ist das **Image** einer Region, welches oft stark durch die Tradition einer Region geprägt wird. Auf den ersten Blick scheint dieser Faktor nicht den Rang einer eigenständigen Determinante von Standortentscheidungen aufzuweisen. So könnte argumentiert werden, dass das Image einer Region nichts anderes ist als die Summe der Standortbedingungen, die eine Region bieten kann. Langfristig kann dieser Argumentation zwar kaum entgegen getreten werden, kurz- bis mittelfristig ist es aber durchaus möglich, dass das von Investoren wahrgenommene Image sich von den ökonomischen Fakten unterscheidet. Dies gilt insbesondere in Phasen der Verbesserung oder Verschlechterung der Standortbedingungen. Diese werden von Investoren zum Teil erst mit erheblicher Verzögerung wahrgenommen. Bei verschiedenen Unternehmensbefragungen, wie denen von ERNST & YOUNG (2006) sowie von NIEMANN und FROHN (2004), wurde auch das Image der Region als potenzieller Standortfaktor einbezogen. Den Ergebnissen zur Folge wird das Image zwar von den Unternehmern als durchaus wichtiges Kriterium angesehen. Im Vergleich zu anderen Faktoren spielt es aber eine eher untergeordnete Rolle bei der Standortwahl.

Markterschließungsmotiv

Häufig liegt Standortentscheidungen von Unternehmen ein Markterschließungsmotiv, also die Bedienung eines bisher nicht oder nur unzureichend bedienten, aber gleichzeitig viel versprechenden Absatzmarktes zugrunde. So kommen z. B. BALDERJAHN und SCHNURRENBERGER (1999) im Rahmen einer Managerbefragung zu dem Schluss, dass das Markterschließungsmotiv das dominierende Ziel von Standortentscheidungen ist, auch

wenn daneben andere Motive durchaus eine Rolle spielen. Bei den Umfragen von PROGNOSE (2003) und dem INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT (2005) stellte sich die Nähe zu Absatzmärkten ebenfalls als wichtiger Standortfaktor für Unternehmen heraus. Zwar kann in den meisten Fällen ein Markt auch dann mit Gütern und Dienstleistungen versorgt werden, wenn das betreffende Unternehmen nicht vor Ort präsent ist. Dennoch sprechen aber verschiedene Umstände dafür, dass sich ein Unternehmen unter dem Markterschließungsmotiv für einen bestimmten Standort entscheidet.

Zunächst einmal sind die **Transportkosten** zwischen dem alternativ in Betracht gezogenen Standort und dem zu erschließenden Absatzmarkt ein entscheidender Standortfaktor. Je höher diese Transportkosten ausfallen, desto eher wird ein Unternehmen am Absatzmarkt selbst einen Standort aufbauen. Die Transportkosten hängen nicht nur vom Vorhandensein und der Kapazität verschiedener Transportwege ab, sondern auch von der Größe und dem Gewicht der Güter sowie der zu transportierenden Menge. Tendenziell wird sich die Unterhaltung eines Standortes am Absatzmarkt daher um so eher lohnen, je größer die regionale Nachfrage nach den produzierten Gütern und Dienstleistungen ist. In verschiedenen ökonomischen Studien, wie denen von BECKER et al. (2005) sowie von JAVORCIK und SPATAREANU (2005), konnte nachgewiesen werden, dass die Marktgröße positiv mit grenzüberschreitenden Investitionen korreliert ist. Je größer ein Markt also war, desto mehr ausländische Direktinvestitionen flossen in die entsprechende Region.

Die **Konkurrenzsituation** im Absatzmarkt kann weiterhin einen Einfluss auf die Standortentscheidung ausüben. Allerdings sind hier unterschiedliche Situationen denkbar. Einerseits ist es für ein Unternehmen prinzipiell vorteilhaft, wenn der Konkurrenzdruck in einem Absatzmarkt relativ gering ist. In einem solchen Markt lassen sich am ehesten Gewinne erzielen. Andererseits kann das Engagement eines wichtigen Konkurrenten ebenfalls den Ausschlag dafür geben, dass sich ein Unternehmen gezwungen sieht, in einen wichtigen Absatzmarkt einzutreten und hierzu vor Ort präsent zu sein. Empirische Ergebnisse liegen zu diesem Aspekt allerdings bisher nicht vor.

Selbst dann, wenn eine Präsenz eines Unternehmens oder die Produktion vor Ort aus Transportkostengründen nicht notwendig sind, kann es sinnvoll sein, lokale Fertigungsstätten aufzubauen. Zwar können die in einem Zielland unter dem Markterschließungsmotiv anzubietenden Güter und Dienstleistungen prinzipiell in einem anderen Land produziert und dann exportiert werden. Der Preis auf dem Absatzmarkt wird dann aber wesentlich von der **Wechselkursentwicklung** zwischen dem Land

der Herstellung und dem des Absatzes bestimmt. Somit unterliegt die Nachfrage nach dem betreffenden Gut einer zusätzlichen Unsicherheit. Dieses Risiko müsste von dem Unternehmen getragen werden. Baut das Unternehmen hingegen im Absatzland selbst eine Produktionsstätte auf, so können die wechselkursbedingten Absatzrisiken ausgeschaltet werden. Der Aufbau einer lokalen Produktionsstätte im Zielabsatzmarkt kann also zur Minimierung von Risiken dienen [vgl. BALDERJAHN und SCHNURRENBERGER (1999), S. 21]. Ein Unternehmen wird sich unter dem Markterschließungsmotiv umso eher für den Aufbau (oder Erhalt) eines Produktionsstandortes in einem Zielland entscheiden, je größer die Wechselkursvolatilität zwischen dem alternativen Produktionsstandort und dem Zielland ist. BÉNASSY-QUÉRÉ, FONTAGNÉ und LAHRÉCHE-RÉVIL (2001) weisen in ihrer ökonomischen Untersuchung nach, dass Wechselkursschwankungen tatsächlich negativ auf ausländische Direktinvestitionen wirken. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen XING und WAN (2006).

Bestehen zwischen dem aktuellen Standort eines Unternehmens und den ins Auge gefassten Absatzmärkten **Handelsbarrieren**, so kann auch dies einen eigenen Standort im Zielland erfordern. Unter Handelshemmnissen werden protektionistische Maßnahmen, die den freien Außenhandel und somit den freien internationalen Wettbewerb insgesamt einschränken und dazu dienen, die eigene Volkswirtschaft zu schützen, verstanden. Dabei wird zwischen tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnissen unterschieden. Zu den tarifären Handelshemmnissen zählen direkte Handelseinschränkungen wie Zölle, Abschöpfungen, Exportsubventionen oder Kontingente (z. B. in Form von verschiedenen Import-Einschränkungen). Nicht-tarifäre Handelshemmnisse sind dagegen indirekte Beschränkungen des Handels, die den Marktzugang ausländischer Anbieter erschweren. Hierzu zählen u. a. die Einführung von verbindlichen Normen und Standards, Kennzeichnungspflichten, die psychologische Beeinflussung der Konsumenten zum Kauf von einheimischen Produkten, eine Diskriminierung bei der Zollabwicklung, die Androhung von handelspolitischen Maßnahmen (z. B. Zölle), das Stellen von Anforderungen an die Qualifikation von Dienstleistungsanbietern und aufwändige Verwaltungsverfahren. Das Bestehen solcher Handelshemmnisse macht eine vollständige Bedienung dieser Märkte vom bestehenden Unternehmensstandort aus unattraktiv, unter Umständen gar unmöglich.

Je ausgeprägter diese tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnisse sind, desto größer ist der Anreiz, im Zielland einen Standort zu unterhalten. Belegt wird dies z. B. durch eine empirische Studie von KWON (2002), die das Investitionsverhalten koreanischer, international tätiger Unternehmen untersucht. Die Analyse kommt zu

dem Ergebnis, dass tarifäre und nicht-tarifäre Handelsbarrieren die Firmen veranlassen, direkt in ihrem Zielmarkt zu investieren.

Nutzung der lokalen Produktionsbedingungen

Liegt einer Standortentscheidung kein Markterschließungsmotiv zugrunde, so entscheiden sich Unternehmen typischerweise für denjenigen Standort, der sich aus produktionstechnischer Sicht besonders gut eignet. Dies ist einerseits der Fall, wenn die vorhandene Infrastruktur gut ausgebaut ist, und andererseits, wenn der Mix aus vorhandenen Produktionsfaktoren vorteilhaft ist. Sowohl bei der Infrastruktur als auch bei den Produktionsfaktoren spielen drei Dimensionen eine Rolle: die generelle Verfügbarkeit, die Kosten und die Qualität.

Als **Infrastruktur** werden alle langlebigen Grundeinrichtungen personeller, materieller und institutioneller Art bezeichnet, die das Funktionieren einer arbeitsteiligen Volkswirtschaft garantieren. Vor dem Hintergrund der Standortwahl spielen insbesondere die Verkehrs- und die Forschungsinfrastruktur eine wichtige Rolle.

Eine gute verkehrstechnische Anbindung eines Unternehmens ist für beinahe jedes Unternehmen wichtig. Im industriellen Bereich sind aufgrund der globalen Produktionsverflechtung gut erschlossene Frachtflughäfen oft ein positiver Unternehmensstandortfaktor, sofern er für die Beschaffung oder den Warenabsatz eine Rolle spielt. Ähnliches betrifft Güterbahnhöfe, Häfen oder Autobahnen und Fernstraßen. Welche Verkehrswege von besonderer Bedeutung sind, hängt stark von unternehmensspezifischen Besonderheiten ab. Ein positiver Einfluss der Verkehrsanbindung auf die Standortattraktivität konnte von COUGHLIN und SEGEV (2000) im Rahmen einer ökonomischen Analyse bestätigt werden. In Unternehmensbefragungen zählt die Verkehrsinfrastruktur meist zu einem der wichtigsten Standortfaktoren überhaupt. Bei den von PROGNOSE (2005) und dem INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT (2003) durchgeführten Umfragen nimmt die Verkehrsanbindung jeweils Position zwei der wichtigsten Standortfaktoren ein. Diese hohe Bedeutung für die Standortwahl konnte ebenso bei der Befragung von ERNST & YOUNG (2006) bestätigt werden.

Insbesondere für innovierende Unternehmen kann weiterhin die Nähe zu Forschungsinstitutionen wie Universitäten, Fachhochschulen oder Forschungsinstituten nützlich oder gar notwendig sein. Dies bestätigt die ökonomische Untersuchung von AUDRETSCH und LEHMANN (2004) am Beispiel von Standorten in Deutschland.

Weitere potenziell wichtige Infrastrukturfaktoren können in der Energie- und Wasserversorgung sowie in den zur Verfügung stehenden Kommunikationsmitteln gesehen

werden. Hierzu liegen bisher allerdings keine empirischen Erkenntnisse vor.

Als **Produktionsfaktoren im engeren Sinne** (i. e. S.) gelten zunächst einmal die Faktoren Arbeit, Werkzeuge, Maschinen und Anlagen, Rohstoffe und Vorprodukte, Grundstücke und Bauwerke sowie Energie. Für die Produktion der meisten Güter und Dienstleistungen werden alle diese Produktionsfaktoren, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß und unterschiedlicher Qualität, benötigt. Als **Produktionsfaktoren im weiteren Sinne** (i. e. S.) werden solche Faktoren, die das Vorhandensein, den Preis und die Qualität der Produktionsfaktoren beeinflussen und damit indirekt mitbestimmen, bezeichnet. Dies gilt in besonderem Maße für den Produktionsfaktor Arbeit, da bspw. die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte stark mit den Lebensbedingungen in einer Region zusammenhängen kann. Deshalb könnten die Produktionsfaktoren im weiteren Sinne auch unter dem Überbegriff „Lebensqualität“ einer Region zusammengefasst werden.

Die Lebensqualität einer Region wird durch eine Vielzahl von Faktoren bestimmt, die in der Literatur oft etwas despektierlich als „weiche Standortfaktoren“ bezeichnet werden. Die Lebensqualität fällt in der Regel umso höher aus, je geringer die Kriminalität, je besser das Gesundheitssystem und je niedriger das regionale Preisniveau, d. h. je höher damit die Kaufkraft einer Geldeinheit ist. Positiv auf die Lebensqualität dürften sich weiterhin das kulturelle Angebot, die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, die Umweltqualität sowie die Naherholungs- und Freizeitmöglichkeiten auswirken. Auch eine gute Verkehrsanbindung (u. a. öffentlicher Nahverkehr) dürfte sich positiv auf die Lebensqualität auswirken. Für Arbeitskräfte mit Kindern oder Kinderwunsch können die Qualität, der Preis und die Verfügbarkeit von Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen eine wichtige Rolle spielen.

Während in der Vergangenheit meist die Produktionsfaktoren i. e. S. im Zentrum des Interesses standen, hat die Aufmerksamkeit bezüglich der Produktionsfaktoren i. w. S. in den letzten Jahren immer mehr an Wichtigkeit zugenommen [vgl. GRABOW, HENCKEL und HOLLBACH-GRÖMIG (1995)]. Dennoch sind es Faktoren wie die Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften oder die Arbeitskosten, die sich in vielen Umfragen [z. B. INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT (2003), PROGNOSE (2005) und ERNST & YOUNG (2006)] sowie ökonomischen Untersuchungen [FARHAUER und GRANATO (2006), BRIXY und GROTZ (2006) sowie BECKER et al. (2005)] als besonders relevant herausstellen.

Andere Produktionsfaktoren i. e. S., wie Grundstücks- oder Energiepreise, werden als weniger bedeutend für die Standortwahl angesehen [vgl. INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT (2003), STADT KÖLN (2002) und ECONORTHWEST

(2002)]. Die zur Lebensqualität gehörenden Faktoren wie das kulturelle Angebot, Landschaft und Freizeitmöglichkeiten, Umweltqualität, Schulen- und Weiterbildung oder auch die regionale Kaufkraft rangieren meist im mittleren bis hinteren Feld der Wichtigkeit für die Unternehmen [vgl. u. a. ERNST & YOUNG (2006), PROGNOSE (2005), NIERMANN und FROHN (2004), INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT (2003) sowie INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH (2003)].

Schlussfolgerungen

Die vorangegangenen Ausführungen haben gezeigt, dass Unternehmen bei Standortentscheidungen viele unterschiedliche Faktoren berücksichtigen. Zwar existiert eine Vielzahl von ökonomischen Untersuchungen und Befragungsstudien, die sich mit den Determinanten der Standortwahl beschäftigen. Die meisten Studien beziehen sich aber nur auf bestimmte Regionen oder einzelne Branchen, zeichnen sich zudem durch eine ausgesprochen große methodische Vielfalt aus und sind daher schwer vergleichbar. Problematisch ist vor allem, dass in keiner der zuvor zitierten Studien die gesamte, im vorliegenden Beitrag aufgezeigte Palette von potenziellen Standortfaktoren berücksichtigt wird. Um die Relevanz der einzelnen Faktoren miteinander vergleichen und hieraus Politikimplikationen ableiten zu können, wäre eine möglichst umfassende Berücksichtigung potenzieller Determinanten in empirischen Untersuchungen wünschenswert.

Um zur Klärung der Frage, welche Faktoren Standortentscheidungen von Unternehmen beeinflussen, beizutragen, arbeitet die Dresdner Niederlassung des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung derzeit an mehreren empirischen Studien, die im Verlaufe des nächsten und übernächsten Jahres in der Zeitschrift „ifo Dresden berichtet“ vorgestellt werden. Im nächsten Jahr wird zunächst über die Ergebnisse einer ökonomischen Analyse der innerdeutschen Standortwahl berichtet. Anschließend wird sich ein Beitrag den Determinanten der internationalen Standortwahl widmen.

Literatur

- AGOSTINI, C. (2004): The Impact of State Corporate Taxes on FDI Location, Working Paper.
- AUDRETSCH, D. B. und E. E. LEHMANN (2004): Universitäten als regionaler Förderer der Wirtschaft? ifo Dresden berichtet, Heft 3, S. 18–23.
- BALDERJAHN, I. und B. SCHNURRENBERGER (1999): Der Standort Deutschland im Lichte der Standortpolitik internationaler Unternehmen, Lehr- und Forschungsbericht 11/1999, Universität Potsdam.
- BARRO, R. J. und R. McCLEARY (2003): Religion and Economic Growth, NBER Working Paper, No. 9682.
- BASSEN, A., M. BEHNAM und D. U. GILBERT (2001): Internationalisierung des Mittelstands. Ergebnisse einer empirischen Studie zum Internationalisierungsverhalten deutscher mittelständischer Unternehmen, Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 71, Heft 4, S. 413–432.
- BECK, R. und J. MAIER (2000): Allgemeine Industriegeographie, Gotha.
- BECKER, S. O., R. JÄCKLE, und M.-A. MÜNDLER (2004): „Kehren deutsche Firmen ihrer Heimat den Rücken?“, ifo Schnelldienst, 1/2005, S. 23–33.
- BECKER, S. O. et al. (2005): Location choice and employment decisions: a comparison of German and Swedish multinationals, Deutsche Bundesbank, Discussion Paper Series 1, No. 08/2005, Frankfurt/Main.
- BÉNASSY-QUÉRÉ, A., L. FONTAGNÉ und A. LAHRÉCHE-RÉVIL (2001): Exchange-Rate Strategies in the Competition for Attracting Foreign Direct Investment, Journal of the Japanese and International Economics, 15, S. 178–198.
- BRANSTETTER, L., R. FISMAN, F. FOLEY und K. SAGGI (2005): Intellectual Property Rights, Imitation, and Foreign Direct Investment: Theory and Evidence, Columbia Business School Working Paper.
- BRIXY, U. und R. GROTZ (2006): Regional Patterns and Determinants of New Firm Formation and Survival in Western Germany, IAB Discussion Paper 5/2006, Nürnberg.
- BUCH, C., J. KLEINERT, A. LIPPONER und F. TOUBAL (2005), „Determinants and effects of foreign direct investment: evidence from German firm-level data“, Economic Policy, Januar 2005, S. 51–110.
- BÜTTNER, T. and M. RUF (2005): Tax incentives and the location of FDI: evidence from a panel of German multinationals, Deutsche Bundesbank, Discussion Paper 17/2005.
- COUGHLIN, C. und E. SEGEV (2000): Location Determinants of New Foreign-Owned Manufacturing Plants, Journal of Regional Science, S. 323–351.
- DEVEREUX, M. P. und R. GRIFFITH (1998): Taxes and the location of production: evidence from a panel of US multinationals, Journal of Public Economics, 68, S. 335–367.
- ECONORTHWEST (2002): Empirical analysis of the relative importance of location factors, in: Strategy for economic vitality, Appendix 2–3C, Portland.
- EGGER, P., T. RAVE und U. TRIEBSWETTER (2005): Environmental Standards and the location of FDI: Evidence for Germany, Working Paper.
- ERNST & YOUNG (2006): Deutsche Großstädte: Zufriedenheit der Unternehmen mit ihrem Standort, Daten

- bezogen von: http://www.berlin-partner.de/.../documents/pdf_Publikationen_de/Ernst_and_Young_Deutsche_Grossstaedte_2006.pdf [5. 05. 2006].
- FALLGATTER, M. J. (2006): Standortwahl bei Unternehmensgründungen, *WISU*, 1, S. 75–80.
- FARHAUER, O. und N. GRANATO (2006): Standortfaktoren und Branchenmix entscheidend für Beschäftigung, *iab Kurzbericht*, 4, S. 1–6.
- FREDERIKSSON, P. G., J. A. LIST und D. L. MILLIMET (2003): Bureaucratic corruption, environmental policy and inbound US FDI: theory and evidence, *Journal of Public Economics*, 87, 7/8, S. 1407–1430.
- GLOBERMAN, S. und D. SHAPIRO (2002): Global Foreign Direct Investment Flows: The Role of Governance Infrastructure, Working Paper.
- GRABOW, B., D. HENCKEL und B. HOLLBACH-GRÖMIG (1995): Weiche Standortfaktoren, Stuttgart.
- GRABOW, B. (2005): Weiche Standortfaktoren in Theorie und Empirie – ein Überblick, in: *Weiche Standortfaktoren: Erfolgsfaktoren regionaler Wirtschaftsentwicklung*, Berlin.
- GROSS, D. M. und M. RYAN (2005): FDI Location and Size: Does Employment Protection Legislation Matter? Working Paper.
- HENZLER, H. (1992): Die Globalisierung von Unternehmen im internationalen Vergleich, *Zeitschrift für Betriebswirtschaft*, 62, Ergänzungsheft 2, S. 83–98.
- INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT (2003): Standortpolitik – Kosten wiegen am schwersten, *iwd*, 33, S. 2, Köln.
- INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH (2003): Unternehmerfreundliche Großstadt: Bericht über eine Telefonumfrage unter mittelständischen Unternehmern in den 25 größten Städten Deutschlands, Daten bezogen von http://www.ifd-allensbach.de/pdf/akt_0404.pdf [3. 05. 2006].
- JAVORCIK, B. S. und J.-S. WEI (2002): Corruption and Cross-Border Investment: Firm Level Evidence, Washington.
- JAVORCIK, B. S. und M. SPATAREANU (2005): Do Foreign Investors Care About Labor Market Regulations? *Review of World Economics*, 141, 3, S. 375–403.
- KAYSER, G., R. CLEMENS, H.-J. WOLTER und M. SCHORN (2004): Bürokratiekosten kleiner und mittlerer Unternehmen, Wiesbaden.
- KOLLER, H., U. RAITHEL und E. WAGNER (1998): Internationalisierungsstrategien mittlerer Industrieunternehmen am Standort Deutschland – Ergebnisse einer empirischen Untersuchung, *Zeitschrift für Betriebswirtschaft*, 68, Heft 2, S. 175–203.
- KWON K. H. (2002): Korean Multinationals FDI Projects: Variability in the Micro- and Macro-level Determinants, *International Trade Journal*, 2002, 16, Nr. 2, S. 203–229.
- LAMBSDORFF, J. G. (2005): Between two Evils – Investors prefer Grand Corruption!, *Diskussionsbeitrag* 31, Universität Passau.
- LEHMANN, H. und A. STIERWALD (2004) Investitionsförderung in Ostdeutschland – Ergebnisse einer Empirischen Wirkungsanalyse, *Wirtschaft im Wandel*, 5/2004, S. 122–128.
- LEVINSON, A. (1996): Environmental Regulations and Industry Location: International and Domestic Evidence, *Economic Analysis*, 11, S. 429–445.
- LIST, J. A. (2001): US county-level determinants of inbound FDI: evidence from a two-step modified count data model, *International Journal of Industrial Organization*, 19, S. 953–973.
- MARIN, D. (2004): „A Nation of Poets and Thinkers – Less so with Eastern Enlargement? Austria and Germany“, Discussion Paper 2004-06, Volkswirtschaftliche Fakultät, Ludwig-Maximilians-Universität München.
- NIERMANN, S. und J. FROHN (2004): Standortfaktoren und ihre Bedeutung für das Abwandern von Unternehmen, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Universität Bielefeld, Diskussionspapier Nr. 529, Bielefeld.
- PIEPER, M. (1994): Das interregionale Standortwahlverhalten der Industrie in Deutschland – Konsequenzen für das kommunale Standortmarketing, Göttingen.
- PROGNOS (2005): Standortbedingungen in Sachsen aus Sicht mittelständischer Unternehmen: Ergebnisse einer Unternehmensbefragung, Daten bezogen von http://www.tlg.de/static/termine/prognos_studie.pdf [24. 07. 2006].
- RAGNITZ, J. (2003): Wirkungen der Investitionsförderung in Ostdeutschland, *IWH Discussion Paper* 186.
- SCHÄTZL, L. (2003): *Wirtschaftsgeographie 1: Theorie*, 5. Auflage, Paderborn.
- SINN, H. W. (2005): „Ist Deutschland noch zu retten?“, 6. Auflage, München.
- SPRENGER, R.-U. (1992): Umweltschutz als Standortfaktor, Reihe „Wirtschaftspolitische Diskurse“, 36, Bonn.
- STADT KÖLN (2002): Industrieumfrage Köln 2002, Daten bezogen von <http://www.stadtkoeln.de/wirtschaft/artikel/04147/index.html> [20. 02. 2006].
- WEI, S.-J. (2001): Corruption in Economic Transition and Development: Grease or Sand?, *UNECE Spring Seminar*, May 7, Genf.
- XING, Y. und G. WAN (2006): Exchange Rates and Competition for FDI in Asia, *The World Economy*, 29, 4, S. 419–434.

¹ Dies bedeutet nicht, dass um des Standorts Willen jegliche Vorbehalte gegen bestimmte Technologien zurückgestellt werden sollten. Allerdings sollten die Folgen der erwogenen Restriktionen für die Standortqualität einbezogen werden.

² GA = Gemeinschaftsaufgabe.

Perspektiven 2006/2007 für Deutschland: Aufschwung setzt sich abgeschwächt fort¹

Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus*

Weltwirtschaft: Expansion verlangsamt sich

Der Aufschwung der Weltwirtschaft hat sich im Verlauf des Jahres 2006 etwas verlangsamt. Ausschlaggebend dafür war, dass die konjunkturelle Dynamik in den USA, und in geringerem Maße auch in Japan, nachließ. Dies wurde durch eine Beschleunigung der Expansion im Euro-Raum und in Großbritannien nicht aufgewogen. In den Schwellenländern blieb der Produktionsanstieg kräftig; dabei hat er sich in China im ersten Halbjahr noch einmal verstärkt, in den übrigen ostasiatischen Schwellenländern insgesamt eher verlangsamt. Die Unterschiede in der Dynamik zwischen den Industrieländern sind überwiegend dadurch bedingt, dass sich die Volkswirtschaften in verschiedenen Phasen des konjunkturellen Zyklus befinden. Die Rohstoffpreise stiegen in den ersten Monaten 2006 auch aufgrund der lebhaften Weltkonjunktur weiter stark. Die Preisbewegung auf den Rohstoffmärkten schlug auf die Verbraucherpreise durch; die Lohnkosten erhöhten sich in den Industrieländern zumeist moderat. Die Expansion der Weltwirtschaft wird sich im Prognosezeitraum etwas abschwächen, aber im längerfristigen Vergleich kräftig bleiben. Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt der Welt – in der Abgrenzung der Gemeinschaftsdiagnose – im Jahr 2006 um 3,7 % und im Jahr 2007 um 3,1 % zunehmen. Der Welthandel expandiert in diesem Jahr um 8,5 % und im Jahr 2007 um reichlich 7 %. Der Anstieg der Preise schwächt sich etwas ab.

Die Wirtschaft des Euroraums befindet sich im Aufschwung. Der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts hat sich vor allem in den Ländern erheblich beschleunigt, die, wie etwa Deutschland und Italien, in den Vorjahren unterdurchschnittliche Zuwächse verzeichneten. Die wesentlichen Impulse kamen von der Binnennachfrage, da insbesondere die Anlageinvestitionen kräftig ausgeweitet wurden. Der private Konsum legte leicht beschleunigt zu; die Bauinvestitionen expandierten spürbar. Auch der Außenbeitrag erhöhte sich, da die Exporte deutlich stärker als die Importe stiegen. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat vor dem Hintergrund der anziehenden Konjunktur ihren geldpolitischen Kurs gestrafft, um zunehmenden Inflationsrisiken rechtzeitig entgegenzuwirken. Sie wird ihren maßgeblichen Leitzins bis zum Ende des laufenden Jahres auf 3,5 % anheben und im kommenden Jahr auf diesem Niveau belassen. Dieser Satz dürfte in etwa dem neutralen Zinsniveau entsprechen. Die Lage der öffentlichen Haushalte im Euroraum hat sich leicht

verbessert. Im kommenden Jahr wird die wirtschaftliche Expansion kräftig bleiben, sich jedoch infolge der nachlassenden expansiven Wirkung der Geldpolitik und des sich abschwächenden Booms der Weltwirtschaft etwas verlangsamen. Das reale Bruttoinlandsprodukt im Euro-Raum wird im Jahr 2007 um 2,1 % zunehmen, nach 2,6 % in diesem Jahr. Die Inflationsrate wird im Jahr 2006 bei 2,2 % und im Jahr 2007 bei 2,1 % liegen.

Deutsche Wirtschaft: Restriktive Finanzpolitik dämpft Konjunktur

Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft hat sich in diesem Jahr erheblich verstärkt. Bei weiterhin kräftig steigenden Exporten wird er zunehmend von der Inlandsnachfrage getragen. Angesichts der anhaltend kräftigen Expansion der Weltwirtschaft wird die Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen in diesem Jahr um 10 % steigen. Die weiter verbesserten Absatz- und Ertragserwartungen der Unternehmen und die gestiegene Kapazitätsauslastung führen zu einer Zunahme der Ausrustungsinvestitionen um knapp 7 %. Die Bauinvestitionen steigen nach einem zehn Jahre währenden Rückgang zum ersten Mal wieder. Der private Konsum erholt sich nur zögerlich, allerdings wird er im zweiten Halbjahr durch Vorzieheffekte angeregt werden.² Das reale Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr um 2,3 % steigen, arbeitstäglich bereinigt sogar um 2,5 %. Das ist die zweithöchste Wachstumsrate während der vergangenen zehn Jahre. Damit ist die Kapazitätsauslastung so deutlich gestiegen, dass die Unternehmen verstärkt Arbeitskräfte nachfragen. Die Zahl der Erwerbstätigen, vor allem auch die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, nimmt spürbar zu, und die Arbeitslosenquote geht im Jahresdurchschnitt um etwa einen $\frac{3}{4}$ Prozentpunkt auf 10,4 % zurück.

Die Ausgangslage für das kommende Jahr ist damit günstig, und es spricht vieles dafür, dass sich der Aufschwung fortsetzt. Allerdings schwenkt die Finanzpolitik auf einen merklich restriktiven Kurs ein; per saldo dürfte die strukturelle Defizitquote durch die finanzpolitischen Maßnahmen um 0,9 Prozentpunkte reduziert werden. Vor diesem Hintergrund besteht erhebliche Unsicherheit

* Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hauptsitz des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung in München.

darüber, ob der Aufschwung schon so weit gefestigt ist, dass die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung auch im kommenden Jahr steigt. Die Unsicherheit resultiert auch daraus, dass es zwischen den an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligten Instituten unterschiedliche Einschätzungen darüber gibt, in welcher Phase des Konjunkturzyklus sich die deutsche Wirtschaft gegenwärtig befindet.

Einige Institute erwarten, dass die Konjunktur in Deutschland im Jahr 2007 merklich an Tempo verliert. Die Inlandsnachfrage bleibe zwar aufwärtsgerichtet, sie sei aber noch nicht hinreichend gefestigt. Vor allem hätten sich die Einkommensaussichten nicht so weit verbessert, dass mit einem nachhaltigen Anstieg der Beschäftigung und des privaten Konsums zu rechnen sei. Alles in allem werde die gesamtwirtschaftliche Produktion im Verlauf des kommenden Jahres zwar weiter steigen, jedoch nur mit einer Rate, die in etwa dem trendmäßigen Wachstum entspricht.

Andere Institute sehen Anzeichen, dass der Aufschwung inzwischen so viel an Stärke gewonnen habe, dass die dämpfenden Faktoren die Expansion nur kurzfristig beeinträchtigten, die Kapazitätsauslastung anschließend aber weiter spürbar zunehme. Damit halte die Besserung auf dem Arbeitsmarkt an, sodass die Einkommen im Verlauf des Prognosezeitraums verstärkt stiegen und die Expansion nach und nach auch von den privaten Konsumausgaben gestützt werde.

Die vorliegenden Indikatoren geben keine eindeutigen Signale, welchem dieser Szenarien eine höhere Wahrscheinlichkeit beizumessen ist. Einerseits haben sich die Geschäftserwartungen der Unternehmen in den vergangenen Monaten eingetrübt, andererseits könnte die Verbesserung der Arbeitsmarktlage auf eine robuste Dynamik der Wirtschaftsentwicklung hinweisen. Die Prognose für das Jahr 2007 wird zudem durch weitere Unsicherheiten erschwert. Da die Mehrwertsteuer noch nie so stark erhöht wurde, ist es schwierig einzuschätzen, in welchem Maße die Finanzpolitik die Konjunktur dämpfen wird und wie stark die Vorzieheffekte ausfallen werden. Außerdem ist noch unklar, ob der zehn Jahre währende Rückgang der Bautätigkeit zum Stillstand gekommen ist oder ob er nur unterbrochen wurde.

Nach Abwägung der verschiedenen Argumente haben sich die Institute für eine mittlere Variante entschieden. Sie prognostizieren für das Jahr 2007, dass sich der Aufschwung mit schwächerem Tempo als in diesem Jahr fortsetzt. Das Bruttoinlandsprodukt wird im Jahresdurchschnitt nur um 1,4 % zunehmen. Wesentliche Triebkraft bleiben die Ausrüstungsinvestitionen, die nochmals kräftig zunehmen, auch weil die Abschreibungsbedingungen mit Beginn des Jahres 2008 verschlechtert werden. Der private Konsum dürfte im Jahresdurchschnitt lediglich

stagnieren, da die Realeinkommen durch die Maßnahmen der Finanzpolitik um rund 1 Prozentpunkt belastet werden. Auch werden die in dieses Jahr vorgezogenen Käufe fehlen. Allein dadurch wird der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2007 um etwa $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt niedriger sein, als es ohne die Vorzieheffekte der Fall gewesen wäre. Die Exporte werden weniger stark zulegen als in diesem Jahr, da sich die Weltkonjunktur leicht abkühlt. Die schwächer steigende Binnen nachfrage wird aber auch den Importanstieg dämpfen. Die Inflationsrate wird voraussichtlich auf 2,3 % anziehen.

Der Beschäftigungsaufbau dürfte sich im kommenden Jahr fortsetzen, allerdings mit deutlich geringeren Raten als in diesem Jahr. Die Zahl der Arbeitslosen wird im Jahresverlauf nur noch wenig sinken. Im Jahresdurchschnitt 2007 geht die Arbeitslosenquote von 10,4 % auf 9,9 % zurück. Der Finanzierungssaldo des Staates in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt wird von -2,4 % in diesem Jahr auf -1,4 % im nächsten Jahr sinken.

Exkurs: Ostdeutschland

Der wirtschaftliche Aufschwung hat in der ersten Hälfte des Jahres 2006 auch die neuen Bundesländer erfasst. Die gesamtwirtschaftliche Produktion nahm etwa so stark zu wie in den alten. Besonders kräftig expandierte die Wertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes. Sie erhöhte sich um 11,3 % und damit zum wiederholten Male mehr als doppelt so schnell wie in den alten Bundesländern (4,4 %). Umfrageergebnisse deuten darauf hin, dass sich der Aufwärtstrend im verarbeitenden Gewerbe fortsetzt. Angeregt davon, dürfte auch die Wertschöpfung der unternehmensnahen Dienstleister und des Verkehrssektors leicht zunehmen. Die Bautätigkeit wird, anders als in den alten Bundesländern, weiter zurückgehen, aber verlangsamt.

Im Jahr 2007 wird der Aufwärtstrend der gesamtwirtschaftlichen Produktion auch in Ostdeutschland anhalten, das Expansionstempo wird aber wie in Westdeutschland geringer sein als in diesem Jahr. Den größten Wachstumsbeitrag wird erneut das verarbeitende Gewerbe leisten. Insgesamt dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in Ostdeutschland in diesem Jahr um rund 2 % und im Jahr 2007 um reichlich 1 % steigen.

Die Besserung der Wirtschaftslage strahlt auch in Ostdeutschland auf den Arbeitsmarkt aus. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nahm seit Jahresbeginn zu und überschritt den Vorjahresstand in den vergangenen Monaten deutlich. Zuwächse gab es insbesondere im verarbeitenden Gewerbe und bei den unternehmensnahen Dienstleistern. Im kommenden Jahr

Tabelle 1: Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Bruttoinlandsprodukt ^a (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,0	-0,2	1,2	0,9	2,3	1,4
Westdeutschland ^{b, c}	-0,1	-0,3	1,6	1,0	2,3	1,4
Ostdeutschland ^c	1,1	1,0	1,9	-0,1	2,1	1,2
Erwerbstätige ^d (in 1.000 Personen)	39.096	38.724	38.875	38.823	39.025	39.264
Arbeitslose (in 1.000 Personen)	4.061	4.377	4.381	4.861	4.523	4.308
Arbeitslosenquote ^e (in %)	9,4	10,2	10,1	11,2	10,4	9,9
Verbraucherpreise ^f (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,4	1,1	1,6	2,0	1,7	2,3
Lohnstückkosten ^g (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,8	0,8	-0,4	-1,1	-1,2	0,1
Finanzierungssaldo des Staates ^h						
in Mrd. €	-78,3	-87,0	-82,5	-72,6	-55,4	-32,9
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	-3,7	-4,0	-3,7	-3,2	-2,4	-1,4
Leistungsbilanzsaldo (in Mrd. €)	43,4	40,3	81,9	92,6	94,7	115,5

a) In Preisen des Vorjahres. – b) Einschließlich Berlin. – c) Rechenstand: Februar 2006; in Preisen des Vorjahres. – d) Im Inland. – e) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – f) Verbraucherpreisindex (2000 = 100). – g) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigen. – h) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) der Länder, Deutsche Bundesbank; 2006 und 2007: Prognose der Institute.

wird sich die Belegung auf dem Arbeitsmarkt infolge des geringen Produktionswachstums stärker als in Westdeutschland abschwächen. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte sich in diesem Jahr um 80.000 und im nächsten um 30.000 erhöhen. Die Arbeitslosenquote bleibt trotz rückläufiger Arbeitslosenzahlen auch im Jahr 2007 mit 16,0 % fast doppelt so hoch wie in Westdeutschland.

Zur Wirtschaftspolitik

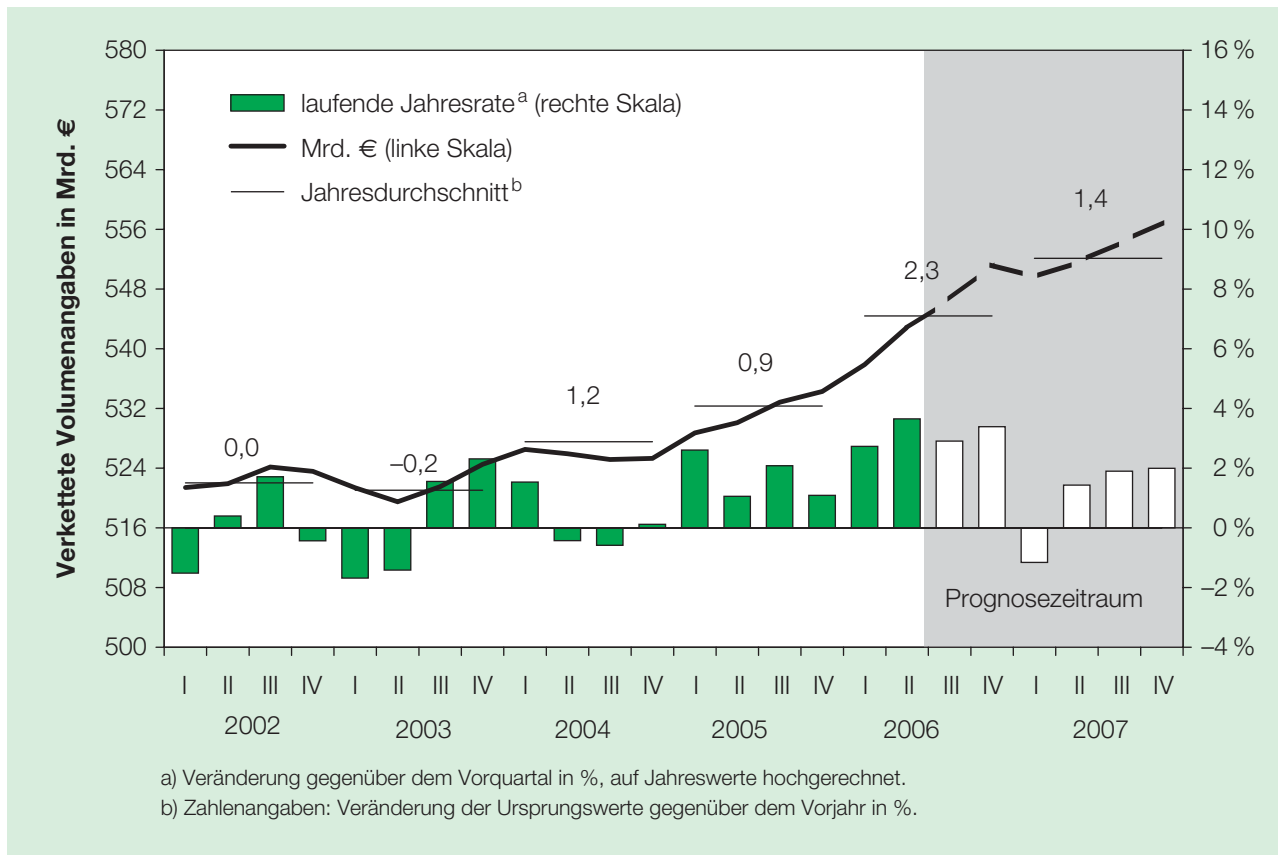
Die Wirtschaftspolitik hat in den vergangenen Jahren durchaus einiges unternommen, um die Wachstumsbedingungen und die Beschäftigungsaussichten zu verbessern. So wurden die Abgabenlast verringert sowie eine Reihe von Reformen auf dem Arbeitsmarkt und bei den sozialen Sicherungssystemen eingeleitet. Zudem trug eine moderate Lohnpolitik zur Wende auf dem Arbeitsmarkt bei. Die trendmäßige Wachstumsrate ist aber immer noch niedrig; außerdem ist die Arbeitslosenquote, insbesondere für die Niedrigqualifizierten, zu hoch.

Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag vier Bereiche genannt, wo sie ansetzen will, um die Lage der

deutschen Wirtschaft fundamental zu verbessern: Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, die Reform der Unternehmensbesteuerung, die Reform im Gesundheitswesen und die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Wenn man hier mit großen Schritten vorankäme, wären die Wachstumsperspektiven und die Aussichten für den Arbeitsmarkt am Ende der Legislaturperiode sicherlich wesentlich günstiger einzuschätzen, als dies gegenwärtig der Fall ist. Die entscheidende Frage ist daher, ob hier tatsächlich der große Durchbruch bevorsteht. Das Programm der Bundesregierung lässt sich zwar noch nicht endgültig beurteilen, da nicht alle Maßnahmen in diesen vier Bereichen bekannt sind. Die vorliegenden Informationen lassen nach Auffassung der Institute aber erkennen, dass die Vorhaben weit hinter dem zurückbleiben, was zur deutlichen Verbesserung der Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen erforderlich wäre. Bei der Arbeitsmarktpolitik werden von den Parteien der Regierungskoalition Maßnahmen erörtert, welche die Wachstumsaussichten sogar verschlechtern würden.

Ein Grund für dieses pessimistische Urteil ist, dass sich die Bundesregierung offenbar nicht dazu durchringen kann, die Eingriffe des Staates dort zurückzuführen, wo

Abbildung 1: Reales Bruttoinlandsprodukt (Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf)



Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen der Institute; ab III. Quartal 2006: Prognose der Institute.

Tabelle 2: Arbeitsmarktbilanz für Ostdeutschland (Jahresdurchschnittswerte in 1.000 Personen)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Ostdeutschland ^a						
Erwerbstätige Inländer ^b	7.582	7.493	7.494	7.425	7.505	7.535
Arbeitslose	1.563	1.624	1.599	1.614	1.486	1.440
Arbeitslosenquote ^c	17,1	17,8	17,6	17,9	16,5	16,0
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	45	35	29	25	15	15
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	149	113	95	50	35	37
Berufliche Weiterbildung	142	99	63	38	40	40

a) Ostdeutschland: neue Bundesländer einschließlich Berlin. – b) Schätzung der Institute auf Basis der Länderergebnisse der Erwerbstätigenrechnung von August 2005. – c) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Rechenstand: August 2005); 2006 und 2007: Prognose der Institute.

der Marktprozess bessere Lösungen liefert, und mehr Eigenverantwortung zuzulassen. Dies zeigt sich exemplarisch an der geplanten Gesundheitsreform. Nach wie vor wird von der Bundesregierung hier eine wesentliche Aufgabe des Staates darin gesehen, die Ausgaben der

Privaten bürokratisch zu lenken und durch diverse Eingriffe, wie die Deckelung der Ausgaben und die Fixierung von Preisen, zu begrenzen. Erforderlich wäre hier ein Systemwechsel, der es den Bürgern mehr als bisher überlässt, die Entscheidungen über Art und Umfang der

Versicherung selbst zu fällen. Stattdessen gibt es gerade bei den Sozialversicherungen eine Vielzahl von Eingriffen, die überwiegend verteilungspolitisch motiviert sind, wobei im Unklaren bleibt, wer tatsächlich von der Umverteilung profitiert und wer letztlich die Kosten trägt.

Das Defizit der öffentlichen Haushalte wird zwar deutlich verringert, allerdings erfolgte die Konsolidierung überwiegend auf der Einnahmenseite. Unter Wachstumsgesichtspunkten wäre eine größere Rückführung der konsumtiven Ausgaben, insbesondere der Subventionen, notwendig. Bei der qualitativen Konsolidierung gibt es kaum Fortschritte, vor allem müssen die investiven Ausgaben des Staates wieder erhöht werden. Insgesamt gibt es aber noch beträchtliche Einsparpotenziale, um die Staatsquote weiter zurückzuführen.

Bei der geplanten Reform der Unternehmensbesteuerung soll zwar die tarifliche Steuerbelastung deutlich vermindert werden, die von der Regierung für nötig erachtete Gegenfinanzierung soll aber dadurch gesichert werden, dass ertragsunabhängige Finanzierungskosten besteuert und die Abschreibungsbedingungen verschlechtert werden. Wird der Entwurf umgesetzt, dürfte weder die Entscheidungsneutralität hergestellt noch die Transparenz des Steuersystems erhöht werden. Alles in allem wäre der Wachstumseffekt der Unternehmensteuerreform allenfalls gering.

In der Arbeitsmarktpolitik stehen weit reichende Entscheidungen an. Die Institute sehen die gegenwärtige Diskussion mit Sorge. Zu befürchten sind nämlich völlig

unsystematische Maßnahmen im Zusammenhang mit der Reform des Niedriglohnssektors sowie die Einführung eines Mindestlohnes. Beides halten die Institute im Hinblick auf das Beschäftigungsziel für schädlich.

Die Lohnpolitik hat in den vergangenen Jahren einen moderaten Kurs verfolgt und so dazu beigetragen, die Beschäftigungssituation zu verbessern. Dieser Kurs sollte fortgesetzt werden. Insbesondere sollten die Gewerkschaften den durch die Mehrwertsteuererhöhung ausgelösten Preisschub nicht zum Anlass nehmen, deutlich höhere Tariflohnsteigerungen durchzusetzen.

Die Europäische Zentralbank hat seit Dezember 2005 den Leitzins schrittweise auf nunmehr 3,25 % angehoben. Die Institute teilen die Auffassung der Europäischen Zentralbank, dass Risiken für die Preisniveaustabilität bestehen. Sie halten daher einen weiteren Zinsschritt auf 3,5 % bis Ende dieses Jahres für angemessen, zumal die Konjunktur im Euroraum auch im nächsten Jahr aufwärts gerichtet bleibt.

¹ Gekürzte Fassung des „Herbstgutachtens“ der in der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Berlin, zusammengeschlossenen Institute, veröffentlicht in: ifo Schnelldienst, 20/2006, S. 3–54.

² Hier wird angenommen, dass die privaten Haushalte 2006 Konsumgüterkäufe in einem Volumen von rund 4 Mrd. € vorziehen, um die Belastung durch die zu Jahresbeginn 2007 um 3 Prozentpunkte steigende Mehrwertsteuer zu umgehen. Beim privaten Wohnungsbau werden Vorzieheffekte in einer Größenordnung von 1/2 Mrd. € angesetzt. Ein Teil der Güter wird importiert; die heimische Produktion wird insgesamt um 3 Mrd. € angeregt.

Beschäftigungschancen für Geringqualifizierte nach wie vor schlecht

Beate Grundig, Antje Weyh und Uwe Sujata*

In zahlreichen Studien wurde bisher gezeigt, dass insbesondere zwei Gruppen von Personen stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind: Geringqualifizierte und Ältere. Dieser Beitrag analysiert zunächst die Qualifikations- und Altersstruktur der Erwerbspersonen im Jahr 2005 in Sachsen, Ost- und Westdeutschland. Daran anschließend werden die in GRUNDIG UND LENECKE (2004) vorgestellten qualifikations- und altersspezifischen Arbeitslosenquoten für Sachsen um die Jahre 2004 und 2005 aktualisiert. Zusätzlich erfolgt eine Berechnung der qualifikationspezifischen Arbeitslosenquoten für die sächsischen Regierungsbezirke.

Insgesamt hat sich das Bild der qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten über die letzten Jahre nicht grundlegend verändert: Geringqualifizierte haben die schlechtesten Arbeitsmarktchancen, während eine akademische Ausbildung am ehesten vor Arbeitslosigkeit schützt. Diese Unterschiede zeigen sich in allen Regionen Sachsens sowie in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen.

Qualifikations- und Altersstruktur der Erwerbspersonen

Während sich die Altersstruktur der Erwerbspersonen zwischen Sachsen, Ost- und Westdeutschland kaum unterscheidet, gibt es hinsichtlich der Qualifikationsstruktur deutliche regionale Unterschiede (vgl. Abb. 1). So ist der Anteil der Erwerbspersonen ohne Berufsabschluss in Westdeutschland mit 22 % deutlich höher als im ostdeutschen Durchschnitt (15 %) und sogar doppelt so hoch wie in Sachsen (11 %). Diese Ost-West-Unterschiede beruhen hauptsächlich auf dem Bildungssystem der DDR, in dem nur ein geringer Anteil der Jugendlichen ohne Berufsausbildung blieb.

Dementsprechend höher sind auch die Anteile der Erwerbspersonen mit Berufsabschluss. In Westdeutschland (63 %) ist der Anteil der Erwerbspersonen mit Berufsabschluss im Vergleich zu Ostdeutschland (69 %) etwas niedriger, während Sachsen mit 74 % den höchsten Anteil der Erwerbspersonen mit Berufsabschluss

aufweist. Für hochqualifizierte Erwerbspersonen gibt es dagegen kaum regionale Unterschiede.

Qualifikations- und altersspezifische Arbeitslosenquoten in Sachsen

Die qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten in Sachsen blieben über den Zeitraum von 1999 bis 2005 relativ stabil (vgl. Tab. 1). Nach wie vor weist die Gruppe der Erwerbspersonen ohne Berufsabschluss die höchste Arbeitslosenquote mit über 50 % auf. Bei einer Arbeitslosenquote von 51,7 % kam 2005 auf jeden Erwerbstätigen mehr als ein registrierter Arbeitsloser in dieser Qualifikationsstufe. Für Erwerbspersonen mit Berufsabschluss liegt die Arbeitslosenquote weiterhin um die 20 %. Hochqualifizierte haben immer noch das geringste Risiko, von Arbeitslosigkeit betroffen zu sein. Deren Arbeitslosenquote von 6,6 % im Jahr 2005 ist weit unterdurchschnittlich, allerdings ist die Quote seit 1999 kontinuierlich gestiegen. Zum Vorgehen und zu den verwendeten Daten bei der Berechnung der qualifikationspezifischen Arbeitslosenquoten siehe Box 1.

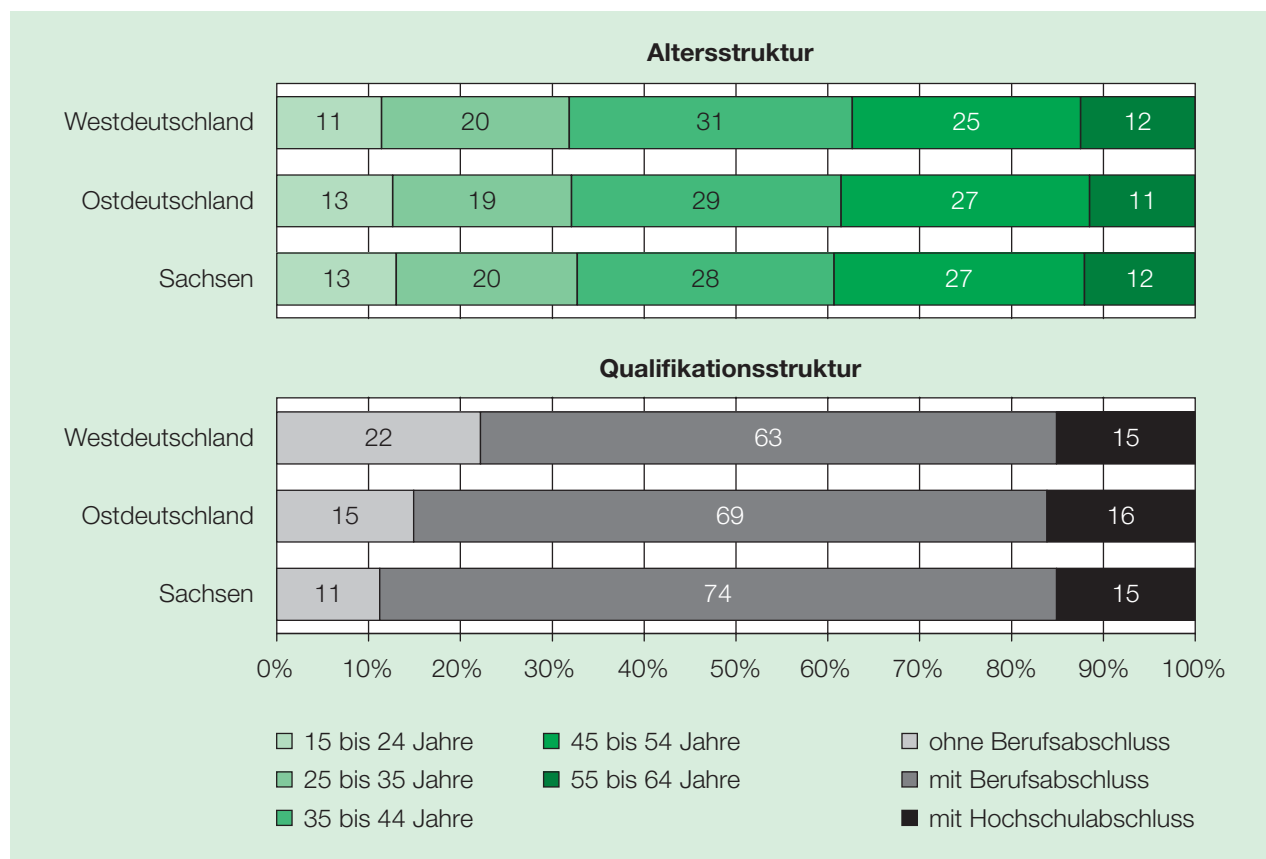
Eine Darstellung nach Altersgruppen zeigt zusätzlich die Problematik der Älteren am Arbeitsmarkt. Wie in Abbildung 2 erkennbar, überschreitet die Arbeitslosenquote der Älteren ohne Berufsabschluss sogar 60 %. Bei den Erwerbspersonen mit Berufs- oder Hochschulabschluss steigt die Arbeitslosigkeit ebenfalls mit zunehmendem Alter an. So betrug die Arbeitslosenquote der 55- bis 64-Jährigen mit Berufsabschluss 24,6 %, wogegen die 25- bis 34-Jährigen mit Berufsabschluss eine Quote aufweisen, die um 8 Prozentpunkte niedriger liegt. Bei den Hochqualifizierten zeigt sich ein ähnliches Bild: Während von den 25-bis 34-jährigen Erwerbspersonen mit Hochschulabschluss 5,3 % arbeitslos waren, betrug die Arbeitslosenquote der 55- bis 64-Jährigen 9,1 %.

Regionale Unterschiede bei der qualifikationsspezifischen Arbeitslosigkeit

Zwischen den sächsischen Regierungsbezirken (RB) gibt es nur geringe Unterschiede hinsichtlich der qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten. Innerhalb der Gruppe der Erwerbspersonen ohne Berufsabschluss weisen der RB Dresden und der RB Chemnitz mit 51,2 % bzw.

* Beate Grundig ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung. Antje Weyh ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Uwe Sujata ist erste Fachkraft im IAB regional Sachsen (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) in der Regionaldirektion Sachsen der Bundesagentur für Arbeit.

Abbildung 1: Alters- und Qualifikationsstruktur der Erwerbspersonen (Jahresdurchschnitt 2005)



Quellen: Informationsangebot der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (10. 08. 2006), Statistisches Bundesamt, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Berechnungen des ifo Instituts und des IAB regional Sachsen.

Box 1: Daten und Methodik zur Berechnung der qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten

Zur Bestimmung der qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten werden Angaben aus dem Mikrozensus zu den Erwerbstätigen und Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit zu den Arbeitslosen verwendet. Die Arbeitslosenquote ergibt sich aus dem Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen, die hier aus den Erwerbstätigen und den Arbeitslosen berechnet wurden. Aufgrund dieser Vorgehensweise ist ein Vergleich mit den von der Bundesagentur für Arbeit veröffentlichten Arbeitslosenquoten nicht möglich.

Analog zu GRUNDIG und LENECKE (2004) werden Erwerbstätige, die keine Angaben zu ihrem Berufsabschluss gemacht haben, nicht in die qualifikationsspezifische Analyse einbezogen. In den „Insgesamt“-Ergebnissen fanden diese jedoch Berücksichtigung. Für die Gruppe der Personen ohne Berufsabschluss wurden nur Erwerbstätige ohne Berufsabschluss verwendet, die keine Bildungseinrichtung besuchen. Dies bedeutet, dass die Zahl der Erwerbstätigen in der Gruppe „ohne Berufsabschluss“ um die noch in Ausbildung befindlichen Personen (d.h. erwerbstätige Schüler,

Auszubildende und Studenten) bereinigt wird. Somit kann ein deutlicheres Bild der Arbeitslosigkeit derer ohne Berufsabschluss gezeichnet werden.

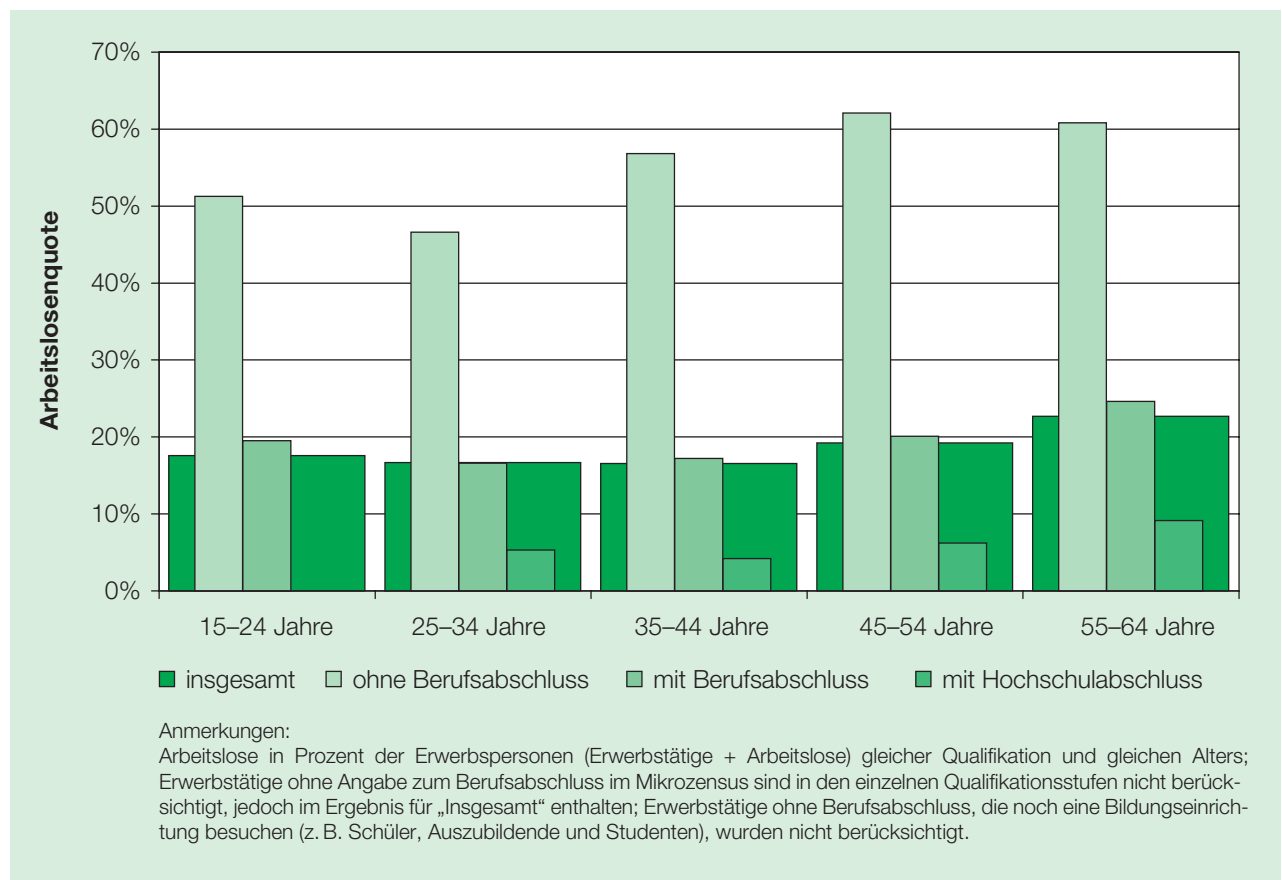
Bei den Daten zur Arbeitslosigkeit für das Jahr 2005 ist zudem zu beachten, dass die Qualifikations- und Altersstruktur nur für die Landkreise ohne zugelassene kommunale Träger vorliegen. Zugelassene kommunale Träger nehmen die Aufgaben der Grundversicherung für Arbeitsuchende an Stelle der Bundesagentur für Arbeit befristet wahr (§ 6a SGB II). In Sachsen gibt es sechs Landkreise mit zugelassenen kommunalen Trägern: Bautzen, Döbeln, Kamenz, Löbau-Zittau, Meißen und der Muldentalkreis. Für diese Landkreise steht derzeit nur die Arbeitslosenzahl insgesamt, aber keine Information hinsichtlich der Qualifikationsstruktur zur Verfügung. Den Analysen liegt daher die Annahme zugrunde, dass die Qualifikationsstruktur der Arbeitslosen in den Landkreisen mit zugelassenen kommunalen Trägern identisch mit den Strukturen in Landkreisen ohne zugelassene kommunale Träger ist.

Tabelle 1: Entwicklung der qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten in Sachsen (1999 bis 2005, in %)

	ohne Berufsabschluss	mit Berufsabschluss	mit Hochschulabschluss	insgesamt
April 1999	50,5	17,9	5,4	16,3
Mai 2000	55,1	17,6	5,3	16,5
Mai 2001	54,1	18,2	5,5	17,1
April 2002	57,8	19,6	6,1	18,5
Mai 2003	54,3	19,5	6,6	18,2
März 2004	55,5	20,8	6,4	20,2
Jahresdurchschnitt 2005	51,7	19,2	6,6	19,2

Anmerkungen: Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Arbeitslose) gleicher Qualifikation. Erwerbstätige ohne Angabe zum Berufsabschluss im Mikrozensus sind in den einzelnen Qualifikationsstufen nicht berücksichtigt, jedoch im Ergebnis für „Insgesamt“ mit enthalten. Erwerbstätige ohne Berufsabschluss, die noch eine Bildungseinrichtung besuchen (z. B. Schüler, Auszubildende und Studenten), wurden nicht mit berücksichtigt. Erwerbstätige aus dem Mikrozensus und Arbeitslose zum jeweiligen Stichmonat (1999–2004) bzw. Jahresdurchschnitt (2005).

Quellen: Grundig und Lenecke (2004), Informationsangebot der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (01. 09. 2006), Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Berechnungen des ifo Instituts und des IAB regional Sachsen.

Abbildung 2: Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten nach Altersgruppen in Sachsen (Durchschnitt 1999 bis 2005)

Quellen: Grundig und Lenecke (2004), Informationsangebot der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (01. 09. 2006), Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Berechnungen des ifo Instituts und des IAB regional Sachsen.

51,3 % im Vergleich zum RB Leipzig mit 54,4 % niedrigere Arbeitslosenquoten auf (vgl. Tab. 2). Personen mit Berufsabschluss unterliegen im RB Dresden einem etwas niedrigeren Risiko, arbeitslos zu werden, als in den beiden anderen sächsischen Regierungsbezirken. Im RB Chemnitz hingegen haben die Hochqualifizierten die geringsten Arbeitsmarktprobleme: Deren Arbeitslosenquote beträgt nur 5,5 %. Der RB Leipzig hingegen weist für diese Gruppe eine Arbeitslosenquote von 7,7 % auf.

Die sächsischen Ergebnisse der qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten können anhand der Berechnungen von REINBERG und HUMMEL (2005) für Ost- und Westdeutschland eingeordnet werden (vgl. Tab. 3). So zeigt sich in Sachsen eine ähnliche Struktur in der qualifikationsspezifischen Arbeitslosigkeit wie in Ost- oder Westdeutschland. Die Niveaus der Arbeitslosenquoten differieren allerdings zwischen Sachsen bzw. Ostdeutschland und Westdeutschland erheblich.

Fazit

Die Beschäftigungschancen für Geringqualifizierte sind nach wie vor schlecht: deren Arbeitslosenquote liegt

weiterhin bei über 50 %. Dies bedeutet, dass einem gering qualifizierten Arbeitslosen ein gering qualifizierter Erwerbstätiger gegenübersteht. Akademiker haben nach wie vor gute Arbeitsmarktchancen, obwohl deren Arbeitslosenquote in Sachsen im Zeitraum von 1999 bis 2005 angestiegen ist. Starke regionale Unterschiede innerhalb Sachsens sind kaum zu beobachten. Nur der Vergleich von Sachsen und Ostdeutschland mit Westdeutschland zeigt deutliche Differenzen im Hinblick auf das Niveau der Arbeitslosenquoten. Unabhängig von Region und Qualifikationsabschluss ist festzustellen, dass die Arbeitslosenquote mit zunehmendem Alter ansteigt. Ob sich diese Entwicklung in Zukunft mit Blick auf demographische Aspekte ändern, bleibt abzuwarten.

Literatur

GRUNDIG, B. und P. LENECKE (2004): Akademiker auf dem Arbeitsmarkt immer noch am besten aufgestellt, ifo Dresden berichtet, Nr. 04, S. 36–40.

REINBERG, A. und M. HUMMEL (2005): Höhere Bildung schützt auch in der Krise vor Arbeitslosigkeit, IAB Kurzbericht, Nr. 09.

Tabelle 2: Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten in Sachsen und den sächsischen Regierungsbezirken (RB) (2005, in %)

	ohne Berufsabschluss	mit Berufsabschluss	mit Hochschulabschluss	insgesamt
RB Chemnitz	51,3	19,0	5,5	18,7
RB Dresden	51,2	18,5	7,2	17,5
RB Leipzig	54,4	20,0	7,7	19,4
Sachsen	51,7	19,2	6,6	19,2

Quellen: Informationsangebot der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (01. 09. 2006), Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Berechnungen des ifo Instituts und des IAB regional Sachsen.

Tabelle 3: Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten in Sachsen, Ost- und Westdeutschland (2004, in %)

	ohne Berufsabschluss	mit Berufsabschluss	mit Hochschulabschluss	insgesamt
Sachsen	55,5	20,8	6,4	20,2
Ostdeutschland	51,2	19,4	6,0	19,9
Westdeutschland	21,7	7,3	3,5	9,2

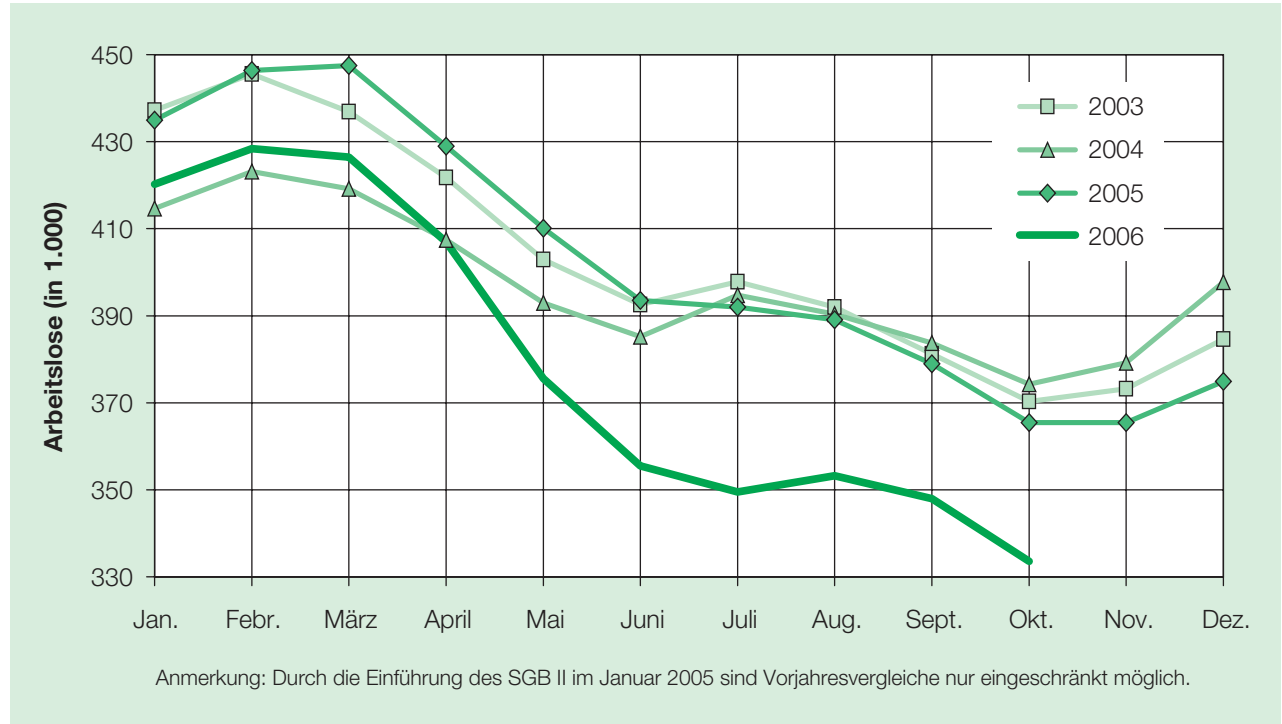
Anmerkungen: Da sich die Berechnungsmethodik für die sächsischen Zahlen geringfügig von REINBERG und HUMMEL (2005) für Ost- und Westdeutschland unterscheidet, sind die Ergebnisse beider Berechnungen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Quellen: Ost- und Westdeutschland: Reinberg und Hummel (2005); Sachsen: Informationsangebot der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (01. 09. 2006), Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Berechnungen des ifo Instituts und des IAB regional Sachsen.

Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

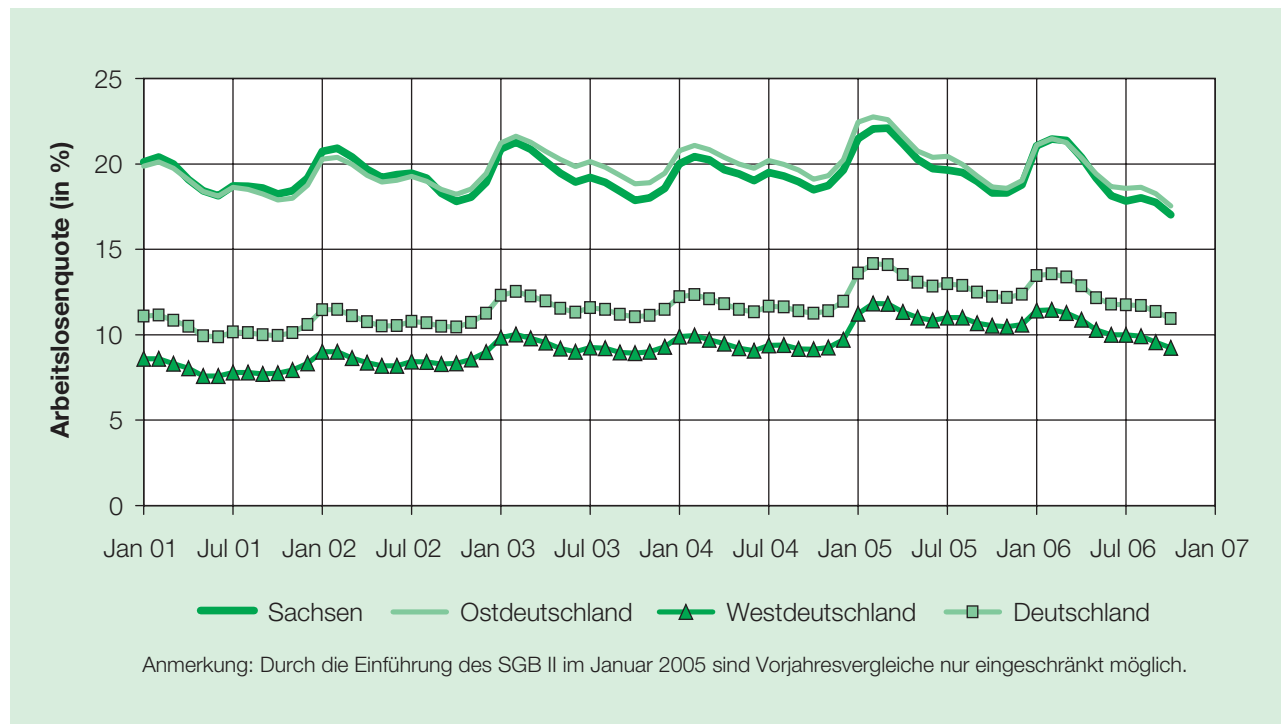
bg

Abbildung 1: Arbeitslose in Sachsen (2003 bis 2006)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Abbildung 2: Arbeitslosenquoten in Sachsen, in Ost-, West- und Gesamtdeutschland (2001 bis 2006)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Tabelle 1: Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

Beschäftigung und Zweiter Arbeitsmarkt (in 1.000 Personen)									
	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ^a			Gemeldete Stellen ^b			Beschäftigte in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ^c		
	Aug. 2006	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Okt. 2006	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Okt. 2006	Vor-monat	Vor-jahres-monat
Brandenburg	712	707	704	17	18	17	11	11	11
Mecklenburg-Vorp.	506	504	504	17	14	15	11	10	18
Sachsen	1.351	1.344	1.339	37	36	22	23	21	21
Sachsen-Anhalt	730	724	727	26	23	15	11	10	14
Thüringen	719	712	712	19	17	14	9	8	10
D Ost (mit Berlin)	5.047	5.013	5.000	153	143	108	84	78	88
D West (ohne Berlin)	21.516	21.310	21.305	473	478	345	105	98	83
D gesamt	26.562	26.322	26.305	626	621	453	189	176	171

Arbeitslosigkeit									
	Arbeitslose (in 1.000 P.)			Arbeitslosenquote ^d (in %)			Langzeitarbeitslose ^e (in % der Arbeitslosen)		
	Okt. 2006	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Okt. 2006	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Okt. 2006	Vor-monat	Vor-jahres-monat
Brandenburg	207	213	219	17,3	17,1	17,9	43,3	42,5	42,3
Mecklenburg-Vorp.	152	159	155	19,0	19,8	19,0	38,0	37,4	42,5
Sachsen	334	348	365	17,0	17,8	18,3	44,3	43,3	42,9
Sachsen-Anhalt	209	221	224	18,0	19,1	19,0	43,1	41,9	45,5
Thüringen	167	174	189	15,2	15,8	16,8	43,6	42,3	41,1
D Ost (mit Berlin)	1.346	1.402	1.456	17,5	18,3	18,7	42,9	42,1	42,5
D West (ohne Berlin)	2.739	2.835	3.099	9,2	9,6	10,5	44,2	43,6	35,8
D gesamt	4.085	4.237	4.555	10,9	11,4	12,2	43,8	43,1	37,9

Anm.: a) Die Zahlen zur Beschäftigung werden mit zweimonatiger Verzögerung veröffentlicht. – b) Als gemeldete Stellen gelten den Arbeitsagenturen zur Besetzung gemeldete Arbeitsplätze mit einer vorgesehenen Beschäftigungsdauer von mehr als 7 Kalendertagen. – c) Dazu zählt der Bestand an geförderten Arbeitnehmern in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (inkl. traditionelle Strukturanpassungsmaßnahmen) und an Teilnehmern in beruflicher Weiterbildung. Bisher wurde auch die Zahl der Kurzarbeiter in diesem Bereich mit aufgeführt. Durch eine Gesetzesänderung wird die Zahl der Kurzarbeiter ab Oktober 2006 nur noch quartalsweise für die vergangenen Monate erhoben und veröffentlicht. – d) In % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – e) Als Langzeitarbeitslose gelten alle Personen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung 1 Jahr und länger bei den Arbeitsagenturen arbeitslos gemeldet waren. Angaben ohne zugelassene Träger (Optionskommunen), da für diese bisher keine Daten zu Langzeitarbeitslosen vorliegen.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

Ausgewählte Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest

gv

Im Rahmen des ifo Konjunkturtestes werden monatlich Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, des Bauhauptgewerbes, des Großhandels und des Einzelhandels (die gewerbliche Wirtschaft) nach der gegenwärtigen und der zukünftigen Geschäftslage befragt. Die Unternehmen können ihre gegenwärtige Geschäftslage mit „gut“, „befriedigend“ oder „schlecht“ und ihre Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate mit „günstiger“, „gleich bleibend“ oder „ungünstiger“ bewerten.

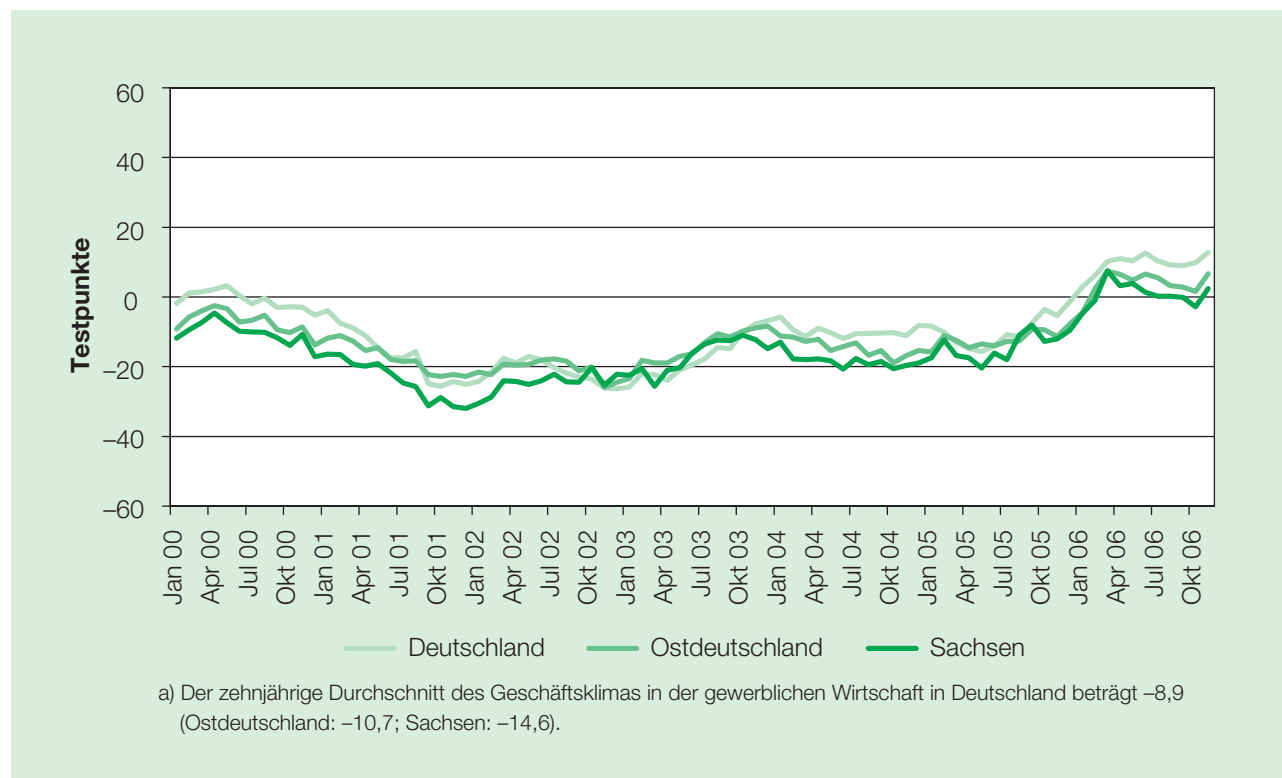
Die dargestellten Grafiken basieren auf saisonbereinigten Saldenwerten. Der Geschäftslage-Saldo ergibt sich aus der Differenz der Prozentanteile der „gut“- und der „schlecht“-Meldungen. Der Geschäftserwartungen-Saldo wird als Differenz der Prozentanteile von „günstiger“- und „ungünstiger“-Meldungen berechnet.

Das Geschäftsklima (GK) ist ein Mittelwert aus den Salden der Geschäftslage (GL) und der Erwartungen (GE). Es berechnet sich formal aus der Beziehung:

$GK = [(GL + 200)(GE + 200)]^{1/2} - 200$. Die beiden Variablen GL und GE werden zur Vermeidung von negativen Werten im Wurzelterm jeweils um die Konstante 200 erhöht.

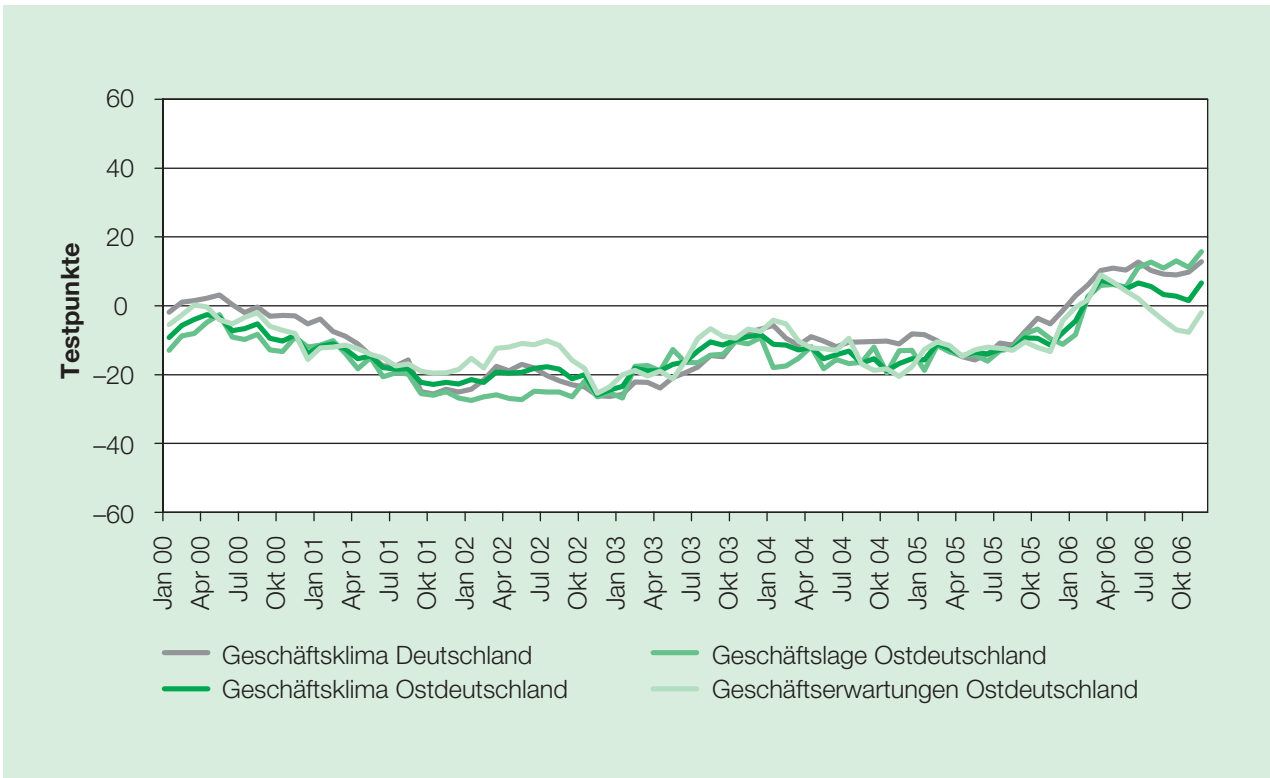
Das Geschäftsklima basiert auf zirka 7.000 Unternehmensmeldungen. Die Anzahl der ostdeutschen (bzw. sächsischen) Konjunkturtest-Teilnehmer beträgt rund 1.400 (bzw. 600).

Abbildung 1: Geschäftsklima^a
Gewerbliche Wirtschaft Deutschland, Ostdeutschland und Sachsen



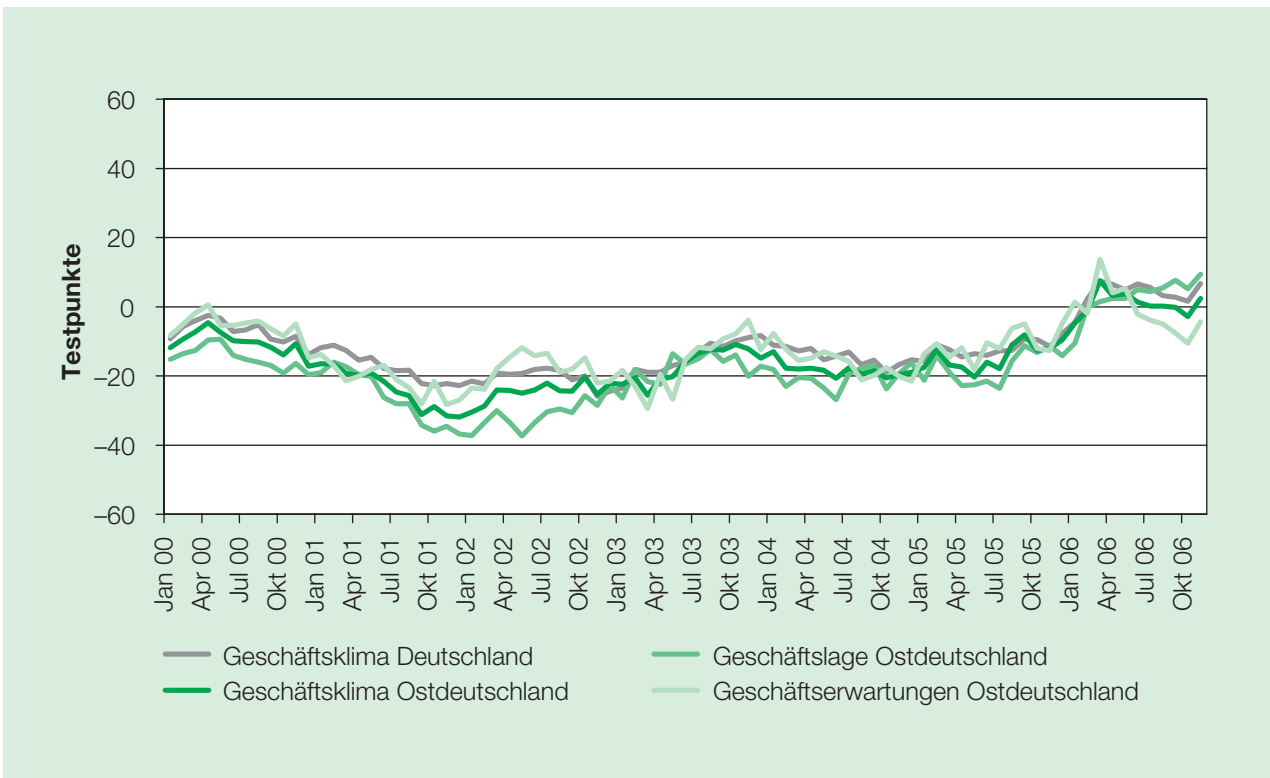
Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 2: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen
Gewerbliche Wirtschaft Ostdeutschland (Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft Deutschland zum Vergleich)**



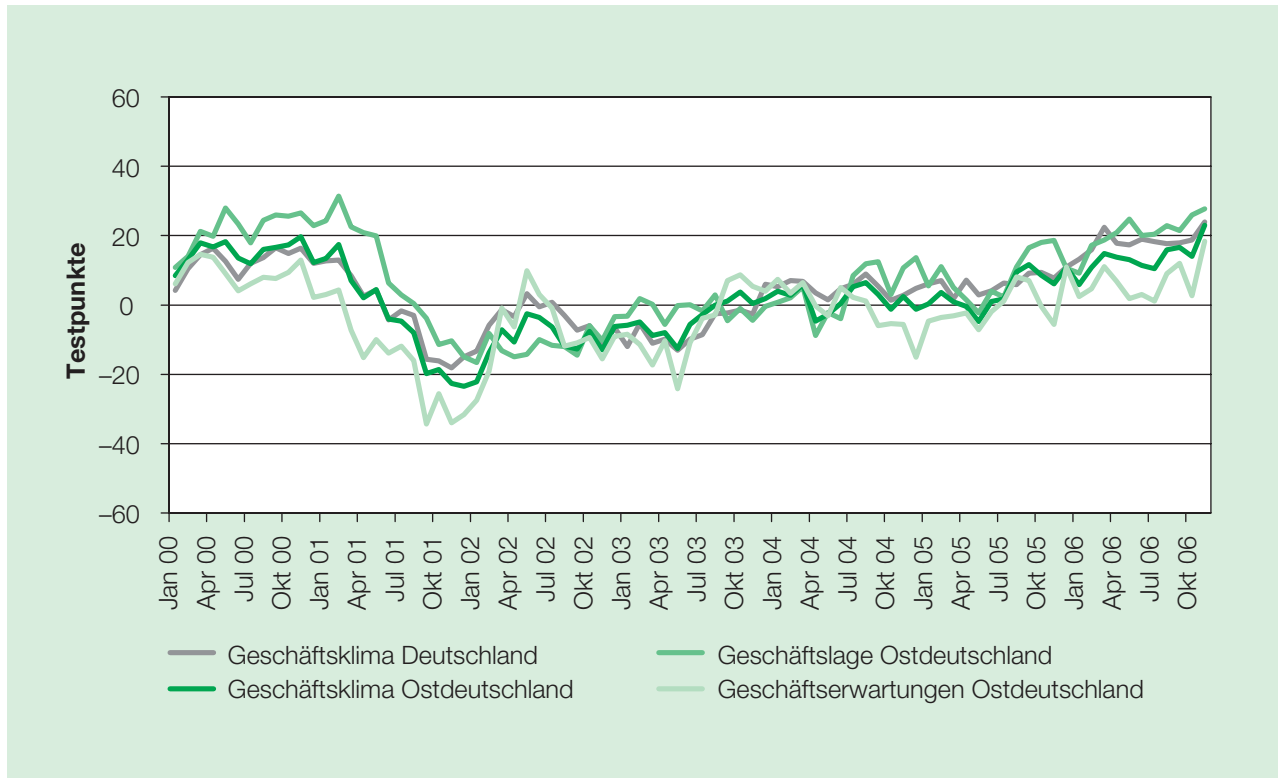
Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 3: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen
Gewerbliche Wirtschaft Sachsen (Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft Ostdeutschland zum Vergleich)**



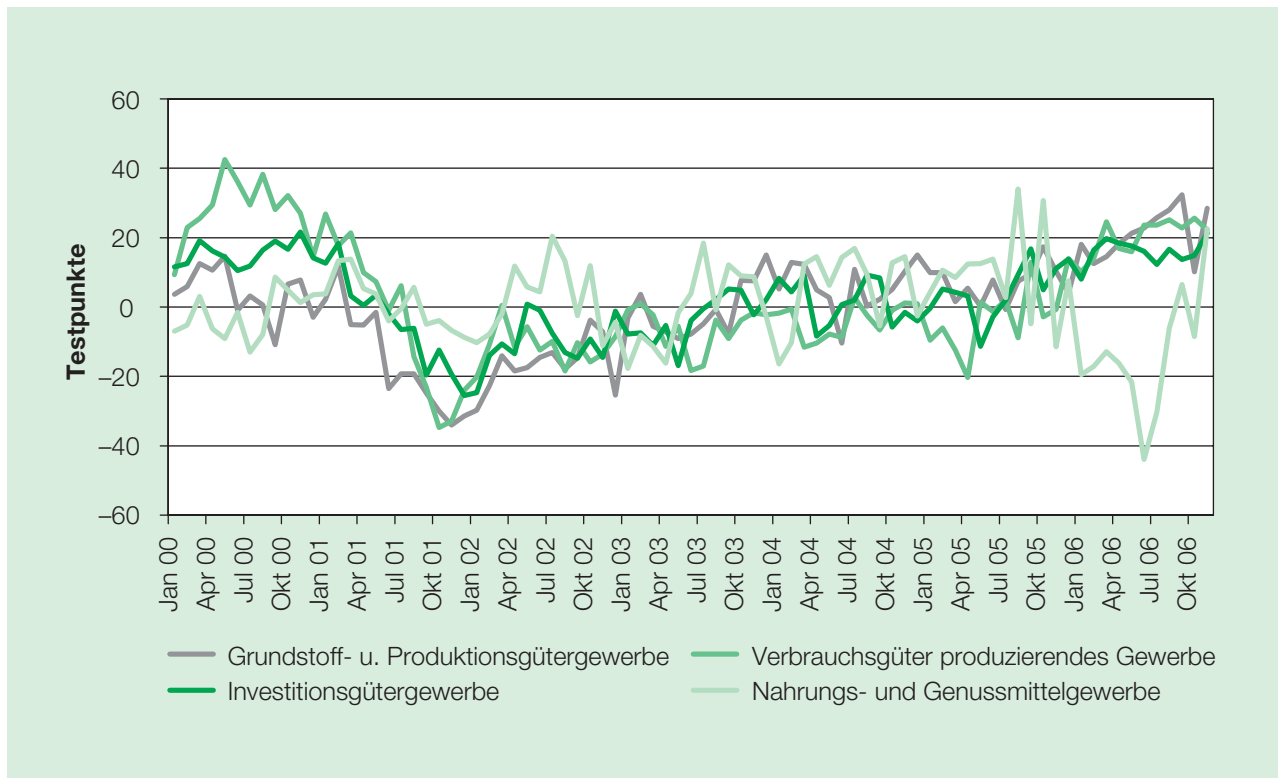
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 4: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen
Verarbeitendes Gewerbe Sachsen (Geschäftsklima verarbeitendes Gewerbe Ostdeutschland zum Vergleich)



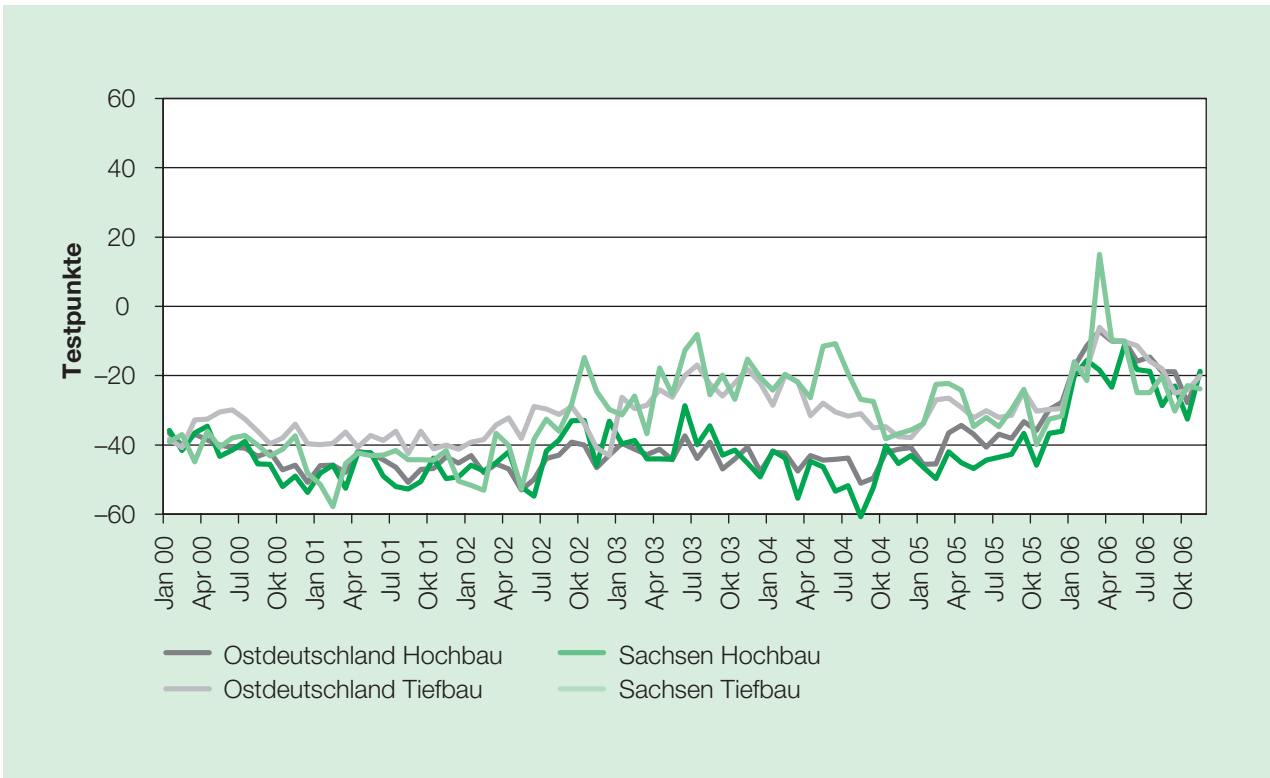
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 5: Geschäftsklima
Branchen des verarbeitenden Gewebes Sachsen



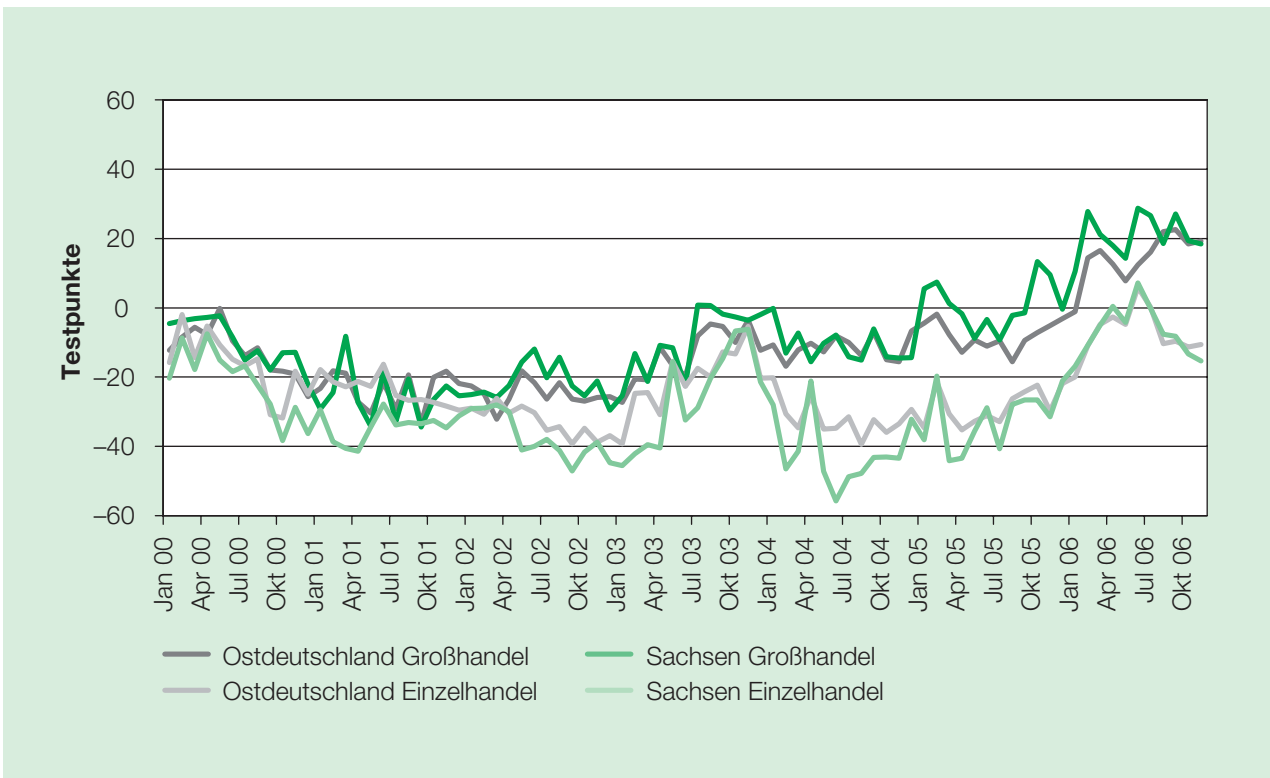
Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 6: Geschäftsklima
Hoch- und Tiefbau Ostdeutschland und Sachsen**



Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 7: Geschäftsklima
Groß- und Einzelhandel Ostdeutschland und Sachsen**



Quelle: ifo Konjunkturtest.

ifo Workshop „Makroökonomik und Konjunktur“

Am 23./24. November 2006 fand in den Räumen der ifo Niederlassung Dresden ein ifo Workshop zum Thema „Makroökonomik und Konjunktur“ statt, an dem etwa 40 Wissenschaftler führender wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute und Universitäten teilnahmen. Die Veranstaltung bot ein Forum für den Austausch und die Diskussion aktueller Forschungsergebnisse aus dem Bereich der Makroökonomik und trug gleichzeitig zur besseren Vernetzung der Konjunkturforschung in Deutschland bei.

Aus dem Vortragsprogramm:

- Blaschzik, Annika, Institut für Empirische Wirtschaftsforschung der Universität Leipzig: „Evolution multivariater Strukturen von Konjunkturzyklen mittels dynamischer Diskriminanzanalyse – empirische Ergebnisse für die Bundesrepublik Deutschland, 1962–2004“
- Forster, Josef, Ludwig-Maximilians-Universität, München: „Costly Bank Capital – Demand and Supply Side Considerations“
- Gern, Klaus-Jürgen, Institut für Weltwirtschaft, Kiel: „Explaining Growth Divergences in the Euro Area: The Role of National Differences in Residential Investment“
- Henzel, Steffen, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München: „Monetary Policy Transmission and the Cost Channel in the Euro Area“
- Hoffmann, Carola und Speich, Wolf-Dietmar, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz: „Konjunkturbeobachtung im Statistischen Landesamt“
- Klinger, Sabine, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg: „Sozialabgaben und Beschäftigung – Simulationen mit drei makroökonomischen Modellen“
- Logeay, Camille, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf: „Methodological Issues of Medium Term Macroeconomic Projections – The Case of Potential Output“
- Nierhaus, Wolfgang, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München: „Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für Sachsen mit Hilfe temporaler Disaggregation – erste Arbeitsergebnisse“
- Osterloh, Steffen, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim: „Accuracy and Properties of German Business Cycle Forecasts“
- Posch, Olaf, Institut für Wachstum und Konjunktur der Universität Hamburg: „Jump-Diffusion Estimation in Macroeconomics“
- Quaas, Georg, Institut für Empirische Wirtschaftsforschung der Universität Leipzig: „Ganzheitliche Wirkungen von Dummyvariablen auf die Prognosegenauigkeit ökonometrischer Modelle – analysiert am Beispiel des RWI-Konjunkturmodells KM59“
- Roos, Michael, Universität Dortmund: „The Factors behind Consumer Confidence“
- Schirwitz, Beate, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Niederlassung Dresden: „A Comprehensive German Business Cycle Chronology“
- Schmidt, Torsten, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen: „Theoriegestützte Trend- und Zyklus-Zerlegung“
- Vogt, Gerit, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Niederlassung Dresden: „Analyse der Prognoseeigenschaften von ifo-Konjunkturindikatoren unter Echtzeitbedingungen“

Kooperationsvertrag zwischen TU Dresden und ifo Institut für Wirtschaftsforschung

Mit dem Ziel, die empirische Wirtschaftsforschung zu stärken und weiterzuentwickeln, unterzeichneten der Rektor der TU Dresden, Prof. Hermann Kokenge, und der Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung e. V., Prof. Hans-Werner Sinn, am 29. November 2006 einen Kooperationsvertrag. Die Unterzeichnung fand in einem feierlichen Akt im Festsaal der TU Dresden in Anwesenheit des Sächsischen Ministerpräsidenten, Prof. Georg Milbradt, sowie zahlreicher hochrangiger Vertreter der Sächsischen Staatsregierung und der TU Dresden statt.

Nach der Begrüßung durch den Rektor der TU Dresden, Prof. Hermann Kokenge, sprachen Prof. Georg Milbradt, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, Prof. Alexander Karmann, Dekan der Fakultät Wirtschaftswissenschaften der TU Dresden sowie Prof. Marcel Thum, Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung.

Ministerpräsident Prof. Georg Milbradt betonte in seinem Grußwort: „Ich freue mich, dass wir die erprobte Zusammenarbeit der TU Dresden mit dem ifo Institut für Wirtschaftsforschung auf eine feste vertragliche Grundlage stellen können. Mit dem Institut gewinnt die Hochschule einen kompetenten und bundesweit anerkannten Forschungspartner. Die Vernetzung unseres wissenschaftlichen Nachwuchses an der Universität mit dem reichen Erfahrungsschatz des ifo Institutes wird neue geistige Freiräume im Bereich der empirischen Wirtschaftsforschung eröffnen. Das hier generierte Wissen ist der Treibstoff für die weitere Entwicklung Sachsens. Davon profitieren unser Land wie auch unsere Partner aus der Wirtschaft, die sich hier niederlassen. Sachsen sichert sich seinen Spitzenplatz im Bereich der Spitzenforschung.“

Mit diesem Kooperationsvertrag, der die Zusammenarbeit für die kommenden Jahre besiegelt, zeigt die TU Dresden einmal mehr ihr Streben nach praxisnaher Forschung und Lehre. Geplant sind im Rahmen der Kooperation

gemeinsame Forschungsprojekte sowie eine enge Zusammenarbeit zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Unter anderem werden die TUD und das ifo Institut gemeinsame Studien zum demographischen Wandel und zur Entwicklung des Arbeitsmarktes erstellen.

Der Rektor der TUD, Prof. Hermann Kokenge, verwies darauf, dass mit diesem Kooperationsvertrag der Grundstein für die weitere, hoffentlich noch engere Zusammenarbeit der beiden Einrichtungen gelegt wird: „Wir wollen die Zusammenarbeit im Bereich der Forschung und Politikberatung auch deshalb intensivieren, um das gesamte Spektrum des am Standort Dresden vorhandenen Know-hows bestmöglich zu nutzen.“

Gerade auch für Studenten und Nachwuchswissenschaftler ergeben sich aus dieser Kooperation hervorragende Chancen, an praxisrelevanten Themen zu arbeiten. Beispielsweise sollen Promotionen an der TUD mit der Mitarbeit an Projekten des ifo Institutes zur empirischen Wirtschaftsforschung verknüpft werden. Damit unterstützt diese Zusammenarbeit nach Worten von Prof. Alexander Karmann, Dekan der Fakultät Wirtschaftswissenschaften der TUD, das Anliegen, in Forschung und Lehre Brücken zwischen Theorie und Praxis zu schlagen: „Die Kooperation mit dem ifo Institut bietet hervorragende Chancen, Theorie und Praxis in den Wirtschaftswissenschaften zu verknüpfen. Dies wird gerade bei der Ausbildung in den Masterstudiengängen von erheblicher Bedeutung sein. Einige unserer Studenten lernen als Praktikanten am ifo Institut frühzeitig die Praxis der Wirtschaftsforschung kennen. In der Politikberatung ergänzen sich die Kompetenzen am ifo Institut und an der Fakultät Wirtschaftswissenschaften.“

Im Anschluss an die feierliche Vertragsunterzeichnung hielt Prof. Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung München, einen Festvortrag zum Thema „Exportweltmeister Deutschland“.

ifo Veranstaltungen

Im Rahmen der **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** referierte am **25. Oktober 2006** Prof. Dr. Ludger Wößmann, Leiter des Bereichs Humankapital und Innovation am ifo Institut in München sowie Inhaber des Lehrstuhls für Bildungsökonomie an der Ludwig-Maximilians-Universität in München, zum Thema „Was wir aus Pisa lernen können – Einige Anmerkungen aus bildungsökonomischer Sicht“. Prof. Wößmann ist einer der führenden Forscher auf dem Gebiet der Bildungsökonomik in Deutschland und hat hierzu zahlreiche wissenschaftliche Beiträge veröffentlicht.

Am **07. November 2006** begrüßte die ifo Niederlassung Dresden eine **Delegation von Studentinnen aus Moskau**, die sich unter Leitung von Herrn Lüdeke, Professor für Volkswirtschaftslehre insbesondere Finanzwissenschaft an der Universität Passau, auf einer Studienfahrt befanden. Beate Schirwitz und Gerit Vogt, wissenschaftliche Mitarbeiter von ifo Dresden, gaben Auskunft über die Entwicklung des Konvergenzprozesses zwischen Ost- und Westdeutschland.

Am **23./24. November 2006** fand in den Räumen der ifo Niederlassung Dresden ein **ifo Workshop zum Thema „Makroökonomik und Konjunktur“** statt, an dem etwa 40 Wissenschaftler führender wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute und Universitäten teilnahmen (ausführlicher Bericht, siehe oben).

Am **29. November 2006** unterzeichneten der Rektor der TU Dresden, Prof. Hermann Kokenge, und der Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung e. V., Prof. Hans-

Werner Sinn, einen **Kooperationsvertrag** mit dem Ziel, die empirische Wirtschaftsforschung zu stärken und weiterzuentwickeln (ausführlicher Bericht, siehe oben).

Ein weiterer Vortrag in der Reihe der **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** wurde am **07. Dezember 2006** von Prof. Dr. Michael Burda, Direktor des Instituts für Wirtschaftstheorie II an der Humboldt-Universität zu Berlin, zum Thema „Anatomie eines Aufschwungs“ gehalten. Prof. Burda ist ausgewiesener Experte auf den Gebieten Europäische Integration und Deutsche Wiedervereinigung.

Auch für das Jahr 2007 stehen bereits weitere Veranstaltungen im Rahmen der **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** auf dem Programm. So ist voraussichtlich für den **07. Februar 2007** ein Vortrag von Dr. Hans-Peter Klös vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln zum Thema Bildung und Demographie vorgesehen. Dr. Klös ist Geschäftsführer und Leiter des Wissenschaftsbereichs Bildungspolitik und Arbeitsmarktpolitik des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln.

Die Veranstaltungen der Vortragsreihe **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** wollen einen Beitrag zur öffentlichen Diskussion über aktuelle wirtschaftspolitische Themen leisten, indem sie ausgewiesenen Wirtschafts- und Finanzwissenschaftlern die Möglichkeit bieten, ihre neuesten Erkenntnisse einem breiten Publikum zu präsentieren. Sie sind öffentlich und finden in den Räumen der ifo Niederlassung Dresden, in der **Einsteinstraße 3**, statt. Beginn des Vortrags ist jeweils um **18.30 Uhr**.

ifo Vorträge

Am **26. Oktober 2006** trug Beate Schirwitz, Doktorandin in der ifo Niederlassung Dresden, im Rahmen des fakultätsinternen Forschungsseminars der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an der Universität Würzburg zum Thema „Dating the Business Cycle for Germany“ vor.

Anlässlich des jährlich stattfindenden Workshops des Graduiertenkollegs „Märkte und Sozialräume in Europa“, welcher am **20./21. Oktober 2006** an der Otto-Friedrich-Universität in Bamberg stattfand, hielt Carsten Pohl, wissenschaftlicher Mitarbeiter bei ifo Dresden, ein Koferat zum Thema „Return Migration and the Healthy Immigrant Effect“.

Am **08. November 2006** stellte Prof. Marcel Thum, Geschäftsführer der ifo Niederlassung Dresden, auf dem Zweiten Demographiegipfel des Freistaates Sachsen in Dresden den Abschlussbericht der Expertenkommission „Demographischer Wandel Sachsen“ vor. Er präsentierte die Forschungsergebnisse der Expertenkommission, als deren Leiter er fungierte, den über 700 Teilnehmern der Veranstaltung.

Am **10. November 2006** referierte Carsten Pohl, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der ifo Niederlassung Dresden, im Rahmen der Tagung „Amtliche Hochschulstatistik und Hochschulrankings“, welche vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden ausgetragen wurde, über das Thema „Wie effizient sind deutsche Hochschulen?“.¹

Im Rahmen einer Pressekonferenz der Staatskanzlei des Freistaates Sachsen am **14. November 2006** stellte Dr. Michael Berlemann, stellvertretender Geschäftsführer der ifo Niederlassung Dresden, die wesentlichen Inhalte des Sächsischen Mittelstandsberichtes 2005/2006² den anwesenden Journalisten in einer kurzen Präsentation vor. Zentrales Untersuchungsthema des Berichtes, welches ein Projektteam der ifo Niederlassung Dresden und der TU Dresden unter Leitung von Dr. Michael Berlemann im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums für

Wirtschaft und Arbeit erstellte, ist die Unternehmensnachfolge im sächsischen Mittelstand.

Die Forschungsergebnisse zur Unternehmensnachfolge im sächsischen Mittelstand als zentrales Thema des Sächsischen Mittelstandsberichtes 2005/2006 wurden von den Projektbearbeitern der ifo Niederlassung Dresden, Dr. Michael Berlemann, Sabine Engelman, Christian Leßmann und Heinz Schmalholz ebenfalls im Rahmen von drei Regionalkonferenzen vorgestellt. Die Veranstaltungen am **21., 27. und 28. November 2006** in Chemnitz, Dresden und Leipzig wurden von den jeweiligen regionalen Industrie- und Handelskammern sowie den Handwerkskammern organisiert.

Im Rahmen des ifo Workshop „Makroökonomik und Konjunktur“, der am **23./24. November 2006** in den Räumen der ifo Niederlassung Dresden stattfand, hielten auch Mitarbeiter von ifo Dresden Vorträge. So referierten Beate Schirwitz über „A Comprehensive German Business Cycle Chronology“ und Gerit Vogt über „Analyse der Prognoseeigenschaften von ifo-Konjunkturindikatoren unter Echtzeitbedingungen“.

Am **09. Dezember 2006** referierte Christian Leßmann, Doktorand in der ifo Niederlassung Dresden, bei dem 5. Workshop der DFG Schwerpunktprogramms „Institutionelle Ausgestaltung föderaler Systeme“ an der TU Dresden zum Thema „Fiscal Decentralization and Regional Disparity: A Panel Data Approach for OECD Countries“.

Am **14. Dezember 2006** stellte Christian Leßmann die Kernergebnisse der Sächsischen Mittelstandsberichtes 2005/2006 mit dem Schwerpunkt Unternehmensnachfolge vor dem Ingenieursnetzwerk KONUS in Dresden vor.

¹ Siehe dazu KEMPKE UND POHL (2006): „Zur Effizienz von Hochschulen: Erste Ergebnisse für Deutschland“, in diesem Heft S. 3–13.

² Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit (Hrsg.) (2006): Unternehmensnachfolge im sächsischen Mittelstand – Sächsischer Mittelstandsbericht 2005/2006.

ifo intern

Frau **Ulrike Mandalka**, wissenschaftliche Mitarbeiterin der ifo Niederlassung Dresden, hat ihre Elternzeit zum 01. September 2006 beendet und ist nun wieder für das ifo Institut in Dresden tätig. Sie hat das Aufgabengebiet Branchenforschung übernommen.

Im Frühjahr 2005 hatte sich Frau **Katrin Eitner**, Forschungsassistentin der ifo Niederlassung Dresden, in Mut-

terschutz und Elternzeit verabschiedet. Da sie in dieser Zeit auch heiratete, hat sie zum 01. Oktober 2006 als **Katrin Behm** ihre Arbeit für ifo Dresden wieder aufgenommen. Wie bisher ist sie für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die Herausgabe der Publikationen sowie die hauseigene Bibliothek der ifo Niederlassung Dresden zuständig.